

Martin Gutzeit (Hg.)

**Auf dem Weg zur
Friedlichen Revolution?
Ost-Berlin in den Jahren 1987/88**

Berlin 2011

4. Auflage

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 26

Copyright 2008 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

4., unveränderte Auflage, 2011

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-28-2

Umschlagfoto: Mitglieder von Friedensgruppen und der Kirche von Unten (KvU) auf dem offiziellen Kirchentag in Ost-Berlin, 28.06.1987

Quelle: Archiv Stiftung Aufarbeitung, Bestand Klaus Mehner,
Nr. 87_0628_ARDtv_EvKT_07

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99

Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhalt

Vorwort	4
<i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i> Berlin 1987 – auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Inszenierung, Wahrnehmung, Realität	5
<i>Jens Schöne</i> Das doppelte Stadtjubiläum: 750 Jahre Berlin	18
<i>Martin-Michael Passauer</i> Das Jahr 1987 – ein Jahr der großen Unsicherheiten und des Aufbruchs	26
<i>Krijn Thijs</i> „... um den Besitz der deutschen Geschichte“. Städtebau und Geschichtsdebatten im spätgeteilten Berlin	35
<i>Christoph Wunnicke</i> Die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration vom 17. Januar 1988 und ihre Folgen	61
Aufbruch oder Niederlage? Die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration vom Januar 1988 Podiumsdiskussion vom 12. Dezember 2007	68
Abkürzungen	99
Über die Autoren	101
Publikationsverzeichnis	103

Vorwort

Die Friedliche Revolution der Jahre 1989/90 stellt ohne Zweifel einen Höhepunkt der deutschen Zeitgeschichte dar. Doch trotz 20-jähriger Forschung und Aufarbeitung bleiben viele Fragen offen. Daher veranstaltet der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Zusammenarbeit mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. sowie wechselnden Kooperationspartnern seit Anfang des Jahres 2007 eine Veranstaltungsreihe, die Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der Revolution erörtert.

Das vorliegende Heft dokumentiert Vorträge, die im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe gehalten wurden. Die Themen sind dabei so unterschiedlich wie die offenen Fragen: So kommt die Rolle der Kirchen ebenso zur Sprache wie die vielschichtige Oppositionsgeschichte und die politischen Funktionen des Städtebaus im geteilten Berlin. Ergänzt werden die Texte durch eine Podiumsdiskussion, die im Dezember 2007 auf das Jahr 1988 blickte und am Beispiel der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration zeigte, wie komplex die Problemlagen am Vorabend der Friedlichen Revolution tatsächlich waren.

Danken möchte ich allen Kooperationspartnern, die sich an den Veranstaltungen beteiligt und ihr Gelingen befördert haben. Das anhaltend große Interesse der Öffentlichkeit zeigt, wie wichtig die Auseinandersetzung mit den relevanten Themen auch weiterhin ist. Gerade in Zeiten, in denen das Wissen um die SED-Diktatur zurückgeht, ist Aufklärung dringend vonnöten. Dazu wird die Veranstaltungsreihe auch in Zukunft beitragen.

Martin Gutzeit
Landesbeauftragter

Ilko-Sascha Kowalczyk

Berlin 1987 – auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Inszenierung, Wahrnehmung, Realität*

Die im Titel verborgene These, die Revolution von 1989 sei nicht urplötzlich aus dem Geschichtshimmel herabgestürzt, sondern sei historisch in einen größeren Kontext zu verorten, ist natürlich ebenso richtig wie überflüssig. Oder existiert irgendein historisches Ereignis von wenigstens mittlerer Reichweite, das nicht auf größere Kontexte und eine längere Vorgeschichte verweisen könnte? Auch die Revolution von 1989/90 hat natürlich eine Vorgeschichte, darüber sind sich alle einigermaßen einig. Die Streitereien beginnen allerdings bei der Frage, wann die unmittelbare Vorgeschichte begann. Da fallen die Meinungen auseinander: konventionelle Geschichtsdeuter meinen, Gorbatschow bedeutete 1985 den Anfang vom Ende; mehr auf die Gesellschaft orientierte Analytiker mahnen, 1980 in Polen begann die Revolution; Romantiker glauben dagegen, die sowjetischen Panzer haben 1968 in der CSSR nicht nur die Frühlingsblüten zerquetscht, sondern auch jede kommunistische Utopie zerstört und somit im eigentlichen Sinne die 89er-Revolution wider Willen in Gang gesetzt. Damit nicht genug: Für nicht wenige stehen die blutigen Jahre der Panzer – 1953 und 1956, die zugleich für Stalins Tod und Nikita Chruschtschows vorsichtige Enthüllungen über Stalins Massenmordmaschinerie stehen – am Anfang vom Ende.

Damit wäre aber immer noch nicht geklärt, welche Faktoren nun maßgeblich waren, die zu Revolution und Untergang der kommunistischen Diktaturen führten. Die einen setzen auf Emigrations- und Ausreisebewegungen; andere glauben, wohl auch vom Revolutionsneid zerfressen, das System sei implodiert, sei so am Ende gewesen, dass es buchstäblich über Nacht und fast ohne Zutun zerfiel; wiederum andere sehen in der Oppositionsbewegung den entscheidenden Faktor, der zu Revolution und Untergang führte; andere hingegen glauben, Michail Gorbatschow, George Bush sen. und Helmut Kohl hätten Revolution, Freiheit und Einheit an eckigen Verhandlungstischen dirigiert; nicht wenige glauben, die von der

* Vortrag am 31. Januar 2007 in der Berliner Stadtbibliothek. Erstmals veröffentlicht in: *Deutschland Archiv* 40 (2007) 4, S. 681-688.

Brandt-Regierung in Gang gesetzte Ost- und Deutschlandpolitik habe die Mauer immer löchriger werden lassen, sodass sie am Ende zerfiel und Schabowskis berühmte Pressekonferenz sei wie mit Geisterhand von Sozialdemokraten wie Egon Bahr inszeniert worden – als ein Ergebnis des „Streits der Ideologien“, wie Kommunisten und Sozialdemokraten ein gemeinsames Papier im Sommer 1987 betiteln zu müssen glaubten. Auch diese Liste ließe sich fortsetzen und würde doch nur zu der schlichten Erkenntnis führen: nicht dieses oder jenes Einzelereignis, sondern ein Bündel aus inneren und äußeren Faktoren hat eine historische Situation reifen lassen, die einer Lösung bedurfte und Ende der Achtzigerjahre Millionen Bürgerinnen und Bürger, die dem System und ihrer eigenen Unfreiheit überdrüssig waren, erwachen ließ. Wir erlebten 1989 eine Bürgerrevolution, die von den Mächtigen und Herrschenden nur begleitet werden konnte, der sie mehr nachrannten, als dass sie steuernd eingreifen konnten. Die handelnden Akteure saßen weder in den Regierungspalästen Ost- noch West-Berlins, weder in Bonn, Washington noch in Moskau, die Akteure dieser Revolution waren Menschen auf den Straßen und Plätzen in Ost-Berlin und Leipzig, in Plauen und Schwerin, in Prag und Warschau, in Bukarest und Tallinn, in Budapest und Sofia, in Riga und Vilnius. Daran werden auch noch so voluminöse und noch so dramatisch gestrickte Memoiren nichts ändern und daran werden auch keine Podiumsrunden etwas ändern, auf denen die Technokraten der Macht ihr einstiges Tun zu erklären suchen.

I.

Das Jahr 1987 begann mit einer Panne, über die ganz Deutschland lachte. Da am Silvesterabend 1986 die ARD versehentlich die Ansprache von Kanzler Kohl aus dem Vorjahr sendete, konnte am Neujahrsabend 1987 die deutsche Fernsehnation erneut eine Kanzleransprache zur Kenntnis nehmen, nunmehr die richtige vom Silvesterabend 1986. Es machte alles nichts, da für die meisten Zuhörer ohnehin kaum Unterschiede feststellbar waren. Die falsche Ansprache sahen etwa eine Million Menschen mehr als ein Jahr zuvor die richtige. Helmut Kohls unfreiwillige Rolle als Erheiterer der geteilten Nation stand zwischen zwei anderen denkwürdigen Auftritten des Kanzlers, die die politische Atmosphäre gut spiegeln und veranschaulichen, dass 1987 dem Jahr 1978 näher lag als dem Jahr 1990. Erst hatte Kohl im Oktober 1986 Gorbatschow indirekt mit Joseph Goebbels

verglichen, dann bezeichnete er Anfang Januar 1987 die DDR als ein Regime, das „politische Gefangene ... in Gefängnissen und Konzentrationslagern hält“. Was sagte Kohl seinerzeit über Gorbatschow und Goebbels wirklich? Welche Worte haben blankes Entsetzen ausgelöst und zu heftigen Reaktionen bei Feind und Freund geführt? Kohl wörtlich: Michail Gorbatschow „ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte für Public Relations.“

Diese Aussage machte Kohl in einer Zeit, da die bundesdeutsche Öffentlichkeit verbissen den „Historikerstreit“ führte, einen Streit, den manche auch „Hysterikerstreit“ nannten. Kohl hatte nichts weiter getan, als Nationalsozialismus und Kommunismus zu vergleichen, ohne sie dabei gleichzusetzen. Und Gorbatschow war nun einmal 1986 der Anführer des Weltkommunismus mit Millionen Toten, und noch war nicht zu erkennen, dass aus dem kommunistischen Hoffnungsträger ein Totengräber des Systems wider Willen werden würde.

Und auch Kohls zweite Äußerung verlangt nach einer zeithistorischen Einordnung: So wie die westliche Welt begann, Gorbatschow zu Füßen zu liegen und ihm dafür später Panzer im Baltikum, in Armenien, in Aserbaidschan, in Georgien oder in Tadschikistan großzügig verzieh und ebenso großzügig dort über Tausende Tote, für die der Kreml-Chef verantwortlich war, hinweg sah – einer Entwicklung, der sich Kohl nicht nur nicht verschloss, sondern die er beförderte, sodass aus dem einstigen Gorbatschow-Kritiker einer seiner größten Fürsprecher wurde –, so hatte die westliche Welt ebenso großzügig darüber hinweggesehen, dass im Osten Tausende Menschen aus politischen Gründen in Haftanstalten eingesperrt waren. Kohl hatte darauf mit drastischen Worten hingewiesen, wie ein einsamer Mahner in der Wüste. Seine Erwähnung von Konzentrationslagern, die es natürlich nicht mehr gab, hat dieser Rede und seinen Inhalten eine Aufmerksamkeit geschenkt, die dieser Aspekt seines Vortrages sonst nicht erhalten hätte. Der Kanzler zog Kritik auf sich und erreichte doch, dass die Frage nach politischen Häftlingen in der DDR wieder auf dem Tisch lag. Darauf haben seinerzeit in noch heute beeindruckenden Analysen etwa der westdeutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke und der ostdeutsche Oppositionelle Arnold Vaatz hingewiesen. Beide hatten zu ganz

unterschiedlichen Zeiten den Haftalltag in der DDR leidvoll ertragen müssen. 1987 war es mitnichten so, dass in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein DDR-Bild dominierte, das den Diktaturcharakter des Regimes als zentrale Säule markierte. Insofern standen Kohls Auslassungen, für die er sich unbegreiflicherweise seither immer wieder entschuldigt hat, durchaus gegen den bundesdeutschen Zeitgeist.

II.

1987 stellt sich im Rückblick als ein Jahr dar, das an Vielfarbigkeit und Gegensätzlichkeit kaum Wünsche offen lässt. Einige dieser vielfarbigen Gegensätzlichkeiten seien erinnernd wachgerufen:

* Da wäre die erwähnte Kohl-Rede vom 4. Januar 1987, die zu einer kurzen Eiszeit zwischen beiden deutschen Staaten führte; dann aber bereiste Erich Honecker Anfang September die Bundesrepublik. Die West-Berliner *tageszeitung* brachte dazu eine gefälschte Nummer des *Neuen Deutschland* heraus, auf deren Titelseite als Balkenüberschrift der Satz thronte: „Erich, nimm uns mit!“ Der offizielle Besuch Honeckers in Bonn wurde in Ost wie West nicht nur positiv aufgenommen, akute Probleme konnte er schon gar nicht beheben, im Osten erhoffte sich zudem fast niemand eine Verbesserung der Situation durch diesen Besuch. Zwischen Ost und West kam es 1987 zu einer intensiven Besuchspolitik, ranghohe bundesdeutsche Politiker gaben sich in Ost-Berlin zeitweise nicht nur buchstäblich die Klinke in die Hand. Vor allem SPD-Politiker wie Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder drängten immer stärker darauf, die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen, sie stellten sich zugleich gegen die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter.

* Ende des Jahres schafft die DDR die Todesstrafe endgültig ab, am ost-deutschen Grenzregime aber, das bis auf den Balkan reichte, werden die letzten Flüchtenden erst 1989 erschossen. Am 13. August 1987 protestierten auf der Ost- wie auf der Westseite des Brandenburger Tores Hunderte Personen gegen die Mauer, MfS und Volkspolizei nahmen mehrere Personen fest. Der 1983 aus Jena ausgebürgerte Roland Jahn schreibt am 20. Juli 1987 in einem *taz*-Kommentar: „Was bedeutet Abschaffung der Todesstrafe, wenn sie an der Mauer weiterhin vollzogen wird?“, und fügt hinzu: „Nicht Gnade brauchen die Menschen in der DDR, sondern Recht.“

* Zum Gründungstag des Ministeriums für Staatssicherheit am 8. Februar verkündet das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, dass Generaloberst Markus Wolf aus den Reihen des MfS verabschiedet worden sei. Wolfs Ausscheiden aus dem MfS vollzog sich, wie wir heute wissen, schrittweise seit Anfang 1986. Was heute wie eine Schlagzeile klingen mag, interessierte damals kaum jemanden, schon gar nicht in der DDR. Als Wolf dann am 4. November 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz von seinen SED-Genossen als Reformler präsentiert wird, erfährt dieser hunderttausendfach, was die Menschen von ihm halten: nichts. Er wird wie SED-Politbüromitglied Günter Schabowski gnadenlos von der Bühne gepfiffen.

* Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, kann offiziell nicht nach Ost-Berlin fahren, um an den aberwitzigen Jubiläumsfeierlichkeiten zur 750-Jahr-Feier teilzunehmen – Erich Honecker lehnt einen Besuch in West-Berlin ab –, zugleich fährt Diepgen aber „privat“ nach Berlin-Friedrichshagen in die „Bilderkneipe“, schlendert mit Parteifreunden die Karl-Marx-Allee entlang und besucht Ende Februar 1987 einen Gottesdienst in der Gethsemanekirche im Prenzlauer Berg. Bischof Gottfried Forck begrüßt ihn dort mit den Worten: „Wir freuen uns auch über die verehrungswürdigen Besucher aus West-Berlin.“ Mehr konnte Forck nicht sagen, weil in der Kirche auch der Ost-Berliner SED-Oberbürgermeister Erhard Krack saß; zwei Bürgermeister einer Stadt zu begrüßen, wäre protokollarisch problematisch geworden.

* Zu Pfingsten im Juni findet im Westen vor dem Reichstag das bis dahin größte Open-Air-Spektakel Berlins statt. Viele Stars der internationalen Rockmusikszene treten auf. Auf der Ostseite wollen an den drei Tagen auch ein paar tausend Fans die Musik ihrer Stars hören. Mauer und Absperrungen lassen bald lautstarke Rufe nach „Freiheit“, „Die Mauer muss weg“, „Gorbi, Gorbi“ und „Erkämpft das Menschenrecht“ ertönen. Roland Jahn kommentiert die Reaktion der Ost-Berliner Opposition auf diese Ereignisse so: „Die Öko- und Friedensgruppen scheinen mit ihrer Arbeit ein Stück an der Realität vorbeizugehen, sonst wären sie nicht so überrascht gewesen von dem, was da ablief.“ Jeweils Dutzende Zuführungen erfolgen, die Westmedien berichten intensiv – diesmal auch über sich selbst, weil sie in ihrer Arbeit behindert worden sind. In der DDR wird, nachdem die Ereignisse zunächst geleugnet worden sind, getönt, der Wes-

ten wolle Kreuzberg, wo es am 1. Mai erstmals zu größeren Auseinandersetzungen kam, in den Ostteil transportieren. Andererseits finden 1987 in Ost-Berlin die ersten großen Open-Air-Konzerte mit Stars wie Bob Dylan oder Barclay James Harvest statt. Im Palast der Republik tritt an zwei Tagen Carlos Santana in umjubelten Konzerten auf. Mehrere Dutzend erzürnte Fans, die keine Karten erhalten hatten, versuchen, den Saal zu stürmen. Bevor es zu größeren Auseinandersetzungen kommt, werden sie einfach eingelassen. Es kommt nur zu wenigen kurzzeitigen Festnahmen. Und Konstantin Wecker begrüßt ausgerechnet auf dem Pressefest des *Neuen Deutschland* Tausende Fans mit den Worten, er freue sich, heute hier in Ost-Berlin vor einem nicht ausgewählten Publikum spielen zu können, dies umso mehr, so Wecker, da „ihr vor ein paar Tagen an der Mauer das Lied der Freiheit gesungen habt“. Die Fans feiern mit ihm über drei Stunden im strömenden Regen, anschließend wird wieder skandiert: „Die Mauer muss weg!“

* Das „echte“ Kreuzberg findet am 12. Juni statt, als US-Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor Michail Gorbatschow auffordert, das Tor zu öffnen und die Mauer einzureißen. In West-Berlin kommt es zu einem ungewöhnlich großen Polizeieinsatz, Kreuzberg wird teilweise abgeriegelt. Im Osten hinterlässt Reagans Rede (und natürlich die Ereignisse im Kontext der Mauerkonzerte) durchaus Spuren: Das MfS muss gehäuft und allerorten notieren, dass junge Leute gegen die Mauer protestieren. Es kommt im Laufe des Jahres immer wieder zu Verhaftungen deswegen. Ronald Reagan gilt in Ost wie West nicht gerade als *everybody's darling*, aber er hat im Osten durchaus seine Fans – vornehmlich in den älteren Jahrgängen.

* Am 1. Februar wird erstmals in West-Berlin Smogalarm der Stufe 1 verhängt. Die Mauer ist an diesem Tag nicht nur Schutzwall gegen Faschisten, sondern auch gegen Umweltverschmutzung. In Ost-Berlin wird erklärt, warum die Luft im Ostteil der Stadt sauber sei.

* Im April erklärt SED-Chefideologe Kurt Hager, dass er seine Wohnung nicht tapeziere, nur weil sein Nachbar tapeziert. „Tapetenkutte“ geht mit diesem Spruch in die Geschichte der Antiaufklärung ein. Diese Anti-Glasnost-Haltung ist bemerkenswert, weil der gelehrigste Schüler im Moskauer Machtbereich, die DDR, sich offen gegen Moskau stellt.

Zugleich ist dies erwähnenswert, weil in der DDR seit 1987 eine prosovietische Haltung, das heißt eine Haltung pro Glasnost und Gorbatschow, praktisch in den Geruch oppositioneller Haltung gerät.

* Die MfS-Hauptabteilung Personenschutz zeigt sich im September 1987 begeistert von der professionellen Arbeit ihrer Kollegen in der Bundesrepublik. Gemeinsam sichern sie den Honecker-Besuch ab. Als der Besuch beendet ist, gehen die Genossen vom MfS wieder härter gegen Oppositionelle vor. Hatten sie noch am 5. September im Rahmen des Olof-Palme-Friedensmarsches tatenlos zusehen müssen, wie etwa tausend Oppositionelle zwischen Zions- und Gethsemanekirche unter dem Motto „Von oben nach unten wächst gar nichts“ demonstrierten, gingen sie nach dem 11. September gegen ähnliche Demonstranten im Süden der DDR ungleich härter vor.

Es gibt noch andere oppositionelle Highlights, die 1987 stattfanden: Im April etwa organisieren Mitglieder der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) um Bärbel Bohley, Wolfgang Templin, Ralf Hirsch, Gerd und Ulrike Poppe eine Flugreise nach Prag, um zu demonstrieren, dass sie nirgendwohin reisen dürften. Die wenigen, die überhaupt bis zum Flughafen Schönefeld kamen, wurden dort durch die Passkontrolle gelassen – wegen der anwesenden westlichen Journalisten –, dann aber in einen Stasi-Bus verfrachtet und zur nächsten Polizeistation gebracht. Für Ralf Hirsch wäre diese Aktion beinahe in ein riesiges Desaster ausgeartet. Er gehörte zu den wenigen, die bis zum Flughafen und durch die Passkontrolle kamen. Dort befahl ihm unsägliche Panik, hatte er doch nicht damit gerechnet, so weit zu kommen. Er hatte keinesfalls vor zu fliegen, denn er war von Flugangst gepeinigt. Hirsch atmete auf, als ihn MfS-Offiziere, die er diesmal fast sehnsüchtig erwartete, abführten.

Die Prag-Aktion ist ebenso durch westliche Medien bekannt geworden wie wenige Monate später der berühmte Stasi-Sturm auf Gemeinderäume der Zionskirche. Durch einen Inoffiziellen Mitarbeiter hatte das MfS erfahren, dass in dieser Nacht der *Grenzfall* der IFM gedruckt werden sollte. Als das MfS-Überfallkommando erschien, wurden aber gerade die *Umweltblätter* gedruckt, die als innerkirchliches Erzeugnis halblegalen Charakter besaßen. Die Festnahmen erzeugten eine Solidarisierung über die Oppositionsszene hinaus, wie es sie seit der Schwerter-zu-Pflugscharen-

Bewegung Anfang der Achtzigerjahre nicht mehr gegeben hatte. Das sollte sich noch einmal Mitte Januar 1988 steigern, als es am Rande der offiziellen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration zu Festnahmen und Abschiebungen kam, die im Ergebnis die Ost-Berliner Opposition zeitweise lähmten.

* Im Sommer dieses Jahres fand in Ost-Berlin erstmals wieder ein Evangelischer Kirchentag statt. Viele Prominente aus der Bundesrepublik verhalfen ihm zu Glanz. Den eigentlichen Glorienschein verliehen ihm aber Alternative, die bereits im Frühjahr angekündigt hatten, als „Kirche von Unten“ (KvU) aufzutreten. Sie beanspruchten eigene Veranstaltungen, drohten Kirchbesetzungen an und verlangten Glasnost nicht nur im Staat, sondern auch in der Kirche. Der „Kirchentag von Unten“ während des Kirchentages wurde zum größten „legalen“ Treffen alternativer Gruppen und Personen in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre. Er zeigte zugleich an, dass die Kirchen nicht der richtige Adressat für Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen waren. Ihre Dächer boten Schutz, sie behinderten aber auch durch ihren Schutz und erzwangen Stellvertreterauseinandersetzungen zwischen oppositionellen Gruppen und den Kirchen.

* Ende Juni fand auch der X. Schriftstellerkongress der DDR statt. Christa Wolf nahm demonstrativ nicht teil, Günter de Bruyn verlas ebenso demonstrativ einen Brief der bekanntesten deutschen Autorin, in dem sie Kritik äußerte und letztlich ihr Fernbleiben begründete. Mehrere bekannte Autoren wandten sich gegen die Zensur. Am deutlichsten wies Christoph Hein mit eindringlichen Worten darauf hin, dass die Zensur nutzlos, paradox, menschenfeindlich, volksfeindlich, ungesetzlich, strafbar und verfassungswidrig sei. Heins Rede zeigte, nachträglich betrachtet, an, dass ein System, das Zensur praktiziert und zugleich einen scharfen Beitrag gegen die Zensur ungeahndet lässt, sein Ende vor Augen hat. Denn, wie Helga Schubert später zutreffend zuspitzte, „ohne Zensur keine Diktatur“.

* Schließlich, die größte Merkwürdigkeit des Jahres 1987: die 750-Jahrfeier Berlins. Im *mOAning star*, einem anarchischen Spaßblatt der oppositionellen Offenen Arbeit (OA) Ost-Berlins, findet sich im Januar 1987 folgende Meldung: „Beim Abriss eines Gebäudes in der Otto-Grotewohl-Straße ... wurde von Bauarbeitern unter einem Fundament ein konservier-

tes Stück Pergament aus dem 1. Jh. u.Z. gefunden. ... Es stellte sich heraus, dass es sich hierbei um die Gründungsurkunde für die Stadt Cöln-Berlin handelt. Demnach wurde ... (sie) am 1.4. im Jahre 1 u.Z. von römischen Kolonisten gegründet ... diese Tatsache [wird] sowohl von westlicher als auch von östlicher Seite verheimlicht ... Dies ist ein einzigartiges Beispiel prägnanter Geschichtsfälschung.“ Was wäre eigentlich gewesen, wenn sich eine der beiden Stadthälften geweigert hätte, die ersten urkundlich nachweisbaren Erwähnungen Berlins als Gründungsdatum anzuerkennen? Oder wenn eine Stadthälfte nur aus Lust an der Provokation nicht mitgespielt hätte? So viel Einheit war aber selbst 1987 noch vorhanden. Und so erlebte Berlin 1987 einmal mehr alles doppelt, auch den Ärger der Gegner der Feierlichkeiten. Im Süden der DDR sind Berliner Autos die Reifen zerstoichen worden, junge Leute flogen beim Trampeln aus den Autos, wenn sich herausstellte, sie sind Berliner. Leipziger, Dresdner, Potsdamer und andere zeigten Flagge und fertigten Spruchbänder mit Hinweisen auf ihre Stadtjubiläen („822 Jahre Leipzig – so alt wird Berlin nie“). Das *Neue Deutschland* sah sich in der zweiten Jahreshälfte immer häufiger gezwungen, auch anderen Städten zu ihren, zuweilen abenteuerlichen, Jubiläen zu gratulieren. Die Wut auf Berlin war groß, weil die ohnehin knappen Ressourcen und Arbeitskräfte weitgehend dorthin umgelenkt wurden und die Provinz noch weniger als sonst erhielt. Die Inszenierungen in Ost-Berlin, die das ganze Jahr andauerten und mit dem Historischen Festumzug am 4. Juli einen ihrer Höhepunkte hatten, widerstanden auch viele Ost-Berliner an. Etwa als sich Honecker und Genossen bei dem Festumzug angesichts nackter Frauen vor Begeisterung kaum auf ihren Stühlen halten konnten.

III.

Zeitgeschichte lebt in einem hohen Maß von den Erzählungen der Zeitzeugen. Günter Schabowski als SED-Politbüromitglied und Chef der SED-Bezirksleitung (Ost-)Berlin, Eberhard Diepgen als Regierender Bürgermeister (West-)Berlins, Bärbel Bohley als in Ost-Berlin lebende DDR-Oppositionelle und Roland Jahn als in West-Berlin lebender Ostdissident sind zum Beispiel vier ganz verschiedene Zeitzeugen, die auf ihre je eigene Art mit der Berliner und deutschen Geschichte der Achtzigerjahre eng verbunden sind. 1987 scheint für alle vier ein sehr langes Jahr gewesen zu sein.

Bei Schabowski genügt dafür ein Blick in das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, dem er bis 1985 als Chefredakteur vorstand. Politbüromitglied Schabowski ackerte im Namen des Volkes offenbar schlaflos, keine Veranstaltung, keine Messe, keine Ernte, keine DDR-Weltspitzenleistung ohne Schabowski. Im Gegensatz zu seinen Politbüro-Genossen, das wenigstens kann man ihm bescheinigen, zeigen ihn die Fotos zumeist entspannt, manchmal sogar frohen Mutes, seine Reden freilich waren genauso gestanz und absurd wie die seiner Funktionärskollegen. Zum Berlin-Jubiläum etwa jubelte er: „Mit Gewissheit verkörpert aber heute unser Berlin wie keine andere Stadt, die in deutscher Geschichte ihren Anfang nahm, Sinn und Gesetz gesellschaftlicher Entwicklung.“ Von solchen Worthülsen lebte das SED-Neusprech, es hing fast allen zum Halse raus. Eine besonders beliebte Hülse in x-Varianten war die Dialektik-Hülse: „In Berlin offenbart die Geschichte ihr dialektisches Wesen.“ Und auch die folgende Erleuchtung, von Schabowski vorgetragen, war eine immer wieder gehörte Erfindung, die dennoch niemand verstand: „Die schwerste Niederlage erlitt der Klassenfeind am 13. August 1961.“ Wer war eigentlich wirklich eingemauert, der Klassenfeind? Zu solchen Verrenkungen passt ein Witz, der gerade 1987 im Osten wieder kursierte: Frage: Wer sind die dümmsten DDR-Menschen? Antwort: Die Ost-Berliner. Lassen sich eine Mauer mitten durch die Stadt bauen und bleiben dann auch noch auf der falschen Seite wohnen.

Klassenfeind Eberhard Diepgen war auch Zwängen ausgesetzt, auch Parteigrenzen, aber ein Vergleich des in freien Wahlen gewählten Regierenden Bürgermeisters und der mit Gewalt herrschenden Politbürokratie und seiner einzelnen Mitglieder verbietet sich von selbst. Diepgen nutzte gerade das Jahr 1987 intensiv, um immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Mauer und die deutsche Teilung überwunden werden müssten. So träumte er von einer nahen Zukunft: „Meine Kinder können frei und unkontrolliert in beide Richtungen durch das Brandenburger Tor schlendern. Politisch formuliert: Berlin ist dann eine freie und geeinte Stadt ohne Mauer in einem freien und geeinten Deutschland in einem freien und friedlichen Europa.“ Als die beiden Ost-Berliner Oppositionellen Rainer Eppelmann und Ralf Hirsch Anfang des Jahres an Honecker, Bischof Forck, Diepgen, Kohl sowie die vier höchsten politischen Repräsentanten der Alliierten eine Botschaft aus Anlass der 750-Jahr-Feiern schickten und forderten, alle Relikte des Kalten Krieges zu beseitigen, war Eberhard Diepgen ne-

ben Ronald Reagan der einzige, der antwortete und sich prinzipiell mit den Forderungen solidarisch erklärte. Das Treffen mit Honecker, das 1987 nicht zustande kam, ist dann 1988 in Ost-Berlin nachgeholt worden. Es hat Diepgens Ansehen im Osten, bei den Menschen auf der Straße, anders als bei anderen Westpolitikern, nicht geschadet.

Bärbel Bohley und Roland Jahn, die sich persönlich erstmals im Mai 1983 in der Wohnung von Ulrike und Gerd Poppe begegnet sind und die sich nach Jahns Rausschmiss aus der DDR nochmals 1985 trafen, als Jahn sich illegal in der DDR aufhielt und ihn alle anwesenden Oppositionellen – bis auf Reinhard Schult – bedrängten, nach West-Berlin zurückzukehren, haben 1987 direkten Kontakt über Telefon gehalten. Jahn war die wichtigste Verbindungsperson für die Opposition im Westen. Bohley und Jahn wollten beide ganz Ähnliches, lebten aber zeitweise zwangsweise in zwei Welten. Anfang 1988 hat das *Neue Deutschland* in zwei groß aufgemachten Berichten seinen Lesern weismachen wollen, dass Jahn ein nachrichtendienstlich gesteuerter Verräter sei, der vom Westen aus die DDR-Opposition steuert. Auch Bärbel Bohley sollte zu den Personen gehören, die Roland Jahn „steuerte“. Kann sich jemand vorstellen, Bärbel Bohley ließe sich „steuern“?

Das Jahr 1987 sah eine Opposition in Ost-Berlin, für die nichts weniger charakteristisch war als das Zusammenhalt suggerierende Wörtchen „eine“, denn die Opposition war in Gruppen und Grüppchen aufgeteilt, die sich teilweise nicht gerade freundlich gesonnen waren. Gelegentliche Versuche, die Opposition zu einen, schlugen fehl, mussten fehlschlagen, hätten im eigentlichen Sinne ja auch einer demokratischen und pluralistischen Opposition eher entgegengestanden. Auch Jahn regte von West-Berlin aus an, die Opposition in Ost-Berlin nach dem Vorbild der Charta 77 zu organisieren und die IFM als eine Art Sprecherrat einzusetzen. Die Stimmung in Ost-Berlin, in der Szene war eine andere: „Wir brauchen kein Politbüro“, war eine noch eher freundliche Abfuhr. Die Opposition war noch auf der Suche nach sich selbst, nach ihrer Struktur. Als sich einige, wie Gerd Poppe, Ralf Hirsch und Rainer Eppelmann, mit bundesdeutschen CDU-Politikern trafen, war das empörte Geschrei bei einigen linken ostdeutschen Oppositionellen so laut, als hätten die Genannten Geheimverträge mit dem SED-Politbüro abgeschlossen. Es war noch ganz schön weit bis zur Revolution. 1987 jedenfalls hätte niemand behauptet, der Weg sei schon eingeschlagen.

IV.

In diesem Jahr erschien in der DDR eine LP der Rockgruppe „City“. Ein Titel hieß „Wand an Wand“, seine letzte Strophe lautete: „Trotz nur zwanzig Zentimeter kriegen wir uns nicht zu fassen / Wollen wir uns kennen lernen, müssen wir das Haus verlassen / Wenn du lachst, klingt es wie aus einem anderen Land / Wand an Wand.“ Ziemlich unverhüllt hatten Sänger Toni Krahl und seine Mitstreiter die deutsche Teilung und die Teilung Berlins benannt und beklagt. In einem anderen Song, „Halb und Halb“, hieß es gar: „Im halben Land und der zerschnittenen Stadt, / halbwegs zufrieden mit dem, was man hat / Halb und halb.“ Solche Töne aus der DDR irritierten, weil sie aus dem gleichgeschalteten Äther dröhnten, die Funktionäre sich zwar heftig mokierten, aber offenbar keine Mittel mehr besaßen, solche Verlautbarungen einer berühmten Band wie „City“, die auch im Westen große Erfolge feierte, zu unterdrücken. Mit ihrem Unbehagen an der andauernden deutschen Teilung standen die Musiker nicht allein, weder in Ost noch in West.

Es war aber mitnichten so, dass 1987 im freien Berlin alle politisch denkenden Menschen auf die baldige Freiheit und Einheit für ganz Berlin, ganz Deutschland und ganz Europa hofften, geschweige denn auch setzten. Führende Funktionäre der Alternativen Liste etwa publizierten Ende 1986 20 Thesen zur Zukunft Berlins, mit denen sie die Idee einer „Hauptstadt im Wartestand“ verabschieden wollten. Diese Gedanken zu Vergangenheit und Gegenwart Berlins erinnerten teilweise an die Berlin-Thesen, die im Osten der Stadt zum Jubiläum vom SED-Politbüro herausgegeben worden waren. Aber nicht nur linke Ideologen waren verwirrt und desorientiert. Der einflussreiche Politologe Arnulf Baring etwa erklärte Anfang 1987, dass „alle wissen“ würden, dass im Reichstag „wahrscheinlich niemals mehr ein deutsches Parlament tagen wird“. Dieser Irrtum ist kaum der Rede wert. Erstaunlicher hingegen ist der Umstand, dass Baring ähnlich wie die Ideologen im Osten davon ausging, dass sich so etwas wie eine eigene „DDR-Nation“ herausgebildet habe. Er erklärte im Januar 1987: Der DDR „wächst ... mit der zunehmend unbefangenen Besinnung auf das historische Erbe eine Legitimation zu, die wir früher nie für möglich gehalten hätten. Sie wird ein Nationalstaat, hat eine eigene Tradition aus der deutschen Geschichte für sich abgeleitet.“

Wie wenig das belegbar war, zeigte sich nicht nur zwei Jahre später mit der Revolution. Es flackerte auch 1987 bereits immer wieder mit den Rufen „Die Mauer muss weg!“ auf. Diese Regungen kamen aus der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft und sind auch von dieser Mitte getragen worden.

Die SED-Ideologen hatten vergeblich versucht, West-Berlin aus dem ostdeutschen Bewusstsein zu tilgen. Da halfen auch keine Tricks der Machthaber. Anlässlich des Jubiläumsjahres 1987 hatte etwa die S-Bahn im Osten neue Übersichtspläne erhalten, die in jedem Waggon mehrfach hingen. Diese Pläne wiesen bereits eine wechselvolle Geschichte auf. Seit den Siebzigerjahren war West-Berlin auf diesen Plänen nur noch beige eingefärbt existent, ohne Straßen, Plätze oder andere Merkmale, aber immerhin von den Umrissen noch erkennbar. Ab 1987 hingen in den S-Bahnen Ost-Berlins Pläne, auf denen West-Berlin gar nicht mehr vorkam. Buchstäblich über Nacht schien West-Berlin implodiert zu sein oder einfach weggebeamt. Jedenfalls grenzte seit 1987 Potsdam direkt an Berlin-Mitte – zumindest in der Wahrnehmung der SED-Ideologen.

Ja, das Jahr 1987 bedeutete einen wichtigen Markstein auf dem Weg zur 89er Revolution. Das mögen auch damals schon viele gehofft haben. Einige werden es vielleicht sogar geahnt haben. Gesehen aber hat dies damals kaum jemand.

Jens Schöne

Das doppelte Stadtjubiläum: 750 Jahre Berlin*

Es ist kaum mehr als zwanzig Jahre her, und doch scheint die Situation reichlich absurd: eine Stadt, geteilt in zwei Machtbereiche, eine 750-Jahr-Feier, zwei Stadtoberhäupter. Als die Letztgenannten – Eberhard Diepgen (West) und Erhard Krack (Ost) – am 22. Februar 1987 an der Veranstaltung „750 Jahre Kirche in Berlin“ teilnahmen, befanden sich erstmals seit fast vierzig Jahren die Bürgermeister beider Stadtteile in einem Raum. Man sollte meinen, dies sei Grund genug, sich die Hand zu geben. Doch weit gefehlt. Der Händedruck blieb aus, man ignorierte sich geflissentlich. Aber zumindest an diesem Punkt sollte das Jubiläum Fortschritte erbringen. Als man acht Monate später abermals aufeinander traf, reichte man sich tatsächlich die Hand und suggerierte so eine scheinbar gewonnene Normalität, die faktisch kaum mehr als Makulatur war. Gerade die 750-Jahr-Feiern hatten das immer wieder gezeigt. Man musste irgendwie miteinander leben, man konnte sich nicht ganz ignorieren, und doch trachtete jede Seite danach, den lieb gewonnenen Status quo nicht allzu sehr in Frage zu stellen.

Begonnen hatte alles schon weit vor dem Jahr 1987, und bereits die Vorgeschichte des großen Festes ließ erkennen, welche Schwierigkeiten mit ihm verbunden sein würden. Da waren zunächst die völlig unterschiedlichen Grundkonzeptionen. Die politische Führung der DDR war sich schon sehr früh einig, wozu das Jubiläum dienen müsse: nämlich die Überlegenheit des Sozialismus unwiderruflich und öffentlichkeitswirksam zu beweisen. Diese Prämisse sollte mit allem Nachdruck verfolgt und ihr alle weiteren Belange untergeordnet werden. Das Stadtjubiläum (Ost) wurde so zum Staatsfest, kommunale Einrichtungen hatten fortan nur bei organisatorischen Fragen von untergeordneter Bedeutung ein Mitspracherecht.

Offenkundig strebte auch die politische Elite des Westens danach, die Vorzüge des eigenen Systems herauszustreichen, doch konnte sie das weit entspannter tun als ihr Gegenüber im Osten. Auch sie (West) unterlag in

* Vortrag am 14. Mai 2007 in der Nikolaikirche. Vgl. ausführlich: Jens Schöne, *Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987*, 3. Aufl., Berlin 2008.

entscheidenden Fragen noch immer dem Willen der Siegermächte des letzten Weltkrieges, auch sie war den Problemen einer geteilten Stadt unmittelbar unterworfen. *Aber*: Nicht jede Handlung musste zugleich Systemkampf sein, nicht jede Äußerung der Beweis für die eigene Überlegenheit. Oder, um es im Umkehrschluss mit den Worten des SED-Generalsekretärs Erich Honecker zu sagen, der selbstverständlich auch Vorsitzender des Komitees der DDR zur 750-Jahr-Feier war: „So war die Geschichte Berlins stets mit dem Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen den Kräften des Friedens und denen des Krieges verbunden.“ Und in diesen Kampf sollte sich nun auch das Stadtjubiläum einreihen, die Feiern in Ost-Berlin daher fröhlich, doch zugleich kämpferisch gestaltet werden. Eine derart kämpferische Attitüde fehlte in West-Berlin, hier sollte gerade kein Staats-, sondern ein Stadtfest gefeiert werden.

Die unterschiedliche Herangehensweise zeitigte weit reichende Folgen. Während man im Osten von Anbeginn auf Abgrenzung vom westlichen Stadtgebiet orientierte, gab es im Gegenzug eine ganz andere Grundidee: Das Jubiläum sollte genutzt werden, um die Stadt, insbesondere aber ihre Einwohner, enger zueinander zu bringen. Oder, wie es der französische Präsident Francois Mitterand anlässlich seines Besuches im Mai zu Protokoll gab: Berlin sollte mehr denn je „Hauptstadt des Dialogs“ werden. Daher wurde letztlich auch entschieden, zahlreiche Großveranstaltungen in Mauernähe und eben nicht auf dem Kurfürstendamm oder auf anderen zentralen Arealen auszurichten. Diese Entscheidung gefiel auch in West-Berlin nicht allen, sollte sich aber durchsetzen und im Verlauf des Jahres 1987 immer wieder für innerstädtische Verwicklungen sorgen.

Dabei waren allein die Vorbereitungen auf die Feiern verwickelt genug. Zwar waren sich beide Seiten einig, dass es im eigenen Interesse ein Mindestmaß an Absprachen geben müsse, und so wurden Kommissionen gebildet und Verhandlungsführer benannt. Darüber hinaus aber kam es immer wieder zu schweren atmosphärischen Störungen. So wandte sich bereits im Oktober 1986 ein führender Diplomat der bundesdeutschen Botschaft in Neu Delhi an das Auswärtige Amt in Bonn und setzte dieses – offensichtlich entsetzt – davon in Kenntnis, dass die DDR auf dem indischen Subkontinent intensiv für das Stadtjubiläum werben würde. *Nur*: Mit keiner einzigen Silbe würde dabei erwähnt, dass es sich um eine geteilte Stadt handele, die Existenz von West-Berlin würde gleich ganz un-

terschlagen. Für den mit der Geschichte der Stadt nicht Vertrauten entsteht so der Eindruck, dass Berlin identisch sei mit Ost-Berlin, der Hauptstadt der DDR. Der Kampf um das Jubiläum hatte also längst eine weltumspannende Dimension erreicht.

In Folge dieser und ähnlicher Episoden kam schließlich selbst der ostdeutsche Leiter der Inner-Berliner Verhandlungen nicht umhin, die Position seiner Auftraggeber gegenüber den West-Berliner Gesprächspartnern als „verkrampt“ und „verrückt“ zu bezeichnen – eine in der Diplomatie äußerst selten anzutreffende, klare Aussage. Unter diesen Voraussetzungen konnte es kaum verwundern, dass der Rahmen für Kooperationsprojekte eng gesteckt war. Ein angedachtes Gastspiel des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Herbert von Karajan in Ost-Berlin scheiterte daran ebenso wie die Idee, die Tour de France in West-Berlin zu starten und sie dann über den Ostteil der Stadt und die Transitstrecken der DDR in die Bundesrepublik rollen zu lassen. Stattdessen – und das war symptomatisch für viele weitere Bemühungen – sollte es letztlich zwei Radrennen von hohem Prestige in der Stadt geben: die 74. Tour de France im Westen und die 40. Internationale Friedensfahrt im Osten.

Gleichwohl gab es Kooperationen. Trotz der eindeutigen Anweisung der SED-Spitze, innerstädtische Kontakte weitestgehend zu unterbinden, wurden Ausstellungen wechselseitig gezeigt, das wieder aufgebaute Ephraim-palais enthielt Fassadenteile, die lange in West-Berlin eingelagert waren, und im Gegenzug wanderte das Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur von Ost nach West. Immer wieder kam es im Jahresverlauf zu Zusammenspielen der ganz besonderen Art. Als etwa zu Pfingsten anlässlich des Stadtjubiläums vor dem West-Berliner Reichstag das mehrtägige *Concert für Berlin* ausgerichtet wurde, schlug sich das auch diesseits des Brandenburger Tores unmittelbar nieder. Im Verlauf von drei Nächten schaukelten sich die Auseinandersetzungen zwischen DDR-Volkspolizei und jugendlichen Konzert-Hörern hoch. Wie immer ging die Staatsmacht letztlich mit brutaler Gewalt gegen Protestäußerungen vor, doch Rufe wie „Die Mauer muss weg!“ waren unüberhörbar – in beiden Teilen der Stadt. Der im Februar 1987 erstmals in West-Berlin ausgerufene Smog-Alarm und die damit verbundene dicke Luft schienen an der Mauer Halt zu machen, doch Kontakte gänzlich verhindern konnte das monströse Bauwerk nicht. Dabei verliefen diese Kontakte keineswegs immer so, wie es die Theorie vorsah. Als etwa die Mun-Sekte (nicht zufällig, sondern ganz

gezielt im Jubiläumsjahr) ihren Welt-Kongress im ICC abhielt und beschloss, in einer Spontanaktion die Mauer niederzureißen, wurde sie in heftige Abwehrschlachten verwickelt. Doch auf der Gegenseite standen nicht nur – wie zu erwarten wäre – Grenztruppen der DDR, sondern auch Autonome aus Kreuzberg, die so ihre Abneigung gegen die konservative Sekte zum Ausdruck brachten und damit zu Verteidigern der Mauer wurden. Als wenige Tage später ein Redakteur der *taz* Zweifel an der Sinnfälligkeit solcher Bündnisse anmeldete, überlebte sein Auto das nicht, sondern fiel ebenfalls autonomen Aktivitäten zum Opfer.

Unvergesslich bleibt letztlich der Besuch Ronald Reagans in West-Berlin. Auch er weilte hier wegen des Stadtjubiläums, und auch er bezog an der Mauer Stellung. Seine Aufforderung an Michail Gorbatschow, selbige niederzureißen und das Brandenburger Tor zu öffnen, ist allgemein bekannt. 1987 schien dieses Ansinnen mehr ein Relikt des Kalten Krieges als eine wirkliche Option zu sein, doch schon zwei Jahre später wurde es Realität.

Noch aber war es nicht so weit, noch konzentrierte sich alles auf den Status quo und die Jubiläums-Feiern. In beiden Stadtteilen verdrängte man dabei (wenn auch in unterschiedlichem Maße), dass es zuvor eigentlich nur eine einzige Jubiläums-Feier gegeben hatte, derartige Aktivitäten also keineswegs historisch gewachsen waren. Denn nur 1937, zur 700-Jahr-Feier, hatte es ähnliche Anstrengungen gegeben – von den Nationalsozialisten ausdrücklich auch dazu inszeniert, ihre Vorstellungen von einer Volksgemeinschaft in der Hauptstadt zu dokumentieren. Dass die Legitimität des gewählten Datums ohnehin auf wackligen Füßen stand, der Gründungsmythos der Stadt heftig umstritten war, spielte dabei keine Rolle. Vor allem der pompöse Festumzug vom August 1937 hatte die Herrlichkeit der Machthaber aufzeigen sollen und lebte in der Erinnerung fort.

Von derartigen Manifestationen wollte man sich zur 750-Jahr-Feier in West-Berlin ganz bewusst abgrenzen. Daher standen dezentrale Konzepte im Mittelpunkt, ohne gänzlich auf Großveranstaltungen zu verzichten. Jenseits der verdrängten 700-Jahr-Feier spielte die eigene Geschichte dabei sehr wohl eine wichtige Rolle, wurde gerade in Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum heiß diskutiert und um neue Aspekte ergänzt. Die Gründung der Topographie des Terrors gehört dazu ebenso wie die Initia-

tive zur Etablierung eines Deutschen Historischen Museums. Dass die Geschichte dabei noch „qualmte“, wie es so schön heißt, zeigte sich insbesondere am letzten Beispiel. Es gab heftige Kritik am Konzept des Museums, eine konservative Neudefinition der Historie unter der Aufsicht von Kanzler Kohl wurde befürchtet, und so musste der am 28. Oktober (am eigentlichen Tag des Stadtjubiläums) im Spreebogen gelegte Grundstein längere Zeit von Polizeibeamten bewacht werden, da man befürchtete, er könnte in die Luft gesprengt oder auf sonstige Weise beschädigt werden. Und wenn wir schon über Gewalt reden: Es war nicht zuletzt der offizielle, durchaus auch pompös zu nennende Festakt im West-Berliner ICC zum Beginn der dortigen Feierlichkeiten am 30. April, der den Unmut autonomer Kräfte weckte und zu einem Vorwand für die massiven Krawalle vom 1. Mai am Lausitzer Park wurde. Damit wiederum wurde eine Tradition ganz eigener Art begründet, die fast zwanzig Jahre anhalten sollte und eben auch zum Erbe des Jubiläumsjahres gehört.

Jenseits derartiger Eruptionen verliefen die Feiern weitgehend ungestört. Zwar gab es den einen oder anderen Eklat, doch bewegte sich das im Rahmen dessen, was man in der eingemauerten Stadthälfte ohnehin gewohnt war. West-Berlin befand sich seit jeher in einem Spannungsfeld zwischen spießiger Provinzialität und avantgardistischer Weltoffenheit – das war auch 1987 nicht anders. Erinnerung sei hier nur an die Debatte um den mit 1,8 Millionen D-Mark geförderten Skulpturenboulevard auf dem Kurfürstendamm, der zu heftigen Auseinandersetzungen führte und spätestens in dem Moment zum Politikum wurde, als sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in der Sendung „Wetten dass ...?“ öffentlich davon distanzierte. Trotz aller Aufgeregtheit erinnern noch heute Teile davon an die Feiern von 1987. Manch andere Projekte – etwa die Magnetbahn-Versuchsstrecke – gerieten heillos in Verzug, die Kosten überstiegen in vielen Bereichen die Kalkulationen, über die spätere Verwendung neu gebauter oder restaurierter Objekte wurde heftig gestritten und einzelne Veranstaltungen mussten wegen unsicherer Finanzierung gänzlich abgesagt werden.

Die mit den Feiern verbundenen Aktivitäten reichten von Kiezfesten bis hin zu staatstragenden Aktionen. Neben den bereits erwähnten Ereignissen wurden etwa im August unter dem Namen „SternStunde“ rund um die Siegessäule vier Stadtfeste organisiert, die Hunderttausende von Besuchern anzogen. Ein japanisches Feuerwerk auf dem Flughafen Tempelhof

lockte gar 1,2 Millionen Zuschauer an und war damit das quantitativ größte Ereignis der westlichen Jubiläumsfeiern. Eine nie gekannte Fülle von Ausstellungen, Premieren und Gastspielen wurde geboten, die Bautätigkeit erreichte im Zusammenhang mit dem Jubiläum ungeahnte Höhen und Staatsgäste gaben sich die Klinke in die Hand. Als die Feiern am 28. Oktober 1987 mit der festlichen Einweihung des Kammermusiksaals der Philharmonie offiziell endeten, herrschte weitgehende Zufriedenheit.

Das war auch im Osten der Stadt nicht anders. Unter den bereits genannten Prämissen war hier ein generalstabsmäßig organisiertes Festprogramm absolviert worden, das kaum zu wünschen übrig ließ. Die ohnehin stets bevorteilte Hauptstadt der DDR erhielt eine noch stärkere Sonderbehandlung, die Läden waren so voll wie nirgends sonst im Land, und da die Kassen eigentlich leer waren, mussten die Regionen kräftig an der Finanzierung der Feiern mitwirken. Berlin feierte sich mit Pomp, andernorts verschärfte sich der allgemeine Mangel. Das sorgte jenseits der Stadtgrenzen schnell für berechtigten Unmut. Alsbald tauchten Aufkleber auf, die von 781 Jahren Dresden oder 1026 Jahren Halle kündeten, hörbar mit Berliner Schnauze Sprechenden schlug ebendort kalte Missachtung entgegen, und aus der Hauptstadt stammende Autos liefen Gefahr, mit zerstochenen Reifen zu enden.

Der Feststimmung in Ost-Berlin selbst konnte das freilich kaum einen Abbruch tun. Mehr als 2.000 Veranstaltungen fanden statt, über 300 Ausstellungen wurden realisiert, und das Publikationsprogramm zum Jubiläum umfasste 250 Titel mit einer Auflage von fast sechs Millionen Exemplaren. Zu den internationalen Stars, die sich die Ehre gaben, gehörten Shirley Bassey und Bob Dylan, José Carreras und Carlos Santana. Hier wurde nicht gespart, hier wurde geklotzt. Die wirtschaftliche Lage der DDR war schlecht, ihre politische Führung vergreist und eine allgemeine Lethargie hatte sich breit gemacht. All dies sollten die Jubiläums-Feiern überdecken – und das gelang zwischenzeitlich durchaus. Im Gegensatz zu West-Berlin schöpfte man auch zeitlich aus dem Vollen. Am 1. Januar 1987 begannen die Festivitäten, und erst am 31. Dezember gleichen Jahres endeten sie.

Zwei Prestigeobjekte der Feiern in Ost-Berlin verdienen an dieser Stelle besondere Erwähnung: der Wiederaufbau des Nikolai Viertels und der Historische Festumzug vom 4. Juli. Heute vor exakt 20 Jahren versammelte

sich an genau jenem Ort, an dem wir uns jetzt befinden, die Partei- und Staatsprominenz zu einem großen öffentlichen Auftritt. Der Grund war die Wiedereröffnung der Nikolaikirche, die seit dem Zweiten Weltkrieg eine Ruine gewesen war. Sakrale Räume gehörten ansonsten wahrlich nicht zu den bevorzugt behandelten Gebäuden im Arbeiter- und Bauernstaat, doch das hier war eine Ausnahme. Denn das gesamte Viertel war *das* Aushängeschild der Bautätigkeiten zur 750-Jahr-Feier. Noch zu Beginn der Achtzigerjahre war das Gelände weitgehend Brachland gewesen, nun wurde „nach historischen Vorlagen“ (wie es zeitgenössisch hieß) und zugleich in industrieller Plattenbauweise ein Vorzeigeobjekt aus dem Boden gestampft, das seinesgleichen suchte. So entstand ein historisches Zentrum der Stadt neu, das schillernd die Legitimität der Ost-Berliner Feiern versinnbildlichen sollte. Damit einher ging ein deutliches Zeichen in Richtung West-Berlin: Seht her, die Wurzeln der Stadt liegen hier, im Ostteil. Hier sind die einzig legitimen Bewahrer der Tradition zu finden. Jenseits derartiger Ränkespiele bot das Nikolaierviertel nun neben historischen Bauten etwa 800 Wohnungen, 30 Geschäfte, 22 Gaststätten und als Prunkstück die Kirche. Wenn Sie die Veranstaltung heute Abend also verlassen, gehen Sie sehenden Auges. Fast alles, was Sie an Bausubstanz entdecken werden, ist ein Erbe der 750-Jahr-Feier.

Das größte Spektakel des Jubiläums bot in Ost-Berlin dann der 4. Juli 1987. Fünf Stunden lang wälzte sich ein Historischer Festumzug durch die Stadt, der mehr als zehn Kilometer lang war und über 40.000 Mitwirkende vereinte. In genau 291 Abschnitten wurde dabei die Geschichte Berlins nachgestellt, und über 700.000 Besucher schauten zu. Ähnlich wie schon 1937 waren die geschichtlichen Darstellungen äußerst selektiv und ganz eindeutig darauf ausgerichtet, die bestehenden politischen Verhältnisse zu feiern. Das tat der guten Stimmung jedoch kaum einen Abbruch, denn der Zug war bunt, er war modern, und er war überraschend – vieles, was die DDR zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr war. Und so waren die Zuschauer begeistert, die greise Partei- und Staatsführung beim Anblick barbusiger Frauen etwas verwirrt, und das Ministerium für Staatssicherheit im Dauereinsatz, um jegliche Störungen im Keime zu ersticken. Bereits im Vorfeld hatte es über potenzielle Probleme im Geheimdienst intensive Diskussionen gegeben, denn der Festzug barg die Gefahr, dass unter den 40.000 Kostümierten auch der eine oder andere sein würde, der auf bestehende Missstände aufmerksam machen könnte. Man löste die

Angelegenheit schließlich auf alt bewährte Weise: Auf jedem Festwagen saß ein Mitarbeiter der „Sicherheitsorgane“, der zumeist ebenfalls in ein Kostüm gesteckt wurde und bei geringstem Anlass eingreifen sollte. Aber dazu kam es gar nicht, denn die Veranstaltung verlief ohne derartige Vorfälle.

750 Jahre Berlin hieß also in beiden Stadthälften Volksfeststimmung und Politspektakel, wenn auch in deutlich verschiedenem Ausmaß. Im Osten wie im Westen wurde der Grundstein für Bauten und Entwicklungen gelegt, die die vereinte Metropole bis heute nachhaltig prägen. Eine Annäherung zwischen den eng verflochtenen Kontrahenten ging damit jedoch nicht einher, und in Ost-Berlin sollte man schnell merken, wie sehr man sich mit den prunkvollen Inszenierungen finanziell übernommen hatte. Was zu diesem Zeitpunkt kaum jemand ahnte: nur zwei Jahre später sollten die Karten gänzlich neu gemischt werden.

Martin-Michael Passauer

Das Jahr 1987 – ein Jahr der großen Unsicherheiten und des Aufbruchs*

Erinnern wir uns an die Zeit vor zwanzig Jahren. Zunächst nur an einige wenige Daten, hinter denen sich jeweils geballte politische und kirchenpolitische Ereignisse verbergen:

- 1987 war vor allem das Jahr des 750-Jahr-Jubiläums Berlins.
- Am 6. Januar 1987 teilte ein Sprecher des DDR-Außenministeriums mit, dass im Vorjahr 573.000 DDR-Bürger wegen dringender Familienangelegenheiten die Bundesrepublik besuchen konnten. Es begann die Zeit der intensiveren West-Besuche und Ausreisen.
- Im Mai war der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, zu einem Staatsbesuch nach Ost-Berlin gekommen.
- Im Juni konnte in der Hauptstadt der DDR ein Evangelischer Kirchentag unter dem Thema „... und ich will bei euch wohnen“ mit 5.000 Dauerteilnehmern und 20.000 Besuchern der Abschlussveranstaltung stattfinden.
- Anfang September fand der „Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor“ unter Beteiligung des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) und der Aktion Sühnezeichen statt. Einen Friedensmarsch auf den Straßen der DDR unter Beteiligung der Kirchen hat es bis dahin nicht gegeben.
- Im gleichen Monat konnte der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker zu einem Arbeitsbesuch mit der protokollarischen Ausstattung einer Staatsvisite in die Bundesrepublik reisen.
- Im November fand eine nächtliche Hausdurchsuchung in der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde im Prenzlauer Berg statt, bei der sieben Mitarbeiter und Freunde der Umweltbibliothek festgenommen wurden. Protestversammlungen und Mahnwachen waren die Folge. Die Zionskirche wurde dadurch zu einem Symbol von Widerstand und öffentlichem Protest. Der damalige Staatssekretär für Kirchenfragen, der Verbindungsmann zwischen Kirche und Politbüro, Klaus Gysi, äußerte noch am gleichen Tage, er habe von dieser Aktion gegen die Umweltbibliothek nichts gewusst, um dann fortzufahren: „So etwas machen

* Vortrag am 26. September 2007 in der St. Marienkirche.

wir nur, wenn es absolut notwendig ist“. Dass es mit den Sicherheitsorganen neben dem Parteistaat noch einen Staat im Staate gab, hat der hochrangige Parteifunktionär wohl, wie viele andere auch, in diesem Ausmaß nicht geahnt.

Natürlich geschah in diesem Jahr noch sehr viel mehr. Und in vorangegangenen Veranstaltungen ist dazu auch schon viel gesagt worden. Heute geht es besonders um die Rolle der Kirche, die immer mittendrin war. Sie war für viele Menschen die einzige nicht vom Staat gelenkte und beeinflusste Organisation, sodass man ihr ein hohes Maß an Aufmerksamkeit schenkte und Kontakte suchte. Sie regelte, wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß, ihre Angelegenheiten selber. Sie verfügte über eine eigene innerkirchliche Gesetzgebung, z.B. ein eigenes Arbeitsrecht, eigene Ausbildungsstätten, große Diakonische Einrichtungen, auch einige wenige Schulen, und über viele Gebäude, über deren Nutzung und inhaltliche Angebote sie selber zu entscheiden hatte. Das führte von Anfang an zu Begehrlichkeiten. Zu Begehrlichkeiten von Menschen, die diesen Freiraum noch viel intensiver nutzen und ausnutzen wollten. Immer mehr Anfragen kamen zur Nutzung von kirchlichen Räumen für Veranstaltungen, die die jeweilige Ortsgemeinde nicht selber angeregt hatte. Es gab daneben aber auch eine geistliche Haltung, die vor allem nach dem unverwechselbaren kirchlichen Auftrag rief und sich gegen alles stemmte, was innerhalb der kircheneigenen Räume diesem Auftrag widersprach.

Scheinbar einprägsam fand diese Haltung in dem Slogan seinen Widerhall: „Die Kirche ist für alle – aber nicht für alles da.“ Wegen ihrer so besonderen Situation wurde die Kirche natürlich heftig von politischen und staatlichen Organisationen beobachtet, bespitzelt, infiltriert und z.T. auch beeinflusst – ohne dass diese Aktivitäten von staatlicher Seite jemals zugegeben wurden. Nach außen wurde immer das gute Verhältnis von Staat und Kirche gelobt. Und all denjenigen, die offener und öffentlicher den Kirchraum nutzten, um auf Missstände im Land und in der Welt aufmerksam zu machen, wurde unterstellt, dieses gute Verhältnis zu gefährden.

Die Kirche selbst hatte mit der Standortbeschreibung von der „Kirche im Sozialismus“ versucht, ihren eigenen Ort zu finden. Sie beschrieb damit, dass sie in der DDR und im Sozialismus leben wolle – aber eben als Kir-

che und damit eigenständig. Diese Standortbestimmung ist besonders nach 1989 heftig kritisiert worden. Die Kirche habe, so lautet der Vorwurf, mit dieser Formel den Eindruck erweckt – und sich auch teilweise so verhalten –, als sei sie die Kirche *des* Sozialismus oder gar *für* den Sozialismus. Aber schon 1987 war auch kirchenleitend zu erkennen, dass diese Formel im Krisenfall nicht tragfähig sein würde. Die Spannungen zwischen Gegnern und Befürwortern innerhalb der Kirche wurden immer offener ausgetragen. Einzelne neue Angebote wurden ins Leben gerufen, wie z.B. die liturgische Nacht, gestaltet von den Frauen für den Frieden, von der nachher noch im Podium die Rede sein wird.

Aber auch nachträglich muss ich anerkennend sagen, dass es bei allen Spannungen und allen unterschiedlichen Auffassungen über die jeweilige Wahl der Mittel immer den Willen gegeben hat, aufeinander zu hören und sich zu solidarisieren. An vielen Gruppen und Gesprächen habe ich teilgenommen, bei denen die unterschiedlichsten Auffassungen am Tisch saßen. Aber es ist nie zum Abbruch von Gesprächen gekommen. Es hat nie den Versuch gegeben, mit Macht Positionen durchzusetzen oder Menschen zu disziplinieren. Es gab besonders hier in Berlin den Wunsch auch von Seiten der Kirchenleitung, die Konflikte intern und friedlich zu lösen.

Deshalb erlauben Sie, dass ich mich jetzt auf zwei Großereignisse und ihr Umfeld konzentriere, um begreifbar zu machen, was den Charakter dieses Jahres und die Dynamik, die in ihm lag, ausmachte.

Es war ein Jahr großer Unsicherheiten, aber auch des Aufbruchs zu neuen Ufern, das nach unserem heutigen Kenntnisstand das Ende der SED-Diktatur herbeiführen sollte. An eine solche Möglichkeit aber dachte 1987 noch niemand. Die beiden deutschen Regierungen hatten sich auf ein dauerhaftes, wenn auch spannungsvolles Miteinander eingerichtet. In der Bundesrepublik diskutierte man heftig über das gemeinsame Dokument der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD unter dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vom Sommer des Vorjahres.

Auch die Kirchen in der DDR arbeiteten an der Stabilisierung ihres Verhältnisses zum sozialistischen Staat. Bei einer Gastvorlesung in Tübingen z.B. erläuterte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe als stellvertretender

Vorsitzender des BEK, die evangelische Kirche in der DDR sei „weder eine integrierte sozialistische Organisation noch eine antikommunistische Widerstandsbewegung, weder eine Auswanderungsgesellschaft noch eine sektiererische Fluchtburg“. Die Konzeption einer „Kirche im Sozialismus“ wurde nun auch innerkirchlich heftig diskutiert, so in Bezug auf die Frage, ob bei dem Versuch der Bestimmung von Partnerschaft zwischen Kirche und Staat der Staat an einer solchen Partnerschaft überhaupt interessiert sei. Wenn sich die Kirche als Kirche im Sozialismus verstehe, müssten auch diejenigen, die den Sozialismus repräsentieren, den Partner Kirche ernst nehmen. Es gab damals schon die Vermutung, dass die Kirche sehr viel stärker infiltriert und kontrolliert wurde, als es der Begriff der Partnerschaft hergibt. So wurde diese Formel noch vor dem Ende der DDR auch von führenden Kirchenvertretern öffentlich aufgegeben. Schon hier sei gesagt, und Sie können es unschwer erkennen, dass die Kirche in der DDR nie eine einheitliche und homogene Gruppe war, sondern immer eine Komposition von vielen unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichem Mut und unterschiedlichen Glaubensfrömmigkeiten. Was für die einen zu provozierend und zu scharf war, war für die anderen zu angepasst und wenig überzeugend.

Deshalb wurden im Laufe des Jahres besonders für den Staat konkrete Staat-Kirche-Verhandlungen und demonstratives Darstellen der Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Nichtchristen immer wichtiger. Im Juni z.B. konnte in zentraler Lage Ost-Berlins der Neubau des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses gefeiert werden. Auch der rekonstruierte Französische Dom am damaligen Platz der Akademie wurde als ein öffentliches Signal der Wertschätzung christlicher Traditionen begriffen. Ganz auf dieser Linie ist auch die feierliche Eröffnung des Panoramas in Bad Frankenhausen „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ einzuordnen, wo Werner Tübke auf einem gigantischen Rundgemälde von altmeisterlicher Qualität die seit dem Lutherjahr 1983 offizielle Auffassung von der deutschen Geschichte, von Erbe und Tradition, illustrierte. Auf einem Kirchentag in Frankfurt (Oder) leisteten der Schriftsteller Stefan Heym und Prof. Otto Reinhold, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaft der SED und Mitglied des ZK der SED, vielbeachtete Beiträge. Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi nutzte einen Besuch im Ökumenischen Zentrum in Genf, um programmatisch zu erklären: „Wir haben viel mehr gemeinsam mit dem Christentum als das, was uns unterscheidet.“

So viele positive Signale aber konnten die Zeichen wachsender Unsicherheiten nicht mehr verdecken. Im Kampf um ihre innere und äußere Anerkennung nutzte die DDR-Staats- und Parteiführung gerne historische Gedenktage, um ihre ideologischen Vorgaben historisch abzusichern und massenwirksam zu propagieren. Im Lutherjahr 1983 war ihr das im In- und Ausland sogar mit einigem Erfolg gelungen. 1987 sollte das Gedenken an die erste urkundliche Erwähnung Berlins vor 750 Jahren dem gleichen Zweck dienen. Der dafür betriebene Aufwand war beträchtlich, was die Zuneigung zur sozialistischen Hauptstadt in den Berlin-fernen Regionen der DDR keineswegs steigerte. Die Nikolaikirche und das aus dem Nichts rekonstruierte Nikolaiviertel verschlangen Millionen und Baubilanz, die anderswo dringender gebraucht wurden.

Dass die Kirchen bei solchen Anlässen kräftig mitzufeiern hatten, galt der SED-Führung seit 1983 als selbstverständlich. Manfred Stolpe und Pfarrer Helmut Orphal gehörten gastweise zum offiziellen Komitee „750 Jahre Berlin“. Günther Wirth, der Chefideologe der Götting-CDU, jubelte: „Dass die Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen in der ehemaligen Bastion theokratischer Ideologie und klerikaler Machtentfaltung hat durchgesetzt werden können, erweist den Triumph des Humanismus wiederum in historischer Dimension.“ Nur auf der Grundlage solcher ideologischen Kapriolen (und mit Hilfe der Millionenzahlungen der westlichen Kirchen) war der Wiederaufbau des Berliner Doms möglich geworden, erhob sich diese einstige „Bastion des Systems von Thron und Altar“ nun doch im „Zentrum der sozialistischen Metropole“. Das Miteinander von Dom und Palast der Republik muss als die Stein gewordene Vision der DDR-Ideologen verstanden werden: „Auch der Dom gehört jetzt zur Kirche im Sozialismus“, tönte der von so viel Symbolik überwältigte Günther Wirth.

Die Kirchen suchten noch immer ihren eigenen Platz in einer Gesellschaft, die sich nach außen anders gab als nach innen, und beharrten auf einem Kirchentag in Berlin. Mit Kirchentagen hatten die SED-Machthaber schlechte Erfahrungen gemacht. Im Lutherjahr 1983 hatten die sieben Kirchentage viele Aufbrüche innerhalb der Kirche ausgelöst. Menschen, die mit ihrer pazifistischen Grundhaltung ernst machen wollten, bekannten sich durch Losungen und auf Veranstaltungen öffentlich zu einem Friedenszeugnis, das nachträglich auch gerne als der Beginn der Friedens-

bewegung in der DDR angesehen wurde. Es kam zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen und zu DDR-weiter Vernetzung.

Ähnliches war nun für einen Kirchentag in Berlin zu befürchten. Die Verhandlungen im Vorfeld des Kirchentages zwischen Staat und Kirche waren quälend genug. Der Staat wollte den Kirchentag so klein wie möglich halten, möglichst an den Rand der Stadt verdrängen und auf kirchliche „Objekte“ beschränken. Die Kirchenvertreter, insbesondere Bischof Fork und Manfred Stolpe, hatten darauf zu achten, dass der Kirchentag nicht von außen her instrumentalisiert wurde. Zahlreiche westliche Politiker, unter ihnen West-Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen, SPD-Landesvorsitzender Walter Momper und eine Delegation der Bundestagsgrünen, drängten auf Einladungen zum Kirchentag. Konnte man bei den offiziellen Gästen aus dem Westen mit politischem Wohlverhalten im Sinne der SED rechnen, so traf das auf die unabhängigen Gruppen im Umfeld der Kirchen keineswegs zu. Insbesondere der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ (AKSK) und der „Kirchentag von unten“, der sich 1987 gebildet hatte, drohten, die sorgfältigen Abstimmungen zwischen Staat und Kirche zu irritieren. Der Versuch von Generalsuperintendent Günter Krusche, die Friedenswerkstatt für 1987 abzusagen, hatte heftigen Unmut erregt. Seine Feststellung, „dass die Vertrauensbasis zwischen Kirchenleitung und Friedensgruppen derzeit nicht gegeben ist“, traf die Sache im Kern. Die Friedensbewegten, Bürgerrechtler und Oppositionellen hatten sich längst auf den Weg gemacht, um unter dem Schutzschild der Kirchen hervorzutreten. Die Kirchenleitungen konnten und wollten nicht so weit gehen, wie diese Gruppen mit zunehmendem Nachdruck forderten. Die Vertreter des Staatsapparates registrierten diese veränderte Sachlage sehr genau und versuchten, sie im Zuge ihrer Differenzierungspolitik zu nutzen. Auf dem Berliner Kirchentag wurden die Konflikte noch durch Kompromisse kleingehalten. So durfte der „Kirchentag von unten“ sich in der Pfingstkirche im Berliner Friedrichshain versammeln und damit wurde eine bereits angekündigte Kirchenbesetzung vermieden. Offiziell wurde der Berliner Kirchentag von Staat und Kirche als Erfolg eingeschätzt, obwohl die tiefen Risse nicht mehr zu übersehen waren, die die DDR-Gesellschaft zu zerfasern begannen.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR machte sich über die tatsächliche Lage – im Unterschied zu vielen Würdenträgern in Kirchen,

SED und Staatsapparat – keinerlei Illusionen mehr. Im August ließ die Stasi die Aktion „Dialog 87“ anlaufen: der Versuch einer umfassenden Kontrolle aller Vorgänge in der DDR und der Absicherung der historischen Reise Honeckers nach Bonn. Die Bezeichnung dieser republikweiten Aktion verrät manches über den gelegentlich bizarren Humor der „Genossen Schlapphüte“. Da schwang einerseits die bange Erkenntnis mit, dass ohne Dialog mit den oppositionellen Kräften die Lage bald nicht mehr beherrschbar sein könnte, aber andererseits auch der Hohn über jene Menschenfreunde, die den Dialog als gesellschaftliches Allheilmittel feilboten, ohne sich Rechenschaft über die notwendigen Voraussetzungen für einen echten Dialog abzulegen. In dieser Zeit fanden auch Menschen zur Kirche, deren geistliche Heimat sie bisher nicht war. Die Kirche war zu einem unübersehbaren und unüberhörbaren Faktor geworden. Die vielen in der DDR und besonders in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten sorgten durch ihre offensive Berichterstattung dafür, dass die Kirche mit ihrem Handeln mitten in der Gesellschaft auch entsprechend zu Worte kam. Informationen über die Lage in der DDR bezogen viele Journalisten besonders durch ihre Kontakte zur Kirche und ihren Gruppen. Die DDR-Führung musste diese Entwicklung im höchsten Maße irritieren. Nach ihrem eigenen Hierarchie-Verständnis hoffte sie, durch die oft unverhohlenen Drohungen gegenüber der Spitze der Kirche die Basis einschüchtern zu können. Manche führenden Vertreter der Kirche mussten in kritischen Situationen oft fast täglich ins Staatssekretariat, um sich kritische Rückfragen anzuhören. So gesehen hat der Kirchentag einen wesentlichen Durchbruch an öffentlichkeitswirksamen Darstellungen gegeben.

Ein zweites, vielleicht weniger bekanntes Ereignis war der Olof-Palme-Friedensmarsch. Benannt nach dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten, sollte er grenzüberschreitend und europaweit den Friedenswillen für eine atomwaffenfreie Zone demonstrieren. Geplant waren grenzüberschreitende Märsche, an denen sich alle gesellschaftlichen Kräfte, also die SED, die Blockparteien, die Massenorganisationen und die Kirchen, beteiligen sollten.

Mit dem Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987 bekam ich direkt zu tun. Er war von der westdeutschen „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ dem Friedensrat der DDR vorgeschlagen worden, die aber darauf bestanden, der BEK müsse beteiligt

werden. Auf einem Mobilien Friedensseminar in Vipperow beschlossen die Vertreter der unabhängigen Friedensbewegung, mit eigenen Transparenten an dieser auch international stark beachteten Aktion teilzunehmen. Der DDR-Führung waren durch den gleichzeitigen Honecker-Besuch in der Bundesrepublik die Hände gebunden, wollte man sich doch vor aller Welt als friedenspolitischer Musterstaat präsentieren. Zusammen mit der Oberkirchenrätin Christa Lewek wurde ich damals vom BEK in das Vorbereitungscommittee des Friedensmarsches entsandt. Dort erklärte ich z.B.: „Zum Schluss sei noch gesagt, dass ein atomwaffenfreier Korridor als ein Schritt zum Frieden uns als Christen das viel umfassendere Friedensverständnis und Friedenszeugnis nicht vergessen lassen darf.“ Die Staatsführung reagierte natürlich nervös, wenn solche weitgehenden Forderungen formuliert wurden. Höhepunkt des Olof-Palme-Friedensmarsches war der von der Aktion Sühnezeichen vorbereitete Pilgerweg von Ravensbrück nach Sachsenhausen. Hierbei wurden Losungen wie „Schwerter zu Pflugscharen“, „Sozialer Friedensdienst für Wehrdienstverweigerer“ oder „Friedenserziehung statt Wehrunterricht“ von Friedensaktivisten entrollt. Es kam zu mannigfachen Behinderungen der unabhängigen Friedensmarschierer, trotzdem konnte sich am Abend des 5. September am Prenzlauer Berg ein Demonstrationszug von etwa tausend Menschen bilden, die auf Initiative von Stadtjugendpfarrer Wolfram Hülsemann von der Zionskirche nach Gethsemane zogen. In Dresden kam es zu einer Großdemonstration, auf der besonders die FDJ durch ihre übergroßen Transparente die Losungen der kirchlichen Demonstranten zu verdecken suchte. Das war die „größte legale Demonstration der Opposition“ vor der Friedlichen Revolution. Auch sie belegte auf ihre Weise zugleich Unsicherheiten und Aufbruch im Jahr 1987. Die DDR-Staats- und Parteiführung hatte die Entwicklung nicht mehr im üblichen Sicherheitsgriff, und die Bürgerrechtler formierten sich immer ungenierter zu einem Aufbruch hin zu neuen Ufern, deren Konturen noch kaum sichtbar waren. Auch hier war die Kirche mittendrin und z.T. auch tonangebend.

Wie viel Unsicherheiten und Aufbruch der Herbst 1987 bedeutete, wurde für die Zeitgenossen allerdings teilweise noch durch den Honecker-Besuch in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September verdeckt, durch das deutsch-deutsche Treffen der versteinerten Gesichter. Helmut Kohls Gesicht gefror förmlich, als er vor der Ehrenformation der Bundeswehr zusammen mit seinem Gast die Nationalhymne der DDR anhören musste.

Das war aber noch nichts gegen das Mienenspiel Honeckers, als der Bundeskanzler bei mehreren Gelegenheiten unmissverständlich die Überwindung der deutschen Teilung als Ziel definierte und die Gewährleistung der Menschenrechte einforderte. In München musste sich der DDR-Staatsgast vom bayerischen Ministerpräsidenten anhören: „Das Ziel unserer Politik bleibt es, dass alle Deutschen und alle Völker Europas in freier Selbstbestimmung über ihre Zukunft entscheiden. [...] Wir werden alles, was in unserer Kraft steht, tun, damit das Bewusstsein von der Einheit der Nation bewahrt wird. Die Mauer in Berlin, ein fast vollkommenes Netz von Sperrmaßnahmen, ein Rechtssystem, das den illegalen Grenzübertritt als Verbrechen einstuft – mit der juristischen Folge des Schießbefehls –, der Zwang behördlicher Genehmigung für den Besuch von Eltern, Geschwistern und Verwandten, all das passt nicht mehr in die neue Phase weltpolitischer Entwicklung, in die wir hoffentlich eingetreten sind.“ Für Honecker waren solche Erklärungen, die durch die Medien umgehend weltweit verbreitet wurden, besonders deshalb schwer erträglich, weil er wusste, wie stark die SED-Herrschaft bereits im Inneren erschüttert war und wie anhaltend das Schweigen der sowjetischen Genossen inzwischen geworden war. Der DDR-Spitzenfunktionär erlebte somit seinen Besuch in Bonn, im saarländischen Neunkirchen und München einerseits als Höhepunkt seiner außenpolitischen Bemühungen um internationale Anerkennung der DDR, andererseits muss sich der 75-Jährige in diesen Stunden des Triumphes auch furchtbar allein gefühlt haben. Die Unsicherheiten nahmen ständig zu. Der Aufbruch wurde von Kräften gestaltet, die er nur als „feindlich-negativ“ begreifen konnte. Das war das Jahr 1987.

Die Rolle der Kirche und ihre Bedeutung für die Friedliche Revolution lassen sich sowohl inhaltlich als äußerlich darstellen. Hätte die Kirche nicht so unbeirrt an dem pazifistischen Grundsatz „Keine Gewalt“ festgehalten, wäre eine andere Tonart in das freie Spiel der Kräfte gekommen. Und hätte die Kirche nicht so viele Räume geöffnet und so vielen Menschen Raum gegeben, wäre sie also nicht mittendrin gewesen, hätte die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen.

Krijn Thijs

**„... um den Besitz der deutschen Geschichte“.
Städtebau und Geschichtsdebatten im spätgeteilten
Berlin***

Das spätgespaltene Berlin ist ein eigentümlicher Forschungsgegenstand. Wie wir wissen, und wie die Beiträge dieses Sammelbandes belegen, war vieles in Bewegung in den Berliner Jahren kurz vor dem Mauerfall. Doch gerade wegen des unerwarteten Endes der Teilung werden die Achtzigerjahre in Berlin zu einer in der Rückschau gar nicht so leicht zu deutenden Episode: Wie eine verzerrende Linse drohen uns Mauerfall und Einheit den Blick zu verstellen. Wir neigen dazu, Vorläufer der unerwarteten Ereignisse von 1989 zu suchen, und auch auf der Berliner Stadtebene vielleicht Erosionserscheinungen im Osten zu betonen und West-Berlin als Hebel der Einheit zu sehen. Wir neigen dazu, die Zeit des Zusammenwachsens vorzuverlegen: neue Signale und spannende Ost-West-Kontakte weisen wir bereits lange vor 1989 nach, und wir meinen dann, die Zäsur erzählerisch etwas vorbereiten zu können. Andererseits wird der Bruch von 1989/1990 oft so tief gezeichnet (die meisten Darstellungen hören dort auf oder fangen dort an), gerade in Berlin veränderte sich die Situation so stark (von der Teilung zur Bundeshauptstadt), dass uns die Worte und Begriffe zu fehlen scheinen, um etwaige Kontinuitätslinien zu identifizieren. Ich würde doch behaupten, dass es sie gibt, beispielsweise auf dem Feld der Erinnerungskultur und im Umgang mit der gebauten Stadt – historisch, neu errichtet, oder beide kombiniert ...¹

Als Berufshistoriker und gewissenhafter Fachmann möchte ich aber an erster Stelle die zeitgenössische Perspektive wieder etwas hervorzukehren versuchen: die zeitgenössische Sicht der Achtzigerjahre, als von Mauerfall und Wiedervereinigung noch niemand etwas wusste. So schlecht schien es der Stadt Ost-Berlin, zumindest in den frühen Achtzigerjahren gar nicht

* Erweiterte Fassung des Vortrags am 24. Oktober 2007 im Berliner Rathaus.

¹ Näher dazu: Krijn Thijs, „Deutsches Opfergedenken. Von der westdeutschen Provinz in die Weltstadt Berlin“, Forschungsberichte aus dem Deutschland Institut Amsterdam 3, 2007, S. 15-33.

zu gehen. Die Hauptstadt der DDR schien seit den späten Siebzigerjahren im Aufschwung begriffen. Weltweit anerkannt, mit einem anspruchsvollen Bauprogramm für eine reizvolle ‚sozialistische Metropole‘ und mit dem Wiederaufbau historischer Bauten trat Ost-Berlin langsam aus dem Schatten des legendenumwobenen West-Berlin. Dessen Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen musste 1986 anerkennen, „daß die DDR eine durchaus nicht erfolglose, um nicht zu sagen, sehr erfolgreiche Westpolitik betreibt, die ihre internationale Reputation steigert und Ost-Berlin (...) aufwertet.“² Gewiss trat die wirtschaftliche Krise Mitte der Achtzigerjahre offener zutage, doch gerade in Berlin wurde der Hauptstadtglanz noch möglichst lange gewahrt – der „Schein von Stabilität“ wurde, wie Jens Schöne schreibt, bis etwa 1987 nicht ohne Erfolg gewahrt.³

Im Gegenteil, im direkten Vergleich schien manchem gar West-Berlin in den Achtzigerjahren die Stadt der unsichereren Zukunft zu sein. Nach der heroischen Entstehungszeit, nach Spaltung, Luftbrücke, Kennedy und Freiheitsmythos registrierten manche Zeitgenossen jetzt ein „Schwinden der kreativen Ideen“.⁴ „Die bisherigen Antworten und Methoden scheinen nicht mehr auszureichen. Jedenfalls sind sie für viele nicht mehr überzeugend“, räumte Diepgen ein. „Über 40 Jahre nach Kriegsende, 30 Jahre nach den Pariser Deutschlandverträgen, 25 Jahre nach dem Mauerbau, 15 Jahre nach dem Vier-Mächte-Abkommen und dem Grundlagenvertrag gibt es in der deutschlandpolitischen Debatte eine heimliche Sehnsucht nach neuen, großen Lösungen.“⁵ In diesem Klima setzte das Stadtjubiläum von 1987 der geschichtslosen und kriselnden Halbstadt die nackte Sinnfrage auf die Tagesordnung. Peter Bender legte ein Büchlein zur Bedeutung West-Berlins vor, in dem er die ummauerte Insel „eine Absurdität“ nannte: „Finanziell, ökonomisch und militärisch widerspricht West-

² Eberhard Diepgen, „Perspektiven statt Illusionen. Berliner Anmerkungen zur Politik in Deutschland“, *Deutschland Archiv* 19 (1986), S. 268-278.

³ Jens Schöne, *Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987*, Berlin 2006; Jürgen Rostock, „Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR“, in: Werner Süß und Ralf Rytlewski (Hg.), *Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole*, Bonn 1999, S. 259-294.

⁴ Olaf Leitner, *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! Die Kultur – die Szene – die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre*, Berlin 2002, S. 25.

⁵ Diepgen, „Perspektiven statt Illusionen“, S. 268.

Berlins Existenz jeder Vernunft.“⁶ Das Ende des Kalten Krieges war zunächst für West-Berlin ein Problem – ein Identitätsproblem – und (scheinbar) nicht für Ost-Berlin, das stur auf dem Status quo und dem Frieden bestehen konnte. Damals schien Bender das Recht auf seiner Seite zu haben, als er schrieb: „Nicht nur die Geographie, auch die Zeit wirkt gegen West-Berlin.“⁷

Erst in der Rückschau sieht das vielleicht anders aus, denn wir wissen heute, dass das schwindende Feindbild, der Utopieverlust und die Wirtschaftskrise die DDR und mit ihr Ost-Berlin die Seele raubten. Doch für die öffentlich-politische Debatte der Achtzigerjahre möchte ich – vielleicht etwas überspitzt – die folgende These vertreten: Nichts war im Berlin der Achtzigerjahre ferner als die Wiedervereinigung. Für das offizielle Ost-Berlin bedarf das keiner Argumente. Doch auch für das offizielle West-Berlin gibt es Belege im Überfluss. „Deutschland wird auf absehbare Zeit geteilt bleiben“, stellte Bender ohne Weiteres fest, „und West-Berlin muß sehen, welche Zukunft es im geteilten Deutschland findet.“⁸ Hübsch ist auch das folgende Zitat eines Senatsprechers, der noch 1986 für die kommende 750-Jahr-Feier mit dem Hinweis warb, dass das Jubiläum für Berlin „vermutlich das größte Ereignis bis zum Ende dieses Jahrhunderts“ sein wird.⁹ Drei Jahre später tanzten Berliner auf der Mauer.

Es gilt, diese vielleicht etwas banalen Plattitüden trotzdem zu betonen, weil ich im Folgenden Vergleiche sowie Wahrnehmungen, Gemeinsamkeiten und gegenseitige Einflüsse zwischen Ost-Berlin und West-Berlin umreißen werde. Politische und kreative Debatten über Städtebau und deutsche Geschichte fanden in den Berliner Achtzigerjahren in einem explosiven Themenbündel zusammen, und dies geschah beiderseits der Stadt-, Staats- und Bündnisgrenze sowohl in Ost- als auch in West-Berlin. Doch ich zeichne solche Parallele nicht, um die Deutsche Einheit rückblickend vorzuverlegen. In diesem Sinne möchte ich auch den Titel dieser Reihe mit Vorsicht genießen: „Berlin 1987: Auf dem Weg zur Friedlichen

⁶ Peter Bender, Wenn es West-Berlin nicht gäbe, Berlin 1987, S. 14.

⁷ Ebd., S. 94.

⁸ Ebd., S. 96.

⁹ Winfried Fest, „Zum Geleit“, in: Presse und Informationsamt, Information zur 750-Jahr-Feier, Berlin (West) 1986.

Revolution“ – das dürfte für Ost-Berlin stimmen, doch wenn die These impliziert: „West-Berlin und Ost-Berlin 1987: auf dem Weg zur deutschen Einheit“, dann stößt sie auf meine entschiedene Ablehnung. Ein Erlöschen des Feuers des Kalten Krieges: Ja. Ein Erblässen der ideologischen Hitze: Ja. Ein langsames Zusammenwachsen: Nein.

Im Folgenden werde ich das Doppelgespann von Geschichtsdebatten und Städtebau im geteilten Berlin der Achtzigerjahre nachzeichnen. Die genannten Parallelen und Verbindungen ergeben sich aus den folgenden Schlagwörtern: „kritische Rekonstruktion“ und „behutsame Stadterneuerung“ hier, „komplexe Rekonstruktion“ dort. Internationale Bauausstellung hier, Hauptstadt-Programm dort. Preußen-Ausstellung, Neue Geschichtsbewegung, Deutsches Historisches Museum hier, Luther, Bismarck, Friedrich der Große dort. Die Wiederentdeckung der historischen Mitte hier und die Konstruktion der alten Stadt dort. Die große Überlappung liegt auf allen hier eröffneten Feldern im geteilten Stadtjubiläum 1987, das Städtebau, Geschichtsdeutung und Berlin-Politik vereinte – deshalb wird meine Darstellung perspektivisch etwas auf das Jahr 1987 angelegt sein.¹⁰

West-Berlin

Städtebau und Geschichtsdebatten – Stadt und Geschichte – Raum und Zeit. Dass Geschichte nicht nur in der Zeit, sondern auch im Raum zu verorten ist, wird vielleicht nirgends so deutlich als im West-Berliner Geschichtsdiskurs der Achtzigerjahre. Gemeint sind jetzt nicht die großen bundesdeutschen Debatten wie die zwischen Broszat und Friedländer oder der Historikerstreit, sondern jene Themen, die zunächst in der spezifisch West-Berliner Öffentlichkeit verhandelt wurden: die Preußenausstellung 1981 – die auf eine Idee von 1977 zurückging¹¹; die erste Phase der De-

¹⁰ Zum doppelten Stadtjubiläum 1987: Krijn Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987*, Köln, Weimar und Wien 2008.

¹¹ Ulrich Eckhardt (Hg.), *Preußen – Versuch einer Bilanz*, 5 Bde., Reinbek bei Hamburg 1981.

batte um ein Deutsches Historisches Museum (DHM) in West-Berlin¹²; das Gestapo-Gelände in einem toten Winkel an der Mauer¹³; die „Neue Geschichtsbewegung“ mit ihren Geschichtswerkstätten, Kiezausstellungen und Stadtführungen.¹⁴ Alle diese Themen waren mehr oder weniger an deutliche Orte in der Stadt gebunden oder mehr noch, sie schienen von bestimmten Orten hervorgerufen oder gar diktiert zu werden.

Zwingen Orte zur Geschichte? Gibt es Räume, wo bestimmte Geschichte präsent oder „aufgehoben“ ist? Wenn man Vergangenheit mit Städtebau verbindet, wie es im West-Berlin der Achtzigerjahre oft geschah, werden diese Fragen konkret: Die Verschmelzung von Zeit und Raum wird mehr als ein utopisches Gedankenexperiment – sie wird in der Konstruktion historischer Orte direkt beobachtbar. Die amerikanische Ethnologin Karen Till hat diesen Prozess von ‚place making‘ in ihrem Buch *The New Berlin. Memory Politics, Place* eindrucksvoll beschrieben, vor allem anhand der Erinnerungsgeschichte des Gestapo-Geländes.¹⁵ Wir wissen: Das Gelände der heutigen Topographie des Terrors war damals eine Brachfläche, benutzt von Baufirmen, die hier Schutthaufen hin und her schoben, vom Autodrom, wo man ohne Führerschein fahren konnte, und vom legendären Strapps-Harry und seinem Transvestiten-Lokal. Zu einem symbolischen und geschichtsträchtigen Ort wurde dieses Gelände erst durch eine

¹² Dokumentiert in: Christoph Stölzl (Hg.), Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven, Frankfurt am Main und Berlin 1988, insbes. S. 55-244.

¹³ Aktives Museum (Hg.), Zum Umgang mit einem Erbe, Berlin (West) 1985; Stefanie Endlich, Denk-Ort Gestapo-Gelände, Berlin 1990; hierzu auch: Matthias Hass, Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors, Frankfurt und New York 2002, S. 149-239; Reinhard Rürup, „Die Berliner Topographie des Terrors in der deutschen NS-Gedenkstättenlandschaft. Erfahrungen des wissenschaftlichen Direktors“, Vorgänge 44, 2005, S. 75-92.

¹⁴ Thomas Lindenberger, „Werkstattgeflüster. Überlegungen zu Selbstverständnis und Praxis radikaldemokratischer Geschichtsforschung aus der Berliner Geschichtswerkstatt“, Jahrbuch für Demokratie & Arbeitergeschichte 3, 1983, S. 23-27; Hannes Heer und Volker Ullrich (Hg.), Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek bei Hamburg 1985.

¹⁵ Karen Till, *The New Berlin. Memory, Politics, Place*, Minneapolis 2005, S. 63-152.

Reihe von bedeutungsschwangeren Handlungen: Spurensuche von Aktivist*innen, Rundgänge von „Barfußhistorikern“, Hinweisschilder der Stadtverwaltung, Preisausschreiben des Bausenators, Protestgrabungen vom Aktiven Museum, Umzäunung, temporäre Ausstellung, Schutthügel als Symbol der Verdrängungsgeschichte – und heutzutage immer noch, nach fast 30 Jahren, wird gebaut und konstruiert an diesem geschichtsträchtigen Ort, wo die schwarzen Kapitel der Berliner Geschichte räumlich aufgehoben sind. Ihre topographische Verortung innerhalb eines klar begrenzten Areals im Stadtbild scheint den Rest der Stadt davon zu befreien und Raum zu geben für ein Neues Berlin.¹⁶

Die Debatte um das Gestapo-Gelände prägte den West-Berliner Geschichtsdiskurs wenigstens seit der Preußenausstellung 1981, nebenan im Gropius-Bau. Die Ausstellung „Topographie des Terrors“ öffnete erstmals 1987 im Stadtjubiläum, sie wurde weitaus wichtiger für das Gesamtprogramm der Stadt als vorher gemeint.¹⁷ Angefangen als linksradikales Protestprojekt (Gegen die Verdrängung der NS-Geschichte), wurde es durch kräftige Förderung durch Festorganisator Ulrich Eckhardt und Chefhistoriker Reinhard Rürup integraler Teil der Berlin-Ausstellung, und zudem legte man 1986 unerwartet die „authentischen“ Spuren eines Folterzellenblocks frei. In manchem Rückblick gilt die schlichte, ehrliche und etwas improvisierte Ausstellung von 1987 noch heute als „Golden Age“ dieses Erinnerungsgeländes. Es schien, als ob der Ort die Geschichte *ist*.

Der räumliche Imperativ in Geschichtsdebatten ist auch im Fall des DHM beobachtbar, das direkt im Anschluss an die Preußenausstellung diskutiert wurde. Der halbwegs instand gesetzte Martin-Gropius-Bau drängte auf stolzere Weiternutzung, und die Nähe zum Gestapogelände und zur Mauer schien diesem Ort keinen anderen Ausweg zu lassen. Im viel zitierten FAZ-Aufruf schrieb Peter Jochen Winters im August 1981, also zur Eröffnung der Preußenschau: „Die Zeit ist reif, in Berlin – und nur in Berlin – ein repräsentatives Museum für deutsche Geschichte zu gründen und in ihm vor allem eine ständige Ausstellung über die Geschichte des deutschen Volkes (...) einzurichten. Der von Martin Gropius vor hundert Jahren als Kunstgewerbemuseum errichtete Bau (...) ist der geeignete Ort für

¹⁶ So Till, *The New Berlin*, S. 194.

¹⁷ Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, Kap. II.6.

ein solches Museum. Dafür spricht auch seine geschichtsträchtige Nachbarschaft.“¹⁸ Auch diese Debatte um das DHM prägte den West-Berliner Geschichtsdiskurs, und im Übrigen ganz anders als in Westdeutschland oder in Bonn. Kanzler Helmut Kohl kündigte 1983 an, Berlin dieses Museum zum 750. Geburtstag zu schenken. Das rief aber in Berlin zahlreiche Proteste hervor: Künstler wollten den Gropius-Bau nicht an ein ständiges Museum verlieren, Linksintellektuelle wollten kein konservatives Museum der geistig-moralischen Wende, Geschichtswerkstätten wollten überhaupt keinen Erinnerungsmoloch in ihrem Viertel. Auch in den West-Berliner Senatsverwaltungen war man nicht ungeteilt begeistert: Kultursenator Hassemer, Kohls Parteifreund, organisierte so viele öffentliche Diskussionsveranstaltungen, bis die DHM-Idee zu einem dynamischeren ‚Forum für Geschichte und Gegenwart‘ verwässert war, das von kurzen und progressiven Ausstellungen ‚bespielt‘ werden sollte. Doch dieses West-Berliner Ergebnis war nicht das, was Kohl wünschte, und so kam es erst im Oktober 1987 zur Enthüllung einer DHM-Stiftungstafel im Spreebogen: Berlin sollte mit dem Gropius-Bau und dem Forum verfahren, wie die Stadt wollte; das Regierungs-DHM sollte sowieso sein. Offiziell war dann die ‚Berlin, Berlin“-Ausstellung 1987 ein Forum-Projekt, nur noch vage verschwistert mit dem einsamen DHM-Stein gegenüber dem Reichstag.

Die konservative Geschichtspolitik der ‚geistig-moralischen Wende‘ war im lokalen West-Berlin nicht leicht durchsetzbar, und ein Stück weit war das vielleicht auf die erstarkende „neue Geschichtsbewegung“ zurückzuführen, die in West-Berlin v.a. seit dem Erinnerungsjahr 1983 stark vertreten war. Die „neue Geschichtsbewegung“ in Schöneberg und Kreuzberg ließ sich von lokaler Authentizität führen. Ihre Stadtrundgänge, Kiezausstellungen und Grabungen banden Geschichte an den Ort zurück und wiesen auf die Vergangenheit von Mietskasernen, Häuserblöcken, Brachflächen und Straßenwinkeln hin. Sie pflegten den Habitus des Fundamentalprotestes.¹⁹

¹⁸ FAZ, 15.8.1981, wieder abgedruckt in: Stölzl, DHM, S. 50-51.

¹⁹ Zu den Vorzeigeprojekten gehörten: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Projekt: Spurensicherung. Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre, Berlin (West) 1983 sowie Dies. (Hg.), Die Rote Insel. Berlin Schöneberg. Bruchstücke einer Stadtgeschichte, Berlin (West) 1987.

Und hier ist die Verbindung von dem, was ursprünglich Geschichtsdebatten waren, mit Fragen des Städtebaus vielleicht am klarsten. In der „Geschichte von unten“ kamen lokale Erinnerung, Wohnungspolitik, Kiezidentität, Häuserleerstand und Stadtbildentscheidungen organisch zusammen: Raum und Zeit verschmolzen zu einem West-Berliner Problembündel. Die Hausbesetzerbewegung hatte den Leerstand heruntergekommener Wohnungen auf die Tagesordnung gesetzt. Die West-Berliner Bauspekulationen waren zum Skandal geworden, über den 1981 der sozialliberale Senat endgültig gestolpert war. Von der „zweiten Stadtzerstörung“ war überall die Rede, von der Baupolitik der Nachkriegszeit, die lieber abriß statt renovierte und die der „Entfremdung“ der Stadt von ihren Bewohnern Vorschub geleistet hätte. Im Abgeordnetenhaus entdeckte man die „lokale Lebenswelt“ als Maß künftiger Politik, man sprach von der „Rückgewinnung der Innenstadt als Wohnort“.²⁰ In diesem Umfeld entstanden auch jene Bürgerinitiativen, die sich mit dem Schicksal des Kiezes befassten.

Und als dann 1983 erstmals das Berliner Stadtjubiläum politisch diskutiert wurde, ergriff die gerade ins Abgeordnetenhaus eingezogene AL das Wort: „Was ist denn das für eine Stadt, in der Zehntausende ihr Geburtshaus heute nicht wiederfinden, weil man es abgerissen hat? Was ist das für eine Stadt, in der man ein Museum nach dem anderen baut, um zu zeigen, was man verloren hat? Jawohl, meine Damen und Herren, diese 750-Jahrfeier wird von uns zu einem Datum der Anklage gemacht.“²¹ Doch diese Absicht lief kläglich ins Leere, da das Thema schon längst kein kontroverses mehr war. Das Bedauern über die vergangene Abrisspolitik wurde fraktionsübergreifend geteilt. Die für die „zweite Stadtzerstörung“ verantwortlichen SPD und FDP gestanden bereitwillig ihre „Bausünden“ ein, sie wussten nunmehr, „daß Bauten auch Geschichtsquellen sind [...], und wohl die haltbarsten und beeindruckendsten, die man immer wieder betrachten kann“²². Es herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass früher „im Eifer des Gefechtes zuviel getan worden ist“ und dass

²⁰ Knut Nevermann (Hg.), Lokal 2000. Berlin als Testfall, Reinbek bei Hamburg 1983.

²¹ Berliner Abgeordnetenhaus, Plenardebatte 9/44 am 5.5.1983, S. 2583B-2588A, hier S. 2583, Abgeordnete Jänicke (AL).

²² Ebd., S. 2584, Horst Kollat (SPD).

dadurch jetzt eine „missliche Lage“ entstanden sei.²³ Jedenfalls gab die Diskussion ein starkes Votum für eine „Reparatur“ des Stadtbildes ab, für die das Stadtjubiläum die Gelegenheit schlechthin war.

So wurden Fragen nach der Stadtgeschichte in den Achtzigerjahren Fragen nach dem Stadtraum und der baulichen Substanz der Stadt. Dass die Verbindung aber auch andersherum hergestellt werden konnte, bezeugt die Internationale Bauausstellung (IBA). Denn nicht nur definierte die Suche nach Geschichte gewisse Orte in West-Berlin als städtisch, authentisch oder ‚historisch‘ – und ließ andere Orte als „kaputt“ zurück –, sondern auch umgekehrt führte die Suche nach der eigentlichen Stadt, nach der städtebaulichen Zukunft, zu einer Zeitreise ohnegleichen. Die Internationale Bauausstellung wurde vom Land Berlin als Institution geschaffen, um „in der stark ramponierten und geteilten Stadt gegen die erkannten Defizite des neuen Städtebaues modellhaft eine menschliche und künstlerische Architektur zu stellen.“²⁴ Ihr Auftrag vom Senat lautete 1978, die „kaputte Stadt zu retten“²⁵, ihr Thema war „die Innenstadt als Wohnort“ und „behutsame Stadterneuerung“ wie „kritische Rekonstruktion“ waren ihre Schlagwörter.²⁶ Die Arbeit der IBA bedeutete ein starkes Aufwerten der Altbausubstanz und der Mietskasernen, zahlreiche Häuser wurden renoviert – in direktem Zusammenspiel mit den Wünschen der Bewohner, in den Unterlagen oft ‚Betroffene‘ genannt. Die historische Stadt gab das neue Leitbild für die Zukunft ab, und endgültig wurden Topoi der autogerechten und der modernen Planungsstadt verabschiedet – Scharouns Produkte aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurden jetzt ihrerseits die problematischen Überreste eines vergangenen und nahezu abgelehnten Zeitalters, wie in den Achtzigerjahren die Dauersorge um das Kulturforum belegte, dessen Solitäre nunmehr Symbol für das geschichtsfeindliche und seelenleere Berlin der Nachkriegsmoderne waren, das es zu überwinden

²³ Ebd., S. 2585, Wolfgang Fabig (FDP).

²⁴ Bauausstellung Berlin GmbH (Hg.), Internationale Bauausstellung Berlin `84 `87. Projektübersicht Stadtneubau und Stadterneuerung. Stand September 1984, Berlin (West) 1984, S. 3.

²⁵ Zit. n. ebd., S. 176.

²⁶ Ebd. und Joseph Kleihues und Heinrich Klotz (Hg.), Internationale Bauausstellung Berlin: 1987. Beispiele einer neuen Architektur, Stuttgart 1986.

galt.²⁷ Zum Berlin-Jubiläum 1987 präsentierte die IBA in der Neuen Nationalgalerie – ja, in der Tat, am Kulturforum – ihre Ergebnisse und ihre Vision zur Rettung der Stadt.²⁸

Dieses revolutionäre und zukunftsfähige Aufwerten der Altbausubstanz hatte auch eine städteplanerische oder, wenn man so will, eine topographische Dimension. Die Entdeckung der historischen Stadt bedeutete eine geistig-kulturelle Rückbewegung West-Berlins in Richtung des östlichen Zentrums. West-Berlin inszenierte eine „Wiederentdeckung der historischen Mitte“. Denn: Wo die Inselstadt sich in den ersten Jahren nach dem Mauerbau demonstrativ vom Osten abkehrte – illustrativ ist der Bau des ICC in den Siebzigerjahren –, orientierte sie sich in den Achtzigern wieder hin zum „alten Zentrum“. Ein internes Papier der Senatsverwaltung für Kultur, das die Millionen zusammenzählte, womit sich der Bund am kommenden Stadtjubiläum beteiligen würde, führte Anfang 1984 die „Markierung eines Neubeginns im Zentrum Berlins“ und „Maßnahmen zur Wiedergewinnung verlorener Funktionen und Bedeutungen in der Mitte der Stadt“ als zweitgrößten Kostenposten auf.²⁹ Mit den Begriffen „Mitte“ und „Zentrum“ waren die heruntergekommenen Gegenden an der Mauer gemeint: „*Vor den Toren* der historischen Stadtmitte – vor dem Brandenburger Tor, dem Reichstag und dem Potsdamer Platz – wird der zentrale Ort der Jubiläumsfeiern sein. Martin-Gropius-Bau und Hamburger Bahnhof sind die Pole. Hier verdichten sich die Orte von historischer Bedeutung. Hier haben sich infolge jahrzehntelanger Vernachlässigung die Zeichen der Verwahrlosung verfestigt, Zeichen der Abkehr von der Geschichte. Hier hat die Stadtentwicklung dem Bedeutungszentrum der Stadt den Rücken gekehrt und daraus eine leere Durchgangszone gemacht. Hier muß ein Neubeginn der Stadtentwicklung markiert werden, der die Rückwendung zur Geschichte der Stadt auch planerisch und baulich realisiert

²⁷ Helmut Geisert und Eckhart Gillen (Hg.), *Platz und Monument. Die Kontroverse um das Kulturforum Berlin 1980-1992*, Berlin 1992.

²⁸ Josef Paul Kleihues (Hg.), *750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins*, Berlin (West) 1987.

²⁹ Teurer waren nur die baulichen Vorbereitungen und die Stadtbildpflege im Allgemeinen, und zwar etwa viermal so teuer. Landesarchiv Berlin, B Rep 150, 115: Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Beteiligung des Bundes am Stadtjubiläum, 5.2.84, S. 3.

durch Neuaneignung und Aufwertung. Das Stadtjubiläum 1987 ist ein zwar später, aber der richtige Zeitpunkt. Die entscheidenden Strukturmaßnahmen können erst ab 1988 realisiert werden, aber das Jubiläum kann wichtige Impulse und Zeichen setzen.“³⁰

Und tatsächlich setzte die 750-Jahr-Feier diese Zeichen. Im angesprochenen Gebiet an der Mauer wurden viele „Schandflecken“ beseitigt und zentrale Festveranstaltungen abgehalten: Die IBA in direkter Kreuzberger Nähe zur Mauer und die großen Feiern des Jubiläums wurden 1987 wie geplant ‚vor den Toren‘ der alten Stadt gefeiert: das Volksfest der „Stern-Stunden“ im Tiergarten, Konzerte vor dem Reichstag, ein Auftritt Ronald Reagans am Brandenburger Tor, aber auch die Eröffnung der Topographie des Terrors und die Aufwertung des Kulturforums. In diesen Gebieten gerieten auch viele Prunkbauten des industriellen 19. Jahrhunderts wieder in den Blick: der Martin-Gropius-Bau, der Hamburger Bahnhof, der Anhalter Bahnhof.³¹ Die Suche nach der Geschichte bewirkte somit eine städtebauliche und auch eine topographische Antwort – die allerdings 1987 nicht unbedingt positiv ausfiel, denn sie prallte unmissverständlich an der Berliner Mauer ab.

Beide städtebauliche Entwicklungen – kritische Rekonstruktion und Wiederentdeckung der historischen Mitte – fanden in der 750-Jahr-Feier ihre Entsprechung in der ‚offiziellen‘ Darstellung der Geschichte der Stadt, im Martin-Gropius-Bau. Der große und restaurierte Lichthof des Gropius-Baus war wie ein Tempel des Urbanen eingerichtet, er hieß „Metropolis – die schnellste Stadt der Welt“ und war eine eindrucksvolle Inszenierung der 1920er-Jahre. West-Berlin feierte sich selbst als immer wandelnde Großstadt, deren Blüteperiode allerdings unumkehrbar vorüber ist – zerstört durch das Dritte Reich und die Teilung.³² Doch die Kraft des Wandels blieb Berlin zu eigen – auch als Versprechung für die Zukunft! –, und in dieser Zeit der Achtzigerjahre wurde das berühmte Karl-Scheffler-Zitat von 1910 neu entdeckt, jener Spruch, der bis heute Berlins halboffizielles

³⁰ Ebd., S. 6.

³¹ Vgl. das Festprogramm in: Ulrich Eckhardt (Hg.), 750 Jahre Berlin. Stadt der Gegenwart, Berlin 1987.

³² Hierzu: Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt, Kap. II.4 und II.7. Vgl. Gottfried Korff und Reinhard Rürup (Hg.), Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt, Berlin 1987.

Motto ist: „Berlin ist dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein.“³³ Hier endete in den späteren Achtzigerjahren also die Zeitreise, die mit der Suche nach Berlins historischer und städtebaulicher Stadtidentität einherging: in der dynamischen Industriemetropole des frühen 20. Jh.

Ost-Berlin

Weit weniger unsicher als West-Berlin schien die Hauptstadt der DDR Ende der Siebzigerjahre in die Zukunft zu blicken. Und doch sollte innerhalb von zehn Jahren die gesamte historische und städtebauliche Orientierung der halben Hauptstadt in Bewegung geraten. Dass aus dieser zunächst selbstbewussten Bewegung langsam eine Schiefelage wurde und schließlich gefährliches Rutschen drohte, war vielen Zeitgenossen durchaus nicht bewusst.

In den Siebzigerjahren wurden ambitionierte Programme für Ost-Berlin beschlossen. Das Politbüro verabschiedete erstens 1973 den Beschluss, für die gesamte DDR „die Wohnungsfrage“ als soziales Problem bis 1990 zu lösen. Damit, so erkannte der IX. Parteitag 1976, wurde „ein altes Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung verwirklicht“³⁴. Um dieses revolutionäre Ziel zu erreichen, wurden auch für die DDR besondere Maßnahmen vonnöten: Anstelle von großen Plattenbausiedlungen am Stadtrand wurde jetzt auch die „Modernisierung“ alter Mietskasernen erprobt – das Wohnungsprogramm verkündete für Berlin die „Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung“. Erste Experimente wurden durchgeführt im Prenzlauer Berg am Arnimplatz (1973-1977, fast 2300 Appartements) und am Arkonaplatz (1970-1981, fast 900 Appartements). Dies waren nur geringe Zahlen im Vergleich zum voranschreitenden Neubau am Stadtrand, in Marzahn und später Hellersdorf und Hohenschönhausen.³⁵

³³ Karl Scheffler, *Berlin – Ein Stadtschicksal*, Berlin (West) 1989; Nachdruck der Erstausgabe von 1910, S. 219.

³⁴ SED-Programm von 1976, zit. n. Hans Stimman, *Stadterneuerung in Ost-Berlin vom „sozialistischen Neuaufbau“ zur „komplexen Rekonstruktion“*. Überblick und Materialien, Berlin (West) 1985, S. 28. Vgl. Florian Urban, *The Invention of the Historic City. Building the Past in East Berlin 1970-1990*, Diss. TU Berlin 2006.

³⁵ Urban, *The Invention*, S. 25.

Der zweite Schritt, der Berlin ins Zentrum der Anstrengungen der DDR brachte, war das sogenannte Berlin-Programm – oder Hauptstadt-Beschluss – des IX. Parteitages 1976. Dieses Programm, das in den folgenden Jahren enorme Ressourcen aus der DDR beanspruchen würde, beabsichtigte, Ost-Berlin auszubauen zu einer stolzen „sozialistischen Metropole“, zur dynamischen, unumstrittenen und würdigen Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Es galt, so der Berliner SED-Bezirkschef Konrad Naumann 1976, „in unserer Hauptstadt die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft voll zur Geltung zu bringen“³⁶. Der Beschluss stand im Einklang mit der veränderten deutschlandpolitischen Haltung der DDR – nicht mehr Sieg in der Systemkonkurrenz und Überwindung der deutschen Spaltung für ein sozialistisches Gesamtdeutschland waren die Lösung, sondern die Erzeugung einer „sozialistischen Nation“ mit eigenständiger nationaler Vergangenheit und Hauptstadt, die Abschaffung des Begriffes „Deutschland“ und Erhaltung des geteilten Status quo. Politische Abgrenzung und Friedensrhetorik sollten die Achtzigerjahre prägen anstatt Fortschrittspathos und Siegesgewissheit wie noch in den Sechzigern.³⁷

Zu diesem nationalen Selbstständigkeitsanspruch gehörte eine stolze Hauptstadt, die einerseits das verhasste West-Berlin in den Schatten zu stellen vermochte und andererseits den Vergleich mit den östlichen Kapitalen wie Prag oder Budapest nicht scheuen musste. Somit wurde der Ausbau Berlins zur „repräsentativen Hauptstadt“ eine Staatsangelegenheit. Und im Rahmen dieses Ausbaus gewannen unkonventionelle Maßnahmen an Boden: Anstelle lauter modernistischer Plattensiedlungen und auch Neubauten im Zentrum, sollte teilweise die Wiederherstellung historischer

³⁶ Konrad Naumann, Zu den Aufgaben bei der weiteren Entwicklung der Hauptstadt der DDR – Berlin. Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1976, S. 13.

³⁷ Zu Zeitkultur und Utopieverlust in der DDR vgl.: Rainer Gries, „Die runden ‚Geburtstage‘, künstlicher Pulsschlag der Republik. Zeitkultur und Zeitpropaganda in der DDR“, in: Monika Gibas u.a. (Hg.), Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 285-304, sowie Martin Sabrow, „Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR“, in: Heinz-Gerhard Haupt und Jörg Requate (Hg.), Aufbruch in die Zukunft, Göttingen 2005, S. 165-184.

Bauten Berlin mit dem gewünschten Hauptstadtfair versehen. So sah der Hauptstadtplan neben dem Neubau von über 200.000 Wohnungen auch die Modernisierung von 100.000 Wohnungen vor, also die „Rekonstruktion der historisch gewachsenen Altbaugebiete in unserer Stadt, wie in Prenzlauer Berg, Berlin-Mitte und Friedrichshain“³⁸, und zudem etwa die Neugestaltung der Friedrichstraße und der Wiederaufbau des Platzes der Akademie (Gendarmenmarkt).

Im Zuge dieser ambitionierten Planungen fing die Sprache der Zukunftsvisionen an, sich zu ändern. Beherrschten futurologische Begriffe bis Anfang der Siebzigerjahre noch das Vokabular der Genossen, so war in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von einer „organischen Verbindung von Altem und Neuem unter Nutzung und Ausgestaltung des Vorhandenen“ die Rede.³⁹ Sollten zunächst auch 80.000 Altbau-Wohnungen abgerissen werden, so verkündete das ZK nur drei Jahre später, 1979, einen allgemeinen Abriss-Stopp.⁴⁰ Es folgten bis zum Ende der DDR zahlreiche Versuche zur „komplexen Rekonstruktion“ der Mietskasernen – die vor allem komplex war für die auf Plattensiedlungen ausgelegte Planungsbauweise.⁴¹

Der Wechsel im städtebaulichen Leitbild zeigt sich vielleicht nirgends so deutlich wie im ältesten Zentrum Berlins.⁴² Wurde wertvolle historische

³⁸ Stimman, Stadterneuerung in Ost-Berlin, S. 7, 29 (Zitat) und S. 30.

³⁹ Zit. n. Urban, *The Invention*, S. 27.

⁴⁰ Stimman, Stadterneuerung in Ost-Berlin, S. 1.

⁴¹ Brian Ladd hat darauf hingewiesen, dass die Wohnungsbauindustrie in der DDR anfangs gar nicht auf Renovierungen ausgerichtet war und dass die langsame Reaktion auf den Zerfall der Innenstädte in den Siebzigerjahren nicht nur auf politischen Unwillen, sondern auch auf praktische und logistische Probleme in der zentralistischen Planwirtschaft zurückzuführen sei. Vgl. Brian Ladd, „Local responses in Berlin to Urban Decay and the Demise of the German Democratic Republic“, in: John J. Czaplicka und Blair A. Ruble (Hg.), *Composing Urban History and the Constitution of Civic Identities*, Washington 2003, S. 263-284, sowie Ders., „Socialist Planning and the Rediscovery of the Old City in the GDR“, *Journal of Urban History* 27, 2001, S. 584-603.

⁴² Hierzu einschlägig: Benedikt Goebel, *Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2003.

Bausubstanz im Fischerkiez in Alt-Cölln zwischen 1970 und 1973 noch abgerissen, um Platz für fünf 21-geschossigen Wohntürme zu schaffen, so verfuhr man ein Jahrzehnt später im Alt-Berlin des Nikolaiviertels genau entgegengesetzt: Kirche und Straßen wurden unter Wahrung der alten Raumstruktur neu aufgebaut. Das war für DDR-Architekten ein einmaliges und höchst reizvolles Projekt, das man nach Kräften vorantrieb.⁴³

Wie ist diese krasse Veränderung zu deuten? Erst einmal sei bemerkt, dass beide Erscheinungen im Grunde unterschiedlich sind: Das Phänomen der „komplexen Rekonstruktion“ in Altbau-Wohnungsgebieten ist etwas anderes als der Wiederaufbau mittelalterlicher und preußischer Prunkbauten im Stadtzentrum. Dennoch gehen beide auf denselben Wandel zurück, und zudem zeigt Florian Urban, dass die DDR selbst keinen Unterschied zwischen Bauten aus der weiten Vergangenheit und aus dem späten 19. Jh. machte: Es gab nur Altbausubstanz und Neubauten.⁴⁴ Und zweitens, so bemerkt ebenfalls Urban, stand beispielsweise der Wiederaufbau des Nikolaiviertels in der Denkwelt der SED-Funktionäre gar nicht im Gegensatz zum Modernismus oder zum fortschrittlichen Ausbau der Hauptstadt; vielmehr standen beide in Balance, sie sollten sich organisch ergänzen.⁴⁵ Das Gleiche gilt für die komplexe Rekonstruktion, die dem revolutionären Vorhaben der Lösung der Wohnungsfrage zu Diensten war.

Und dennoch: ein Wandel. Zu den Gründen und Erklärungen zählen erstens, sagen wir, realpolitische Argumente. Die zerfallenden Innenstädte schienen in Ost-Berlin nicht nur wie auch im Westen die Legitimität der politischen Ordnung zu hinterfragen, sondern sie störten ebenfalls die vor allem für die DDR so wichtige Nettorate der Wohnungsproduktion: Jede unbewohnbare Mietskasernenwohnung kostete praktisch eine Platte in Hohenschönhausen.⁴⁶ Zudem war die Instandsetzung der Altbausubstanz billiger als Neubau.

Weniger leicht greifbar, und eher kulturpolitisch zu erforschen, ist die Veränderung im Leitbild der sozialistischen Hauptstadt – und vielleicht

⁴³ Urban, *The Invention*, S. 282-324.

⁴⁴ Ebd., S. 23.

⁴⁵ Ebd., S. 291.

⁴⁶ Ladd, „Local Responses“, S. 263.

darüber hinaus in der sozialistischen Stadtutopie. Das historisch Geerbte, das lokal Charakteristische wurde gegenüber modernistischem Neubau ungeheuer aufgewertet – und vielleicht spiegelt sich hier die verblässende Zukunft im Realsozialismus wider.

Ein weiterer Grund, auch realpolitisch, könnte man meinen, ist natürlich das kommende Berlin-Jubiläum, das der Hauptstadtgestaltung seit den späten Siebzigerjahren einen weiteren Schub verlieh. 1987 stand eine direkte Konkurrenz mit der anderen Halbstadt an, eine Konkurrenz, die vor allem auf dem Feld des Städtebaus bestritten werden sollte. Ost-Berlin hatte hier mit dem Stadtzentrum die besseren Karten, und West-Berliner Versuche, zu einem gemeinsamen Fest zu kommen, wurden im Osten weggelacht.⁴⁷ Konrad Naumann sprach höhnend von einer „Neuaufgabe der Alleinvertretungsanmaßung“ und stellte süffisant fest, „daß dieses Berlin und Cölln, die beide um 1230 herum unmittelbare Nachbarn waren, beide auf dem heutigen Territorium der Hauptstadt der DDR lagen. (...) Spandau war damals ziemlich weit weg von Berlin und bestand urkundlich nachweisbar ebenfalls schon. Sollen die Bürger Spandaus 1982 ihren 750. Gründungstag begehen.“⁴⁸ So stand die spezifisch historische Komponente der Ost-Berliner Stadtgestaltung der Achtzigerjahre direkt mit dem Feier- und Legitimationswettbewerb mit West-Berlin in Verbindung.

Und schließlich und nicht zuletzt gab es in der DDR der späten Siebzigerjahre einige sehr weitreichende Geschichtsdebatten, die mit dem Städtebau zusammenspielten. Die Schlagwörter „Erbe und Tradition“ wurden in Ost-Berlin heiß diskutiert. Auch wenn beide Begriffe heute ihren Glanz und ihre Verführungskraft verloren haben: Damals setzten die Begriffe eine für DDR-Historiker ungeheure Spannung und Kreativität frei.⁴⁹ Jene

⁴⁷ Vgl. Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, Kap. III.2 und III.4.

⁴⁸ Konrad Naumann, *Zu Erfahrungen der Berliner Parteiorganisation bei der weiteren Erfüllung der vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe*. Aus einem Vortrag am Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED am 28. März 1979, Berlin (Ost) 1979.

⁴⁹ Eine neuere Untersuchung dieses geschichtspolitischen Wandels fehlt bislang. Vgl. die Dokumentensammlung: Helmut Meier und Walter Schmidt (Hg.), *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker*, Berlin (Ost) 1988. Eine Bilanz der Evaluierung der DDR-Geschichtswissenschaft der frühen 1990er-Jahre: Georg G. Iggers, Konrad H. Jarausch, Matthias Middell

ehemals als reaktionär abgelehnten Teile der deutschen Geschichte wurden neu befragt und differenziert, und einige Symbole der deutschen Geschichte wurden demonstrativ in das Geschichtsbild der DDR aufgenommen. Die Veränderung wurde von Parteiideologen und Chefhistorikern mit dem veränderten Nationenverständnis verbunden, nach dem die DDR jetzt nicht nur aus der Arbeiterbewegung, sondern aus der gesamten deutschen Geschichte hervorgegangen war.⁵⁰ Die Revision fing an mit „den zwei Gesichtern Preußens“ (1978) – reaktionär *und* progressiv –, sie verlief über Bismarck und Luther, und sie ermöglichte 1981 die berühmte Rückkehr des Reiterstandbildes Friedrich des Großen Unter den Linden.⁵¹ Die geschichtswissenschaftliche, politische – Erich Honecker stand dem Luther-Komitee vor, das 1983 das Lutherjahr das Marxjahr überschatten ließ – und städtebauliche Wende verstärkten sich gegenseitig.

Und damit ist eine weitere Dimension dieser geschichtskulturellen Veränderungen angesprochen. Oft nimmt man für die DDR vorschnell an, dass Parteistrategen und Chefideologen den Kurs bestimmten und die Entscheidungen ‚von oben‘ trafen. In diesen Fällen der langsamen Veränderungen und der schleichenden Wenden dürfte es auch manchmal umgekehrt gewesen sein. Wie Florian Urban belegt, ist der Wiederaufbau des Nikolaiviertels nicht auf eine eindeutige Politbüro-Entscheidung oder den Beschluss eines Parteichefs zurückzuführen, sondern war das Ergebnis eines langwierigen Prozesses, der bereits in den Stadtverwaltungen vorbereitet und modifiziert und von Architekten wie Günter Stahn kräftig gefördert wurde. „Oben“ segnete man später nur noch ab, was ohnehin bereits geschah.⁵² Das Gleiche gilt für jene Historiker, die die Grenzen des DDR-Geschichtsbildes bereits in den frühen Siebzigern oder gar den spä-

und Martin Sabrow (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998 (= Beiheft 27 der *Historischen Zeitschrift*).

⁵⁰ Hierzu rückblickend: Walter Schmidt, *Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren.* (= Hefte zur DDR-Geschichte 38), Berlin 1996.

⁵¹ Ingrid Mittenzwei, „Die zwei Gesichter Preußens“, in: Meier und Schmidt, *Erbe und Tradition*, S. 72-78. Einen Überblick über die Themen bietet auch: Jan Herman Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels*, Frankfurt am Main und New York 1992.

⁵² Urban, *The Invention*, S. 289 und 290.

ten Sechzigern erprobten. Erst im Laufe der Zeit wurden daraus „die Zwei Gesichter Preußens“ und die Erbe-Debatte – ein Differenzierung, die bald ihr eigenes Leben führte, lange bevor Erich Honecker sich 1983 demonstrativ an die Spitze der Luther-Ehrung setzte. Später war die Bewegung von oben kaum länger kontrollierbar. Und schließlich: Auch die Entdeckung der Berliner Geschichte im Vorfeld des Jubiläums geschah durch Fachleute der mittleren Ebene. Die Berliner Bezirksleitung setzte alles daran, nationale Ressourcen für die wissenschaftliche Erschließung der Lokalgeschichte Berlins zu mobilisieren, bis 1984 an der Humboldt-Universität (HU) ein spezieller Lehrstuhl etabliert wurde.⁵³ Solche dynamischen Entwicklungen gingen in den Siebzigern und Achtzigern nicht alle vom Politbüro oder etwa dem Büro Honecker aus, sondern wurden strategisch, erfolgreich und aber auch staatstragend betrieben von vielen Funktionären und Fachleuten, die ambitioniert waren oder einfach erneuern wollten.

Erbe und Tradition prägten vor allem das Stadtbild Berlins, weil die DDR hier direkt mit West-Berlin konkurrieren musste.⁵⁴ Doch zu einer wirklich offenen Geschichtsdebatte wurde die Entwicklung nicht, weil die Parteilührung Mitte der Achtzigerjahre zurückzurudern begann. Historiker versuchten, die Differenzierung und Neubewertung immer stärker voranzutreiben – es erweiterte ihre Arbeitsmöglichkeiten enorm, dass der herkömmliche Traditionsbestand der Arbeiterbewegung deutlich verblasste. Ab 1985 jedoch bemühten sich das Institut für Marxismus-Leninismus, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK und die Chefideologen der SED um eine „Reideologisierung“ des Geschichtsbildes. Dies sollte im Berlin-Jubiläum demonstriert werden, das geschichtspolitisch eher konservativ angelegt war. Die DDR wurde zum unumstrittenen Höhepunkt der Berliner Vergangenheit stilisiert, und West-Berlin wurde ab 1948 entschieden aus der Stadtgeschichte eliminiert. Nach der Bewegung in Sachen Luther, Bismarck und Friedrich der Große klangen solche Erzählungen wie ein Rückfall, der im Westen auch als solcher verstanden wurde. „Die Betonung des Gegensatzes der gesellschaftlichen Systeme ist von geradezu drastischer Feindseligkeit“, meinte die *FAZ* über die stadt-

⁵³ Hierzu: Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, Kap. III.3.

⁵⁴ Vgl. den zeitgenössischen Überblick bei: Eberhard Kuhrt und Henning von Löwis, *Griff nach der deutschen Geschichte: Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR*, Paderborn 1988, S. 197-218.

historischen Interpretationen Ost-Berlins. „Das alles ist keineswegs neu, zeigt nur aus besonderem Anlaß, wie abwegig die bei uns verbreitete These von einer Entideologisierung und vom neuen Pragmatismus der DDR-Politik ist. (...) Die für die Durchführung der 750-Jahr-Feier in West-Berlin Verantwortlichen haben trotz mannigfacher Warnungen zu lange auf Abstimmung und Kooperation gesetzt.“⁵⁵

Doch die Uhren ließen sich nicht mehr so leicht zurückdrehen. Die 750-Jahr-Feier zeugt von der ganzen Spannung im ideologischen Gehäuse der DDR: Der Begriff der „Heimat“ war salonfähig geworden: Endlich erschien Berlins Band in der grünen Reihe *Werte unserer Heimat*.⁵⁶ Hunderte Veröffentlichungen zu Berlins Vergangenheit – inklusive Preußen, Könige, Herrscher usw. – erschienen auf dem Büchermarkt. Der klaffende Widerspruch im Geschichtsbild war mit Händen zu greifen: Die Geschichtswissenschaft hatte in der streng gehandhabten Zeitgeschichte und Arbeiterbewegungshistorie nicht genug investiert: die Selbstbeschreibung der Hauptstadt der DDR hing an nur wenigen Publikationen, und die *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*, an der 15 Jahre gearbeitet worden war, durfte im ideologischen Durcheinander im letzten Moment nicht erscheinen.⁵⁷ Um das Problem zu überdecken, gab die Parteiführung die dogmatische Schrift der *Thesen 750 Jahre Berlin* heraus, die die Ost-Berliner Modellerzählung über die Berliner Stadtgeschichte, über Spaltung und Erfolge der Hauptstadt der DDR präsentierte. Doch die *Thesen* wurden von den Bürgern nicht gelesen – wie Umfragen ergaben –

⁵⁵ „Die 750-Jahr-Feier Berlins“, *FAZ*, 3.1.1986.

⁵⁶ Joachim Hermann (Hg.), Berlin. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandaufnahme (*Werte unserer Heimat* 49/50), Berlin (Ost) 1987.

⁵⁷ Genauer: Die ersten beiden Bände (bis 1945) kamen nach jahrelanger Verzögerung 1987 doch noch heraus, der dritte (1945-1961) wurde nie veröffentlicht und der vierte (1961-Gegenwart) nie geschrieben. Band 3 verblieb bis zum Ende der DDR in der sprichwörtlichen Schublade, und da liegt er bis heute: im Berliner Landesarchiv, C-Rep 902, 391-400. Zu den Hintergründen: Krijn Thijs, „Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen Erosion und Kontinuität in der späten DDR“, *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* 12, 2002, 1, S. 86-113.

und die Bevölkerung feierte stattdessen vor den Kulissen des mittelalterlichen Nikolaiviertels und des historischen Platzes der Akademie.⁵⁸

Auch hier findet man im Rückblick viele Anzeichen eines Utopieverlustes, der mit Geschichte überdeckt wurde – in Berlin gelang das im Feierjahr einigermaßen (im Westen war man sehr beeindruckt), doch unter der Oberfläche brodelte es.⁵⁹ Das ambitionierte Bauprogramm untergrub in gewaltigem Ausmaß die Legitimität des Systems im Rest der Republik („1061 Jahre Halle!“), und politisch bedeutsame Berlin-Feindlichkeit bewirkte ebenso die gute Versorgung ausschließlich der Hauptstadt (die ihrerseits, dem Volksmund nach, vielleicht erklären konnte, warum so viele Leute die 750-Jahr-Feier besuchten: Das war das neue Versorgungssystem: „Ganz einfach: wir schaffen alles nach Berlin, und dort holt sich jeder, was er braucht!“).⁶⁰

Beziehungen, Konkurrenz, Transfer

Mehr oder weniger zur gleichen Zeit schien sich hüben und drüben die Geschichte an der autogerechten Stadtutopie zu rächen. Im Osten wurde das „Lokalkolorit“ entdeckt als eine der notwendigen Zutaten für eine dynamische „sozialistische Metropole“. Im Westen sprach man von der „Wiederentdeckung der historischen Mitte“ und es wurden die Kiezesgeschichte und das Pathos der Industriegroßstadt als Identitätsressource angesprochen. Hier rekonstruierte man „kritisch“ und „behutsam“, dort „modernisierte“ und „rekonstruierte“ man „komplex“. Hier hielt man eine Preußenschau, dort kehrte ein Reiterstandbild an die alte Stelle zurück. Hier wollte man ein Deutsches Historisches Museum bauen, dort baute man die deutsche Geschichte ins Stadtbild zurück.

⁵⁸ Hierzu: Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, Kap. III.5 und 6. Vgl. Komitee der Deutschen Demokratischen Republik zum 750jährigen Bestehen von Berlin, *Thesen. 750 Jahre Berlin*, Berlin (Ost) 1986.

⁵⁹ Florian Giese, „Freude herrscht von Eisenach bis Wieck, denn in Berlin, da schlägt das Herz der Republik“. *Scheinpluralismus, Volksfeststimmung und Protest zur 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin 1987*, *Deutschland Archiv* (38) 2005, S. 660-667.

⁶⁰ *Frankfurter Rundschau*, 12.5.87, „Großer Festakt mit Jubiläumspflicht“.

Dass diese Gleichzeitigkeit kein Zufall ist, braucht kaum betont zu werden. Seit die offenen militärischen Drohungen und das weltpolitische Kräftenessen des Kalten Krieges vorüber waren, verschob sich die offene Legitimitätskonkurrenz zwischen Ost- und West-Berlin auf andere Felder. Der ‚Kampf‘ um die Stadtgeschichte gehörte dazu, und in der deutschen Hauptstadt (und für den Westen: der alten deutschen Reichshauptstadt) weitete sich dieser Kampf rasch aus. Um mit den Worten des West-Berliner CDU-Abgeordneten Uwe Lehmann-Brauns zu sprechen: „Es geht um den Besitz der deutschen Geschichte. Sie dort festzumachen und absolut zu interpretieren, ist das offensichtliche Ziel der Kulturrestaurierung in der DDR. Dem muss auf dieser Seite der Mauer ein ähnlich starker Impuls zugunsten der Eigengeschichte folgen.“⁶¹

Während offizielle Kontakte zwischen beiden Städten nicht existierten, wurde jeder Schritt hüben wie drüben registriert und „angemessen“ beantwortet. In der Rückschau gehören die neuen Ideen und Initiativen gleichsam wie eine Matrix des spätgeteilten Berlin zusammen – sie bilden ein unentwirrbares Beziehungsgeflecht von gegenseitigen Wahrnehmungen, interdisziplinären Beflügelungen, Transfermomenten, Konkurrenzerfahrungen und Wettbewerbsgefühlen, wobei Architektur und Geschichte, Ost- und West-Berlin und Protest und Herrschaft vielfältige Verknüpfungen eingingen. In dieser Matrix wurden die Entwicklungen in Ost und West gleichermaßen angeheizt, ohne dass letztlich noch auszumachen war, wer eigentlich damit angefangen hatte oder wer am Ende die Nase vorn hatte. Das gilt auch für die Geschichtsdebatten und den Städtebau sowie für das Berlin-Jubiläum 1987.

Der Westen initiierte die Preußenkonkurrenz, und deren Vorläufer waren einige historische Ausstellungen in der Bundesrepublik.⁶² Das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) in Ost-Berlin fühlte sich 1978 von dieser „geplanten, von der Bonner Regierung unterstützten und vom West-Berliner Senat beschlossenen ‚Preußen-Ausstellung‘“ direkt herausgefor-

⁶¹ Uwe Lehmann-Brauns, „Deutsche Geschichte bewahren“, *BMP*, 11.9.1983, S. 51.

⁶² Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), Dokumentation. Preußen 1981. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien. Teil 1: 1977-1979.

dert.⁶³ Diese verfolge „antikommunistische Absichten“, stelle einen „Versuch zugespitzten Mißbrauchs der Berliner Geschichte“ dar und sollte obendrauf „direkt an der Staatsgrenze zur DDR“ Platz haben. Um der Preußenausstellung „zuvorzukommen“ kündigte das IML umgehend an, „in Berlin eine zentrale Ausstellung zu den geschichtlichen Traditionen unseres sozialistischen Staates vorzubereiten“⁶⁴. Die Idee scheiterte wegen mangelnden Planungsvorlaufs. Stattdessen wurde der Alte Fritz wieder aufgestellt.⁶⁵

Und dadurch war man im Westen wiederum höchst verunsichert. „Die historisch-nationalen Anstrengungen der Behörden drüben sollten vom Berliner Senat als Herausforderung verstanden und angemessen beantwortet werden“, forderte Uwe Lehmann-Brauns.⁶⁶ In der Tat wurde die Idee eines Deutschen Historischen Museums für West-Berlin nicht zuletzt, und vielleicht gar in erster Linie, von diesem Konkurrenzempfinden geleitet. Aus der *FAZ* 1981: „Dass die DDR im Ostteil der alten preußischen Residenz- und deutschen Reichshauptstadt seit 1951 ein streng marxistisch ausgerichtetes Museum für deutsche Geschichte unterhält, kann nur als Herausforderung und weiteres Argument für den Standort Berlin gelten.“⁶⁷ Sogar die Leugnung dieses Zusammenhangs durch die *Berliner Morgenpost* 1982 ist enthüllend: „Das Museum in West-Berlin braucht sich nicht als Gegenpol oder Widerpart der Schau im Zeughaus zu begreifen. Es sollte nur zeigen, was dort verschwiegen wird.“⁶⁸ Klarer kann man die Verbundenheit beider Häuser nicht ausdrücken.

⁶³ SAPMO-BArch, DY 30 / IV B 2/2.024/61, Rat für Geschichtswissenschaft, „Vorschlag für eine zentrale Ausstellung in Berlin Anfang 1981“, 21.7.78.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Vgl. Edgar Wolfrum, „Die Preußenrenaissance: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Konflikt“ in: Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 145-165.

⁶⁶ Lehmann-Brauns, „Deutsche Geschichte bewahren“.

⁶⁷ Peter Jochen Winters, „Es wird wieder“, *FAZ*, 27.11.81, wieder abgedruckt in: Stölzl, *DHM*, S. 51-52, hier S. 52.

⁶⁸ Rudolf Stiege, „In Berlin zeigen, was deutsche Geschichte ist“, *Berliner Morgenpost*, 14.2.82, wieder abgedruckt in: Stölzl, *DHM*, S. 67-69, hier 69.

Bei den großen „repräsentativen“ Renovierungsprojekten im Stadtzentrum hatte Ost-Berlin die besseren Karten. Das gesamte alte Stadtzentrum lag im Osten und die beeindruckenden Baumaßnahmen machten das West-Berliner Abgeordnetenhaus mit Blick auf die 750-Jahr-Feier höchst nervös. Jürgen Wohlrabe (CDU) befürchtete 1982, dass West-Berlin „ins Hintertreffen“ gerate, „da die DDR durch die Lokalität und durch das konzentrierte Bemühen der Staatskasse unter viel leichteren Bedingungen an das Vorhaben herangehen (kann).“⁶⁹ Harry Ristock (SPD) befürchtete, „dass 1987 Gäste aus aller Welt von dem im Ostteil der Stadt Dargebotenen stark beeindruckt (sein werden) und unser Teil der Stadt dagegen stark abfallen (könnte).“⁷⁰ Und Lehmann-Brauns fragte erneut: „Welche Antworten geben wir auf die Vorgaben Ost-Berlins?“⁷¹ Die Antwort gaben 1987 einige eigene Restaurationsprojekte her, die jedoch das 19. Jahrhundert betrafen, wie der Gropius-Bau und natürlich die IBA.

Die IBA wurde 1987 weltweit führend im zukunftsfähigen Umgang mit Altbausubstanz. Die Kataloge sind weltweit in Universitätsbibliotheken vorhanden. „Kritische Rekonstruktion“ und „behutsame Stadterneuerung“ waren West-Berliner Trümpfe, und die Betreiber der „komplexen Modernisierung“ in Ost-Berlin schielten vielfach über die Mauer. Auch West-Berliner Vordenker der „kritischen Rekonstruktion“ waren vom Ost-Berliner Parallelvorhaben fasziniert und verfolgten die Entwicklungen drüben genau.⁷²

Das Jubiläum schließlich endete, sage ich jetzt einmal salomonisch, unentschieden. Die Bilanz der großen Programme, der West-Berliner Ausstellung und des Ost-Berliner Festzugs, und vor allem der nicht nachlassenden Feerrunden, Ansprachen, Staatsgäste und Eröffnungen fiel in beiden Stadthälften gemischt aus. Während die Stadtverschönerung in beiden Teilen Berlins positiv ausfiel, war eine zynische Berlin-Müdigkeit

⁶⁹ Berliner Landesarchiv, B Rep 150, Nr. 151: Berliner Abgeordnetenhaus, Ausschuss für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, Sitzung 9/21 am 25.11.1982, S. 7 und 8.

⁷⁰ Berliner Landesarchiv, B Rep 150, Nr. 151: Berliner Abgeordnetenhaus, Ausschuss für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, Unterausschuss 750-Jahr-Feier, Sitzung 9/2 am 12.12.84, S. 2 (Harry Ristock, SPD).

⁷¹ Berliner Abgeordnetenhaus, Plenardebatte 9/44 am 5.5.1983, S. 2586A.

⁷² Wie: Stimman, Stadterneuerung in Ost-Berlin, 1985, S. 1.

an beiden Seiten das negative Ergebnis des Feierjahres – sowohl in Ost als auch in West. Bereits im Mai und Juni 1987 gab es sogenannte „Anti-Berliner“ in West-Berlin und in Sachsen wurden Berliner Trabis beschmiert. Auf Dauer war die Hypothek im Osten höher, würde ich behaupten, weil der Glanz des Jubiläums hier spürbar auf Kosten des Restes der Republik ging und weil die Entdeckung der Geschichte hier schwierig mit der Fortschrittsutopie in Einklang zu bringen war, nach der das amputierte Ost-Berlin der Höhepunkt der gesamten Berliner Geschichte sein musste – eine Spannung, die 1987 kaum zu überdecken war.⁷³ Die Geschichtsideologie der wandelnden Großstadt der dynamischen 1920er passte dem Westen besser als der Alte Fritz dem Osten.

Ausblick: Beziehungsdichte und Funkstille

Obwohl die Mauer mit der Zeit durchlässiger wurde, waren offizielle Gespräche nicht möglich und Veränderungen im viel zitierten „Status quo“ schienen der weiten, fernen Zukunft vorbehalten. Aus dieser Warte war die 750-Jahr-Feier für den Westen ein Misserfolg, denn sie wurde kein Meilenstein in den Beziehungen. (Honecker sagte dem West-Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen ab und reiste zu Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn.⁷⁴) Ich habe zwar argumentiert, dass die Geschichtsdebatten und das reiche Stadtjubiläum die Stabilität Ost-Berlins letztlich untergruben, doch das geschah nicht in Richtung einer etwaigen deutschen Einheit.

Trotz aller Parallelen und Interaktionsmomente zwischen Ost- und West-Berlin möchte ich behaupten, dass die tieferen Ursachen sowohl der städtebaulichen Aufwertung der Altbausubstanz als auch der politischen Wiederentdeckung der deutschen Geschichte in beiden deutschen Gesellschaf-

⁷³ Vgl. Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, II.7 und III.6; Giese, *Freude herrscht von Eisenach bis Wieck; Schöne, Stabilität und Niedergang*.

⁷⁴ Zur (später gescheiterten) Besuchs-Diplomatie West-Berlins: Otto Hennig, „Der Viermächte-Status von Berlin“, *Deutschland Archiv* (20) 1987, S. 34-38; Dieter Schröder, „Der Status von Berlin – kein grundsätzliches Hindernis. Zur Einladung des Regierenden Bürgermeisters nach Ost-Berlin“, *Ebd.*, S. 38-43; Peter Jochen Winters, „Zweimal 750 Jahre Berlin“, *Ebd.*, S. 488-493, hier S. 490.

ten zunächst autonom waren. Oder genauer: Beide Entwicklungen entstanden mehr oder weniger zugleich und unabhängig voneinander in den Siebzigerjahren als Ergebnis des Endes des Kalten Krieges, durch das Schwinden der Machbarkeitsutopien und durch den allgemeinen Verlust des Fortschrittsglaubens an die industrialisierte Welt. Lokalpolitik, Heimatgefühle und Identitätsfragen wurden in vielen europäischen Ländern neu entdeckt. Spezifisch für Deutschland dürfte vielleicht auch eine Veränderung im sozialen Gedächtnis eine Rolle gespielt haben; nach einer gewissen Scham- und Schweigefrist von 30 Jahren – einer Generation – entstanden neue Fragen an die deutsche Geschichte.⁷⁵

Als diese Debatten und die Renovierungsprojekte dann in bescheidenen Anfängen in beiden deutschen Republiken anliefen, wurden sie von der spezifischen Berliner Teilung unheimlich angetrieben. Gerade in einer Stadt der Systemkonkurrenz schien man Altbauviertel nicht ungestraft veröden lassen zu können. So besehen, führte die Situation der Teilung vielleicht doch zu einer spezifisch Berliner Inventivität, die vielleicht auch Zukunftsfähigkeit genannt werden könnte, und die beispielsweise mit erklären könnte, warum etwa die IBA gerade in Berlin entstand. Zudem: Ohne die Teilung wären etwa die Kreuzberger Mietskasernen nicht in eine solche geographische und damit soziale Randlage geraten, vom Zentrum zur Peripherie geworden.

Somit lässt sich die spezifische Situation des spätgespaltenen Berlin als ein spannendes Ausnahmegebiet der deutsch-deutschen Geschichte verstehen, wie es hier anhand des Städtebaus und der Geschichtsdebatten in Ost- und West-Berlin skizziert wurde. Anders als auf nationaler Ebene war von offiziellen Kontakten keine Rede, und anders als aus dem alltäglichen Leben in der Bundesrepublik verschwand die DDR niemals aus dem Bewusstsein West-Berlins – ja, auf Berliner Stadtebene verkehrte gar der Westen in der Defensive; auch das war eine Eigentümlichkeit der Systemkonkurrenz im spätgeteilten Berlin. Trotz der aufregenden Dichte dieses stadt- und systempolitischen Beziehungsgeflechtes innerhalb und zwischen Ost und West und trotz vieler gleichartiger Probleme (Altbausubstanz, historische Identitätsfindung) beherrschte offizielle Funkstille die

⁷⁵ Vgl. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2007.

60

Beziehungen oder eigentlich die paradoxen Non-Beziehungen zwischen beiden Stadthälften.

Christoph Wunnicke

Die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration vom 17. Januar 1988 und ihre Folgen *

Der 17. Januar 1988 und seine Folgen lassen sich unter verschiedenen Akzentsetzungen betrachten. Einerseits als Abrechnung mit den zu dieser Zeit öffentlichkeitswirksamsten Oppositionellen von der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) sowie Stephan Krawczyk und Freya Klier. Andererseits entledigte sich der Staat am 17. Januar und den folgenden Tagen der ersten Selbsthilfeorganisation von Ausreiseantragstellern der Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht. Außerdem ist der 17. Januar auch als fehlgeschlagener Versuch einer von vielen Ausreiseantragstellern und wenigen Oppositionellen gewünschten Kooperation beider Unruhepotenziale zu betrachten.

Dieser Vortrag versucht, allen drei Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Er gliedert sich in drei Teile. Im ersten soll kurz auf die internationale und nationale politische Stimmungslage eingegangen werden. Im zweiten Teil werden die wesentlichen Entwicklungsstränge, die in ihrem Ergebnis zum 17. Januar führten, beschrieben. Der dritte Teil befasst sich mit dem Geschehen vom 17. Januar 1988 bis zum 25. Januar 1988, während der vierte die Folgen dieser Tage für die Opposition, die Kirchen, die Ausreiseantragsteller und den Staat beschreibt.

Es war Abrüstungsstimmung. Am 8. Dezember 1987 hatten Michail Gorbatschow und Ronald Reagan das INF-Abkommen über die vollständige weltweite Abschaffung von landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen unterzeichnet. Entspannte dieser Schritt das Verhältnis zwischen den Großmächten, hatte Gorbatschows Politik schon zuvor das sozialistische Lager geteilt, einerseits in ein Reformlager, welches beispielsweise wie Polen Ende Dezember 1987 Volksentscheide über die künftige Sozialpolitik durchführen ließ, und ein Hardliner-Lager, in dem Rumänien zur selben Zeit Hungerrevolten unter Inkaufnahme von Toten niederschlug. In

* Vortrag am 12. Dezember 2007 in der Vertretung des Saarlandes beim Bund. Vgl. ausführlich: Christoph Wunnicke, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, Berlin 2008.

Warschauer Pakt und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stand somit in Gestalt der Sowjetunion, Polens und Ungarns ein Reformlager einer Betonfraktion aus DDR, CSSR und Rumänien gegenüber. Im Jahr 1987 hatten aber auch DDR-Bürger Anlass, innenpolitisches Tauwetter zu registrieren. Das gemeinsame Sicherheitspapier von SED und SPD, der Bonn-Besuch Honeckers und der dadurch mitbedingte Olof-Palme-Friedensmarsch sowie eine Amnestie schürten Hoffnung. Diese kassierte Kurt Hager mit seinem „Tapetenwechsel-Interview“ für den *Stern* und endgültig das MfS mit seiner Aktion „Falle“ gegen die Berliner Umweltbibliothek.

Hiermit komme ich zum zweiten Teil meines Vortrags, den wesentlichen Ereignissen im Vorfeld des 17. Januar 1988. Ich konzentriere mich dabei auf die Initiative für Frieden und Menschenrechte, Stephan Krawczyk und Freya Klier sowie die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht. Die Geschichte der Initiative für Frieden und Menschenrechte beginnt mit einer vom MfS betriebenen Absage eines für die zweite Jahreshälfte 1985 in der Treptower Bekenntniskirche geplanten Menschenrechtsseminars. Die etwa 30 Gruppenmitglieder, unter ihnen viele Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, orientierten sich an den zivilgesellschaftlichen Ideen mittel-ost-europäischer Demokratiebewegungen wie der Charta 77, gaben bis 1988 als eigene Publikation den *Grenzfall* heraus und nutzten aktiv die Westmedien. Bis zur Aktion „Falle“. In dieser Aktion durchsuchten ein Staatsanwalt und Stasimitarbeiter in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 die Räume der Berliner Umweltbibliothek (UB). Sie gingen davon aus, in der Druckerei der Umweltbibliothek auf die Herstellung der nächsten Ausgabe des *Grenzfall*es zu stoßen. Die Drucker der Umweltbibliothek druckten aber Harmloseres und wurden trotzdem verhaftet. Eine bis dahin beispiellose Solidarisierungswelle erfasste die Basisgruppen der DDR wie auch Kirchengemeinden und endete mit den Freilassungen der Verhafteten. IFM und Solidarisierungswelle belasteten ab jetzt das Staat-Kirche-Verhältnis schwer. Erst im Januar 1988 erschien eine neue *Grenzfall*-Ausgabe, und die IFM wusste auch nach den Verhaftungen einiger Mitglieder am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 1987, dass der Staat auf seine Chance nur wartete.

Für diese Chance sorgte eine andere Gruppe: die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht. Sie wurde am 22. September 1987 vor allem vom Agraringenieur und Schauspielregisseur Günter Jeschonnek gegründet

und sollte DDR-Bürgern bei der Ausübung ihrer staatsbürgerschaftlichen Rechte zur Seite stehen. Sie wollte über internationale Rechtsvorschriften bei Familienzusammenführungen und Eheschließungen beraten und diese notfalls einklagen. Die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht war somit die erste programmatische Selbsthilfegruppe für Ausreiseartragsteller der DDR. Sie durfte sich monatlich in den Räumen der UB treffen, wo Ausreiseartragsteller aus der gesamten Republik beschlossen, eine gemeinsame Erklärung zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember zu verfassen und außerdem an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 17. Januar 1988 teilzunehmen. Dort wollten sie nicht auf ihr Anliegen und ihre Gruppe hinweisen, sondern mit von Stephan Krawczyk herausgesuchten Luxemburg-Zitaten wie „Freiheit ist auch immer die Freiheit der Andersdenkenden“ Wahrhaftigkeit vom Staat einfordern.

Dies wollten sie gemeinsam mit anderen Basisgruppen tun. Auch Wolfgang Templin von der IFM wollte ebendiese und andere Gruppen für eine Kooperation gewinnen, fand aber weder bei der IFM noch in anderen Basisgruppen mehrheitliche Zustimmung. Manche Gruppen verweigerten sich gänzlich, andere, wie die Umweltbibliothek, stellten es ihren Mitgliedern frei, als Einzelperson an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration teilzunehmen.

Die Idee, mit Rosa Luxemburg-Zitaten teilzunehmen, stammte ursprünglich von Freya Klier und Stephan Krawczyk. Die Autorin und der Liedermacher waren seit 1985 mit Berufsverbot belegt, konnten ausschließlich in sympathisierenden Kirchengemeinden auftreten und belasteten somit neben der IFM im Vorfeld des 17. Januar die Staat-Kirche-Beziehungen schwer. In einem Brief an Kurt Hager im Herbst 1987 wiesen sie auf ihre Situation hin, klagten ihre Rechte ein und wurden nicht erhört.

Über Krawczyk und Klier, die IFM und die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht war der 1983 nach Westdeutschland abgeschobene Roland Jahn in West-Berlin bestens informiert. Als Redakteur des ARD-Magazins *Kontraste* und Anreger von *Radio Glasnost* und der Berliner *taz* war er Schnittstelle für die Informationskanalisierung über oppositionelle Vorgänge in Ost-Berlin. Seine wichtigsten Informationsquellen waren u.a. IFM-Mitglieder wie Bärbel Bohley und Ralf Hirsch. Gegen ihn und seine Quellen hatte das MfS Mitte Dezember ein neues Ermittlungsverfahren gestartet. Ein weiteres Problem, dessen der Staat sich entledigen wollte.

Er tat dies, und damit komme ich zum dritten Teil meines Vortrags, mittels der Aktion „Störenfried“. In verschiedenen Maßnahmeplänen vor dem 17. Januar hatte das MfS festgelegt, wie es mit den Ausreiseantragstellern der Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht und Oppositionellen, die eventuell an der Demonstration teilnehmen wollten, umgehen wollte. Die Frage bei den Ausreiseantragstellern war: Schieben wir sie vorher ab oder verhaften wir sie am 17. Januar und schieben sie dann mit oder ohne Verurteilung ab? Mit Oppositionellen aus den Gruppen wollte das MfS anders verfahren. Man kategorisierte in „Unter Beobachtung stellen“, „Unter Hausarrest stellen“ oder „Präventiv verhaften“. Vom später erfolgten Ausbürgern von Oppositionellen war in den Maßnahmeplänen noch keine Rede.

350 MfS-Mitarbeiter, 300 SED-Mitglieder, 70 Volkspolizisten und 22 Mitarbeiter der Abteilung Inneres waren am 17. Januar rund ums Frankfurter Tor im Einsatz. Das MfS hatte die Abmarschstrecke der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in sieben Abschnitte geteilt und Abschnitt 1, das Frankfurter Tor, ab 7 Uhr besetzt. Noch vor 9 Uhr trafen Kamerateams von ARD und ZDF ein, die umgehend im Verhältnis von 1:4 von Sicherheitskräften, einige mit sichteinschränkenden Transparenten versehen, umringt und abgeschirmt wurden. Parallel dazu wurden die ersten eintreffenden Mitglieder der Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht verhaftet. Als Stephan Krawczyk, der im Gegensatz zu Freya Klier, die mit der Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht nicht gemeinsam demonstrieren wollte, zur Demonstration gehen wollte, wurde er noch in der Nähe seiner Wohnung festgenommen. Herbert Mißlitz und Vera Wollenberger von der Gruppe „Gegenstimmen“ sowie Till Böttcher, Bert Schlegel und Andreas Kalk von der Umweltbibliothek wurden unmittelbar bei Eintreffen am Demonstrationzug verhaftet. Insgesamt wurden an diesem Tag über 110 Menschen in Haft genommen. Wolfgang Templin und Ralf Hirsch von der IFM standen den ganzen Tag unter Hausarrest und konnten so Roland Jahn in West-Berlin über die Entwicklungen berichten. Mit den Verhafteten in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Rummelsburg wurde unterschiedlich verfahren. Einige der Ausreiseantragsteller wurden ohne Verfahren nach West-Deutschland abgeschoben, während der „harte Kern“ Anklagen erhielt und kurz darauf ebenfalls ausreisen durfte. Die verhafteten Oppositionellen erhielten Anklagen wegen Rowdytums und Zusammenrottung. Während sich um die Ausreiseantragsteller überwiegend der prominente Rechtsanwalt Wolfgang Vogel kümmerte, nahmen

sich der Oppositionellen vor allem IM Wolfgang Schnur, aber auch Lothar de Maizière oder Gregor Gysi anwaltlich an.

Noch in der Nacht vom 17. zum 18. Januar beschlossen Gruppenvertreter, eine Kontaktgruppe und ein Koordinierungsbüro einzurichten, die mit Informationsgottesdiensten und gemeinsamen Erklärungen sowie Blumeniederlegungen an anderen Luxemburg-Liebknecht-Gedenkstätten für die nach der Aktion „Falle“ zweite große Solidarisierungswelle DDR-weit sorgten. Mittendrin waren die Mitglieder der IFM und Freya Klier.

Jetzt aber entschloss sich die Parteiführung zu einem Befreiungsschlag. Nach den fehlgeschlagenen Versuchen, sich der IFM als auch Krawczyk und Klier in der Aktion „Falle“, am 10. Dezember oder am 17. Januar zu entledigen, verhaftete das MfS am 25. Januar wegen der Mahnwachenbüros, Kontakttelefone und Informationen an die Westmedien Freya Klier, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Ralf Hirsch sowie Wolfgang und Regina Templin. Wurde Vera Wollenberger am 27. Januar wegen Vorbereitung von Rowdytum und Zusammenrottung zu einem halben Jahr Haft verurteilt, wurde gegen die am 25. Januar Verhafteten wegen landesverräterischer Beziehungen ermittelt.

Damit komme ich zum vierten Teil meines Vortrags, den Folgen der Verhaftungen vom 17. und 25. Januar. Die berlin-brandenburgische Landeskirche stand durch die Aktion „Falle“ und die Probleme um Krawczyk und Klier seit Monaten unter besonderer Beaufsichtigung der Staatsorgane. Einerseits war sie neben den Gruppen Veranstalter der Solidarisierungswellen nach den Verhaftungen vom Herbst 1987 und Januar 1988. Andererseits, so unter anderem die Auffassung von Freya Klier, war sie vor allem in Person von Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe bemüht, auch mittels Abschiebungen und in Kooperation mit den Anwälten, vor allem mit Wolfgang Schnur, die Probleme IFM und Krawczyk und Klier zu lösen. Tatsächlich gelang es, Krawczyk und Klier, die im Gefängnis nichts von dem durch die Solidarisierungswelle auf dem Staatsapparat lastenden Druck wussten, zu einer unbefristeten Ausreise in die Bundesrepublik zu bewegen. Bärbel Bohley und Werner Fischer durften nach einem halben Jahr in die DDR zurückkehren, Vera Wollenberger nach einem und das Ehepaar Templin nach zwei Jahren. Die beiden UB-Mitarbeiter Kalk und Böttcher wurden hingegen in die DDR entlassen, während Schlegel, der einen Ausreiseantrag zu laufen hatte, in die Bundesrepublik ging.

Das enttäuschte Berliner Gruppenvertreter, die in den Solidarisierungsgottesdiensten auf ein Freikommen ihrer verhafteten Freunde, aber nicht auf ihre Ausreise drängten. Reinhard Schult vom Friedrichsfelder Friedenskreis schrieb ihnen im April 1988 in einem Extrablatt des Friedrichsfelder *Feuermelders* unter dem Titel „Gewogen und für zu leicht befunden“ politische Kurzsichtigkeit hinterher und sprach ihnen einen Revolutionärsstatus ab. Die Stasi diagnostizierte am 16. Februar für die Mehrzahl der Berliner Gruppen nicht zu Unrecht eine desolante Situation. Im Vorfeld der Luxemburg-Demo wurde die strukturelle Schwäche der Berliner Gruppen, die oft in herzlicher Abneigung einander verbunden waren, aufgezeigt. Zum dadurch bedingten strukturellen Problem kam jetzt der personelle Aderlass durch die Abschiebungen der Oppositionellen in die Bundesrepublik. Einige Autoren sehen hier das Übergehen der Führerschaft von der Berliner Oppositionsszene an die Leipziger Basisgruppen. Und auch die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht war zerschlagen. Ihre Reste formierten sich unter dem Namen „Initiativgruppe Gleichgesinnter“ neu und versuchten, die 1.-Mai-Demo genau wie die Luxemburg-Demo zu unterwandern.

Ich komme zum Fazit. Alle Beteiligten mussten die Vorgänge um den 17. Januar überwiegend als Niederlage erleben. Es gab weder kurz- noch mittelfristige Sieger. Es muss bezweifelt werden, dass die verhafteten und abgeschobenen Ausreiseantragsteller sich ihren Weggang so vorgestellt hatten. Mit dieser Aktion hatten sie aber anderen Ausreiseantragstellern aufgezeigt, was Öffentlichkeit für ihr Anliegen bedeuten konnte. Die Verhaftungen am 6. März 1988 rund um die Berliner Sophienkirche und die daran anschließende programmatische Arbeit in der Treptower Bekenntniskirche institutionalisierten das Problem Ausreiseantragsteller für die folgenden Monate in Berlin. Auch die Berliner Basisgruppen fanden nach einem halben Jahr der Lähmung wieder zu sich. Die durch den 17. Januar angeregten Kontakttelefone, die Mobilisierung von Kirchengemeinden und Basisgruppen in der gesamten DDR wie auch die langsam einsetzende Kooperation mit Ausreiseantragstellern stärkten ihr Mobilisierungspotenzial.

Die Kirche hatte trotz der Kritik an ihrem Führungspersonal wegen der Abschiebungen ihre Türen für die Oppositionellen und auch Ausreiseantragsteller geöffnet. Dies führte zu einer weiteren Politisierung des konzi-liaren Prozesses in der DDR. Die in diesem Rahmen erste ökumenische

Versammlung in der DDR führte am 13. Februar 1988 in Dresden Delegierte aus Kirchengemeinden und Basisgruppen zusammen, wo sie auch vor dem Hintergrund des 17. Januar mehr Gerechtigkeit in der DDR einforderten. Mit der Kirche, den Basisgruppen und den Ausreiseantragstellern betraten am 17. Januar 1988 einmal mehr Akteure die Szenerie, die auch den Herbst 1989 mitbestimmten. Die Mobilisierung durch den 17. Januar 1988 bedingte somit auch die Mobilisierung des Herbstes 1989.

Aufbruch oder Niederlage? Die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration vom Ja- nuar 1988

Podiumsdiskussion vom 12. Dezember 2007*

Moderation: Sven Felix Kellerhoff
Podium: Freya Klier
Markus Meckel
Reinhard Schult
Wolfgang Templin

Moderator: Guten Abend, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank, Herr Wunnicke, für den interessanten und sehr temporeichen Vortrag. Unserem Publikum möchte ich zunächst mal danken dafür, dass Sie sich so zahlreich „zusammengerottet“ haben. Als ich dieses Wort in der Stasi-Akte und auch in verschiedenen anderen Texten las, dachte ich mir, das sollte man doch hier an diesem Abend verwenden. Also herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind.

Ich hoffe, wir können Ihnen heute Abend noch etwas bieten, was in einer normalen Auseinandersetzung mit Texten so nicht möglich ist. Wir haben vier wirkliche Zeitzeugen aus ganz unterschiedlichen Punkten und Zusammenhängen hier auf dem Podium. Und ich denke, so manche Diskussionen, die vielleicht in den vergangenen fast 20 Jahren noch nicht geführt worden sind, jedenfalls nicht öffentlich geführt worden sind, können wir heute Abend anreißen. Mehr werden wir nicht tun können, aber immerhin, dieses Anreißen ist gut. Und ich glaube, der Konfliktstoff ist bei uns auf diesem Podium heute Abend gegeben, wobei wir mit Sicherheit uns an alle vernünftigen Regeln der Höflichkeit halten werden.

Zu diesen Regeln der Höflichkeit gehört es auch, dass ich die Podiumsteilnehmer noch mal in aller Kürze vorstelle, auch wenn das wahrscheinlich in diesem Raum fast unnötig ist.

* Abschrift einer Tonaufnahme der Diskussionsrunde bei der Veranstaltung des Berliner Landesbeauftragten am 12. Dezember 2007 in der Vertretung des Saarlandes beim Bund.

Neben mir sitzt Freya Klier. Herr Wunnicke hat es schon gesagt: Regisseurin, Autorin. Sie haben u.a. 1984 den DDR-Regiepreis bekommen, waren aber schon ein Jahr später mit einem Berufsverbot ausgezeichnet – das ist ja bei bestimmten Konstellationen dann schon wieder eine Auszeichnung. Zusammen mit Ihrem damaligen Mann, Stephan Krawczyk, waren Sie, und das werden wir heute Abend sicherlich noch im Detail besprechen, wirklich ganz nah dran, also näher geht es gar nicht mehr, an den Ereignissen des 17. Januar. Seit 1990 sind Sie ganz stark in der DDR-Aufarbeitung beschäftigt, auch als Autorin, und vor ein paar Monaten ist der zweite Band einer Trilogie von Ihnen erschienen, die sich mit DDR-Oppositionellen, mit Figuren beschäftigt. Der erste Band: Oskar Brüsewitz. Der zweite Band, der jetzt erschienen ist: Matthias Dommaschk. Und der dritte Band, wie ich auch gerade erst erfahren habe, der erscheinen wird, wird sich mit Michael Gartenschläger beschäftigen.

Klier: In einem Jahr.

Moderator: Ich denke, dass wir heute Abend eine hoffentlich gute Diskussion haben werden. Guten Abend, Frau Klier.

Klier: Guten Abend.

Moderator: Als Zweiten darf ich vorstellen: Wolfgang Templin. Der Name ist auch schon mehrfach gefallen. Sie waren ganz stark beteiligt an der Vorbereitung des 17. Januar, haben, wir kommen darauf zurück, einiges getan. Sie haben Philosophie studiert, waren später Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften, sind 1983 aus der SED ausgetreten. Dann kam die Konsequenz auch in Form des Berufsverbotes. Arbeiteten dann in verschiedenen Oppositionsgruppen mit, eben auch in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“. Und Sie wurden im Rahmen dieser Veranstaltung, dieser Verhaftungsaktion und Abschiebeaktion, aus der DDR entfernt, kehrten Ende 1989, November 1989, zurück, arbeiteten dann am Runden Tisch mit und gehörten dann zu den Mitbegründern von Bündnis 90 / Die Grünen, waren dort Mitglied des Sprecherrates. Guten Abend, Herr Templin.

Templin: Guten Abend.

Moderator: Reinhard Schult, Sie haben sehr lange auch gegen das SED-Regime opponiert, das wird man so sagen dürfen. Sie haben Theologie studiert, verweigerten den Kriegsdienst, waren Bausoldat, haben mindestens seit 1978 in zahlreichen Oppositionsgruppen mitgearbeitet, haben auch mal wegen Ihrer Tätigkeit für „illegale Schriften“ acht Monate Haft bekommen, gehörten zur „Kirche von unten“ und waren 1987/88 eben auch in zahlreichen Zirkeln der Opposition beteiligt. Im Mai 1989 gehörten Sie zu den wichtigen oder zu den aktiven, sehr aktiven Teilnehmern der Überwachung der Kommunalwahlen, was ja auch ein wesentliches Thema in weiteren Veranstaltungen des Landesbeauftragten und möglicherweise der Havemann-Gesellschaft, ich weiß nicht, ob die Planungen schon so weit sind, sein wird. Aber das ist ja ein ganz zentrales Ereignis. Waren dann Mitbegründer des „Neuen Forum“ und einer der bekannten Abwickler der Stasi, „Bürgerkomitee 15. Januar“, und einfach in vielen vielen Zusammenhängen in Sachen DDR-Aufarbeitung aktiv. Guten Abend, Herr Schult.

Schult: Guten Abend.

Moderator: Last but not least, der Polit-Profi möge mir verzeihen: Markus Meckel. Pfarrer. Die EOS mussten Sie aus politischen Gründen abbrechen. Haben sich dann der Kirche zugewandt ...

Meckel: Das war ich schon vorher.

Moderator: Gut – noch intensiver der Kirche zugewandt. Haben dann in zahlreichen Zusammenhängen in der Opposition gearbeitet, waren – über diese Zusammenhänge 1987/88 sprechen wir gleich – dann Mitbegründer der SDP in der DDR, der Sozialdemokratischen Partei, die dann nach einigen Monaten zur SPD wurde, und sind seit 1990, seit Anfang 1990 als SPD-Politiker tätig, u.a. erster und letzter Außenminister einer frei gewählten DDR-Regierung und heute MdB der SPD und u.a. Ratsvorsitzender der Stiftung Aufarbeitung. Guten Abend, Herr Meckel.

Meckel: Guten Abend.

Moderator: Ich bin schon vorgestellt worden, ich muss mich nicht mehr vorstellen.

Meine Damen und Herren. „Aufbruch oder Niederlage“, so lautet ja der Titel unserer Diskussion heute Abend. Und ich hatte gesagt, wir haben hier die Chance, vier Zeitzeugen mit einigermaßen unterschiedlichen Erfahrungen zu hören. Und deshalb die erste Frage fast gleich an alle unsere vier Teilnehmer: Wie haben Sie denn am Vorabend die Situation unmittelbar vor dem 17. Januar 1988 erlebt? Frau Klier, vielleicht können Sie zuerst erzählen.

Klier: Ja. Also, ich war ja Mitglied der Solidarischen Kirche. Und wir haben genau das getan, was Sie vorhin gesagt haben: Wir haben uns zusammengesetzt mit der Frage: Wie gehen wir um damit? Wie stehen wir zu dieser Ausreisegruppe? Begleiten wir sie? Distanzieren wir uns? Das war eine sehr indifferente Geschichte. Und ich hatte ja nun mit Stephan [Krawczyk] zusammen diese beiden Luxemburg-Zitate ausgesucht. Das eine: „Freiheit ist immer ...“ – aber ich sage das jetzt mal bei der Gelegenheit, es wird oft falsch zitiert – „Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden“, und das „auch“ wird immer weggelassen, es wird immer gesagt „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Das hat aber keine Logik. Also, das haben wir rausgesucht. Und ich habe am Vorabend meine Meinung mindestens zweimal geändert, weil ich da auch selber zerrissen war: Ich hatte einen guten Kontakt zu diesen Ausreiseleuten. Ich selber habe mit Günter Jeschonnek studiert, der die Ausreisegruppe leitete. Er war mein Regie-Kommilitone, wir sind bis heute befreundet. Und ich hatte immer viel Verständnis. Aber es passierte auch, dass sich viele von den Ausreiseleuten gerade an uns geheftet haben, an Stephan [Krawczyk] und mich, weil sie gemerkt haben, wenn sie in unserer Nähe gesehen werden, beschleunigt das ihre Ausreise. Damit haben sie uns immer ein Tempo aufgezwungen, das jetzt nicht meins war. Wolfgang Templin und Lotte haben eigentlich durchgängig gesagt: „Trotzdem. Das sind Menschenrechte.“ Ich hab mir das auch gesagt. Aber ich hab in der letzten Sekunde doch darauf verzichtet, mitzugehen bei dieser Demonstration, weil ich gesagt habe: „Ich will nicht, dass die mein Tempo bestimmen dann bei solchen Sachen.“

Moderator: Sie haben es gesagt: Wolfgang Templin hat es etwas anders gesehen. Ich glaube, man kann schon sagen, Sie haben im Vorfeld des 17. Januar 1988 geradezu getrommelt für die Teilnahme an dieser Demonstration, also für das Sich-Einschleusen in eine SED-Demonstration.

Ich bin sicher, dass das hier im Saal bekannt ist, aber ich sage es noch mal in dieser Deutlichkeit. Kann man das so sagen: Sie haben getrommelt. Und wenn man das so sagen kann – Was waren Ihre Motive?

Templin: Was man sicher sagen kann, die Jacke ziehe ich mir auch an, dass ich bewusst und sehr forciert für dieses Zusammengehen geworben habe. Dieses Einschleusen (aber auf den Punkt müssen wir ohnehin noch kommen), dieses Einschleusen in diese SED-Demonstration verkennt die Dimension dessen, was damals passiert ist, völlig, unabhängig davon, wer sich beteiligte. Es gab die Leute, die raus wollten – bei mir wird der Begriff „Ausreiser“ nicht auftauchen, das ist ein falscher, das ist ein Diskriminierungs-, ein Verharmlosungsbegriff; die konnten ja nicht ausreisen -, also diejenigen, die raus wollten, oder diejenigen, die bleiben wollten, die Oppositionellen. Die Idee, so etwas wie diese Luxemburg-Demonstration, eine der zentralen Identifikations-Demonstrationen dieser geschichtspolitisch aufgeladenen DDR, als Punkt zu nehmen, an dem man diese ganze Geschichtskonstruktion entlarvt, die ist älter, die spukte in mir schon, und ich habe es auch von anderen gehört, früher häufig mal im Kopf rum, völlig unabhängig vom konkreten Realisierungspunkt. Warum? Weil die Sprengkraft dessen so überwältigend war – und da muss man sich die Reaktion der nächsten Tage, die propagandistischen, angucken. Die waren im Zentrum ihrer Schizophrenie, sich mit Luxemburg auf jemanden einzulassen, die zwar Kommunistin war, aber nicht diesen kaderkommunistischen Weg gehen konnte, weil sie ermordet wurde. Sich auf Thälmann einzulassen, war ja folgerichtig, und auf alle anderen. Aber mit Luxemburg – ich komme später noch mal auf eine Folgegeschichte des Jahres 1989/90, die das zeigt -, sich mit Luxemburg einzulassen, zeigte so den Nerv dieser Geschichtsverfälschung, so dass die Herausforderung, das zu nutzen, schon länger stand. Jetzt aber zum Konkreten. Ich bin natürlich, und da gebe ich Freya [Klier] im Nachhinein, was die eigene Empfindung betrifft, Recht – hin und her gerissen. Für mich hat dieses Ereignis beides: das Moment von Aufbruch und von Niederlage. Ich stehe zu der Absicht und den Motiven, die wir hatten, das zusammenzubringen, und das hat sich in der Folge auch gezeigt. Was mir hinterher natürlich zu schlucken gab, auch als wir schon draußen waren, dass ich im konkreten Falle merkte, wie weit nicht nur die Motive der Beteiligten auseinander lagen, sondern dass ich, und da könnte ich Freya [Klier] mit ganz ähnlichen Worten wiederholen, bedauert habe, dass Leute, die sich aus guten und legitimen

Gründen entschieden hatten, zu gehen, ein Stück sogar mit uns zusammen gingen, dass die danach nicht mehr vorhanden waren. Private Entscheidung, zu gehen - ohne Diskussion. Private Entscheidung, danach zu machen, was man in der Freiheit machen kann und will - ohne Diskussion. Aber vorher sich förmlich mit in diese Solidarität zu begeben und hinterher nicht mehr da zu sein – das war für uns schwer zu ertragen. Für uns alle gilt, und das, denke ich, bei allen Unterschieden oder Diskussionen, die Sie hier merken: Wir haben als Oppositionelle in dieser DDR gelebt. Wir hatten gute Gründe zu sagen: Wir bleiben. Und wenn wir aus verschiedenen Gründen dann im Westen angekommen sind, mit oder ohne Pass, haben wir in dieser Bundesrepublik als Oppositionelle weiterexistiert, mit einer Aufgabe, die wir hatten und an die wir uns selbst gebunden hatten. Und da kommen dann sicher aber noch ein paar Zitate, die das zeigen. Insofern ist die Folgegeschichte: Was hieß es, diesen Sieg, ich würde es fast „Pyrrhussieg“ nennen, zu erringen, uns rauszukriegen? Und was fingen sie dann an mit dem Problem? Die wollten uns raushaben. Das war eine komplette Aussperrung, für mich und andere galt das ja mit DDR-Pass. Und wir saßen ihnen so auf den Hacken. Jeder Maßnahmeplan 1988/89, bei mir und den anderen, zeigt das. Die Frage: Jetzt haben wir sie draußen. Aber die können und wollen und kommen doch zurück. Wir haben mit der Kirche so gedealt, dass wir ihnen die Möglichkeit lassen mussten. – Und dann trat diese verrückte Situation ein, dass wir ihnen nicht von drinnen, sondern von draußen im Nacken saßen, nicht in der Situation des Ein-, sondern des Ausgesperrtseins. Roland Jahn und ich haben einen völlig absurden Prozess vor uns, obwohl wir beide nicht gerichtsfixiert sind, der wird uns bis nach Karlsruhe führen, weil Roland Jahn komplett unfreiwillig physisch rausgesetzt wurde, ich unter Zwang und Erpressung. Ich war DDR-Bürger draußen, er war formell zwar nicht mehr DDR-Bürger, aber auch nicht ausgebürgert. Und jetzt geht es um staatsbürgerschaftsrechtliche Grundsatzfragen: Kann man das mit einem Verlassen der DDR, was die übliche Passkonstruktion bedeutete, vergleichen? Ich sah mich als DDR-Bürger, räumlich außerhalb des Territoriums der DDR, aber als Staatsbürger blieb ich Mitglied der DDR.

Moderator: Sie sind jetzt schon ein bisschen sozusagen vorausgaloppiert. Wir wollten noch mal ganz kurz bleiben beim 17. Januar, beim Vorabend des 17. Januar. Herr Schult, ich weiß, Sie haben das später sehr scharf kritisiert, das ist ganz klar. Ich würde Sie trotzdem jetzt noch mal bitten,

aus der Rückschau vielleicht etwas zum Abend des 16. Januar zu sagen. Oder wann haben Sie denn erfahren von diesen geplanten Veranstaltungen? Und was waren Ihre Gefühle im Vorfeld der Ereignisse? Was haben Sie davon gehalten?

Schult: Fangen wir erst einmal mit dem Abend des 16. an. Ich war in der Husemannstraße 3 in meiner Wohnung und sah vom Balkon. Herbert Mißlitz kam, der auch einer der Verhafteten am nächsten Tag war, in Begleitung von acht Stasi-Leuten, die im Hautkontakt hinter ihm liefen. Herbert Mißlitz kam in die Wohnung und sagte, er sei jetzt mit Vera verabredet und sie wollten morgen zur Demo gehen. Da habe ich gesagt: „Seid Ihr denn wahnsinnig?“ Er sagte, er muss zu Vera hingehen; er würde versuchen, sie noch irgendwie umzustimmen. Von daher stimmt die Darstellung von dem Vortrag nicht, dass Vera Wollenberger nicht gewusst hätte, dass die Gruppen nicht mitmachen wollten. Herbert ging wieder in Begleitung seiner acht Stasi-Leute. Sie haben in der Nacht noch Katze und Maus mit den Stasi-Leuten gespielt, haben versucht, ist ihnen auch gelungen, die abzuhängen, und sind dann am Frankfurter Tor, als sie da hinhinmarschierten, hops genommen worden. Herbert hat in den Aussagen auch bei der Stasi dargestellt, dass er gar nicht hin wollte, sondern nach Hause. Und ihn haben sie nach drei, vier Tagen auch aus der Untersuchungshaft entlassen, weil sie ihm das nicht haben nachweisen können, die Beteiligung oder die Vorbereitung an der Demo. Der letzte Auftritt von Freya Klier und Stephan Krawczyk fand am 11. Januar statt, in der Friedrichsfelder Kirche, das war eine Eröffnungsveranstaltung des Friedenskreises Friedrichsfelde, die gegen den Willen des Generalsuperintendenten und des Gemeindegemeinderats durchgezogen worden ist. Der Stasi-Pfarrer, IM [Inoffizieller Mitarbeiter] Gartenschläger, der damals unser Friedenskreispfarrer war, hat die Sache durchgezogen und wurde dann von der Kirchenleitung abgesetzt. Das ist aber eine andere Geschichte, da entspannt sich ein Kirchenkampf. Und an dem Abend kamen Herbert Mißlitz und Katharina Harich und sagten: Wolfgang Templin rennt hier durch die Gegend und sagt, alle Gruppen machen hier mit bei der Luxemburg-Liebkecht-Demo. Und: Geht Ihr da auch hin? Wir meinten: Na ja, also, eine völlige Schnapsidee. In der Kirche waren viele Leute von den Gruppen da, auch von der IFM [Initiative für Frieden und Menschenrechte]. Wir kriegten Kontakt und sagten: Wir gehen auch nicht hin. Dann hat auch irgendwer gesagt: Na ja, müssen wir mal überlegen. Aber eigentlich

ist es auch eine völlige Schnapsidee. Und auch mit den Ausreisern. Dadurch sind hunderttausend Leute da, da gehen wir dann unter. Und das ist auch so eine Grenze. – Wir hatten ja gerade diese UB [Umweltbibliothek]-Aktion überstanden gehabt, mit einem vollen Erfolg. Und das ist so eine Grenze gewesen, wo wir sagten: Na ja, das kriegen wir auch innerhalb der Bevölkerung nicht richtig vermittelt. – Wir waren 1987 bei der UB-Aktion erstmal aus dem Ghetto der Gruppen rausgetreten, haben die Solidarität der Bevölkerung erfahren und auch erfahren, wie die so ticken. Und haben gesagt: Also, Luxemburg ist noch was anderes als Stalin, Thälmann und Lenin. Das kriegen wir nicht vermittelt, wenn wir da mit marschieren und diese, auch von vielen als Sakrileg verstandene, Aktion machen. Und das war in den Tagen auch klar, dass keiner von den Gruppen hingeht. Und ich war dann am Abend, Sonnabend, überrascht, als Herbert vorbeikam, dass Vera und dass die drei UB-Leute hingingen. Das habe ich auch erst danach erfahren. Von Stephan [Krawczyk] wusste ich das schon, dass der überlegt hatte usw. usf. Und ich dachte, das hat sich dann auch erledigt gehabt.

Moderator: Herr Meckel, Sie haben am Abend des 16. wohl ein Gespräch gehabt in dieser Angelegenheit, wenn ich es richtig gelesen oder aufgeschnappt habe.

Meckel: Ich habe es nicht geschrieben, aber andere können es geschrieben haben. Wir waren, ich weiß nicht, ob es am 16. war ...

(Martin Gutzeit): Das war am 16.

Meckel: Wir trafen uns an jenem Tag zufällig, was mit diesen Planungen überhaupt nichts zu tun hatte. Wir trafen uns regelmäßig in einem Arbeitskreis, der sich „Theologie und Philosophie“ nannte. Dort versuchten wir, uns über die Situation in der DDR klar zu werden, die Situation zu analysieren und nach Handlungsstrategien zu suchen. Dies war ein theoretisches Anliegen, besaß aber, wie sich ja später zeigte, durchaus einen praktischen Hintergrund. An diesem Abend kam Wolfgang Templin in unsere Runde. Wir trafen uns übrigens normalerweise in der Tieckstraße, in der Wohnung des vor einem halben Jahr leider verstorbenen Peter Hilsberg, dem Vater von Stephan Hilsberg. Wolfgang [Templin] stand zu dem Kreis in lockerer Beziehung war, er nahm gelegentlich teil. Er kam also

und erzählte von diesem Vorhaben. Es gab entsprechend intensive Diskussionen darüber. Ich kann nur für mich selber sprechen, dass ich es für eine nicht sehr kluge Idee hielt und fragte: Mit welcher Perspektive? Mit welchem Ziel? Sollte es einfach nur ein Bild im Fernsehen geben, das zeigen würde, „da gibt es welche“? Welche Perspektive das haben sollte, schien mir nicht klar genug zu sein. Dazu kam auch die ungeklärte Situation in Bezug auf die Ausreisegruppen. Die Freiheit, auszureisen, die ja mit Sicherheit ein Menschenrecht ist, war etwas anderes als die Veränderung der Situation im eigenen Land. Es gab die Erfahrung, dass einige Leute eigentlich nur in die Oppositionsgruppen kamen, um ihren eigenen Ausreiseprozess zu beschleunigen, was in Oppositionskreisen auch gewisse Spannungen und manche Schwierigkeiten hervorrief. Von anderen wiederum habe ich gehört: „Ich halte es hier nicht mehr aus. Ich habe einen Ausreiseantrag gestellt. Doch in der Zeit, in der ich noch hier bin, will ich mich hier auch engagieren.“ – Insofern muss man hier von Person zu Person unterscheiden und darf nicht pauschalisieren. Klar ist, dass es Spannungen zwischen jenen gab, die aus der DDR heraus wollten, und jenen, die sagten: „Das Schlimmste ist, dass sie mich rausschmeißen. Ich will hier etwas verändern.“ – Das waren eher prototypische Unterschiede. Und auf ein solches Projekt wollten wir uns nicht einlassen. Über die Zeit danach, über die Konsequenzen, sollten wir vielleicht danach noch reden. Aber die Frage war ja zunächst, was an jenem Abend geschah. Und insofern: ein klares Nein zur Beteiligung an dieser Demonstration.

Moderator: Möchten Sie gleich hier nach Ihrer Erinnerung an den Abend, an das gemeinsame Gespräch, kurz etwas beitragen?

Templin: Nein. Wichtiger ist das Gespräch. Ohne dass ich es jetzt im Einzelnen so rekonstruieren kann, steht es mir als Gespräch dieser Zeit, als mögliches Gespräch dieser Zeit vor Augen. Ich war in dieser Woche garantiert jeden Abend, fast jeden Abend in verschiedenen Runden. Aber weil ja vorhin die Frage war, wie sich das für den einzelnen gestaltete: Am Sonntag, ich wäre gegangen. Das ist aus dem, was hier gesagt wurde, sicher klar. Also, ich wäre hingegangen. Ich hatte nur meine Erfahrung bei der Aktion „Falle“. Präzisierend muss man sagen, das war die Nacht des 25. , das ist mein Geburtstag, also 25. November [1987]. Die haben ja kurz nach Mitternacht, glaube ich, dort angefangen und das hat sich über die Nacht erstreckt. Als ich da am nächsten Abend versuchte, zur Zi-

onskirche zu kommen, wurde ich, ich hatte mich kaum der Kirche genähert, weggegriffen, eben nicht verhaftet, sondern diese Zuführung, wo die einen dann einfach mitschleppten und dann irgendwo festsetzten. – Und bei mir war schon ab Sonnabendnacht, also nachdem ich zurückkehrte, sicher auch schon mit personeller Bedeckung, vor dem Haus alles dicht, die standen über den Sonntag verteilt bis in den Hausflur, also bis vor die Haustür rein. Das, was mir vor Augen stand, war – man kann es dann Hausarrest nennen: Wenn ich die Wohnungstür aufmache, dann greifen die zu ohne Federlesens, und dann bin ich weder dort, wo ich hin will, noch in der Wohnung, wo ich vielleicht noch die Möglichkeit habe, was zu machen. Warum die nicht am 17. [Januar 1988] die Wohnung gestürmt haben, was sie ja auch jederzeit hätten machen können, sondern diese Aufschubsituation bis zum 25. einsetzte, muss weiter rekonstruiert werden. Aber zur Verdeutlichung: Ich selbst und andere sind nicht etwa wegen dieser Demonstration verhaftet worden, wegen der Vorbereitung und Beteiligung. Haftgrund war ein jahrelang aufgetauter Katalog an Vorwürfen, der mich schon längst hätte wegbringen können, nach dem, was die strafprozessual in der Hand hatten. Der Vorwurf war „landesverräterische Agententätigkeit“. Und auch der Vorschlag, der explizite Vorschlag, doch endlich zu gehen, also das Land zu verlassen, ist jahreal. Der ist bei mir oder bei anderen nicht erst etwa ein, zwei Monate vorher gemacht worden. Ab 1983/84, also mit meinem wirklich letztendlichen konsequenten Bruch, ist in jeder Zuführung immer wieder dieses Angebot, wie die es ja höhnisch meinten, oder dieser Druck gekommen: Nun gehen Sie doch endlich. Wir stellen Ihnen den Möbelwagen. Warum bleiben Sie eigentlich? Was haben Sie hier verloren? – Und die immer wieder erklärte, dann von mir auch offensiv zurückgegebene Antwort: Das ist nicht Ihr Land. Das ist genauso gut meines. – Das hat die natürlich noch wütender gemacht. Das war schon eine komplette Schizophrenie: Wir sind diejenigen, die nicht rausgehen, obwohl wir das System schon frontal ablehnten und dagegen arbeiteten. Und die anderen, die raus wollen, kommen nicht raus. Insofern musste ich mich sowohl auf eine Haftsituation vorbereiten, so gut oder schlecht man das immer kann, als auch auf die Situation, dass die dann versuchen würden, es in ein Raussetzen zu verwandeln. Ich war fest entschlossen, nicht zu gehen. Dass das denen binnen drei Tagen gelang, ...

Moderator: Dazu kommen wir gleich noch. Wir wollen diese Situation der Zeitzeugen, die wir hier haben, wirklich „ausnutzen“. Frau Klier, ganz kurz: Was haben Sie am 17. gemacht?

Klier: Ich will auch ganz kurz mal die Gesamtsituation in Erinnerung rufen und was dem vorausgegangen ist. Also das Eine haben wir jetzt schon angesprochen. Und da muss man sich vorstellen, wir haben ungefähr so 1980 angefangen, uns in der DDR zu vernetzen. Und es gab diese Ausreisegruppe, von der wir sprechen, die hat eigentlich immer alle sehr belastet. Und ich denke, das ist ein Problem aller osteuropäischen Staaten gewesen, dass man mit Menschen zusammenarbeitet, die irgendwann gehen. Und dieses Bleiben oder Gehen, das hatte immer diesen Beigeschmack von Verrat oder Versagen und so, und hat sowohl die belastet, die gegangen sind, als auch die, die geblieben sind. Also das ist wirklich in der Langzeitdimension mitzudenken. Das Zweite war eigentlich ein Erfolgserlebnis, was wir gerade gehabt hatten. Und es war im Zusammenhang mit der Umweltbibliothek, die ja gestürmt worden ist, das ist vorhin gesagt worden. Und da haben wir eigentlich in einer ziemlichen Breite – mit rundum Mahnwachen, und alle zusammen und quer durch Gruppen usw. – relativ schnell die Freigabe der Leute erreicht und eine internationale Öffentlichkeit, d.h., wir hatten eigentlich ganz gute Erfahrungen. Wir haben es aber nicht verstanden, das für uns so auszuwerten, dass wir alle zusammen sagen: Okay, wo waren denn die Probleme? Wo hat es gehakt? Wer ist ausgeschlossen gewesen? – Wenn wir das gemacht hätten, wäre es wahrscheinlich im Januar nicht so völlig eklektisch irgendwie aneinander vorbeigelaufen.

Moderator: Es ist ja so, dass wir schon angefangen haben, über die Reaktionen des Staates, des Regimes zu hören, von Herrn Templin vor allem. Herr Meckel, Herr Schult, die Frage an Sie beide als nicht ganz so direkt wie Herr Templin daran Beteiligte: Mag diese wirklich radikale Lösung, z.B. Ausbürgerung, auch daran gelegen haben, dass es eben eine Provokation zu einem für die SED heiligen Anlass war, dass also sozusagen das der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen gebracht hatte durch die Opposition? Es waren ganz verschiedene Stränge der Opposition, die sich ausgerechnet an diesem Liebknecht-Luxemburg-Gedenkmarsch beteiligen wollten. Es waren ja am Ende relativ, nicht relativ wenig, aber es waren weniger als von der Stasi offensichtlich befürchtet, wenn man in die Maß-

nahmepläne und so hineinguckt. Mag es an dieser Provokation gelegen haben? Welche Rolle wird das gespielt haben für die harte Reaktion des Regimes?

Meckel: Ich bin kein Historiker, der ausführlich die Quellen studiert hat. Ich kann hier nur aus meiner Erinnerung und aus meinen Eindrücken von damals heraus sprechen. Ich würde bestätigen, was Wolfgang Templin vorhin sagte, dass das nicht einfach über Nacht geschah. Der große Zusammenhang ist ja vorhin bereits beschrieben worden. Die Opposition arbeitete schon seit dem Ende der Siebziger-, dem Anfang der Achtzigerjahre. Natürlich ist dies alles nicht unkompliziert. Die Gruppen, die sich seit dem Ende der Siebziger- und dem Anfang der Achtzigerjahre gebildet hatten, hatten sich bis Mitte der 80er-Jahre bereits relativ gut vernetzt, so dass dann geschehen konnte, was vorher völlig unmöglich war. Bis dahin sahen wir im Fernsehen, wenn irgendwo etwas passierte. Seit Anfang der 80er-Jahre aber hat man sich gegenseitig besucht, versucht, Kontakt miteinander aufzunehmen. Man hatte Kenntnis voneinander. Ab ungefähr der Mitte der 80er-Jahre wusste man im Grunde sofort, wen man anrufen konnte, wenn irgendwo etwas passierte und man es in den Nachrichten sah oder hörte. Es war ja relativ wahrscheinlich, dass die Leute, die man in Dresden, Leipzig oder anderswo kannte, beteiligt oder gar die Initiatoren der jeweiligen Aktion waren. Das stimmte auch normalerweise. Es waren nicht überall Tausende, ausschlaggebend war die relativ gute Vernetzung der beteiligten Akteure. Das ging so bis 1987. Der sogenannte Olof-Palme-Marsch ist ja bereits erwähnt worden. Dies war das erste Mal, dass man den Kopf hinausstecken konnte. Es war ein halb offizielles, auch mit dem Westen vereinbartes Projekt, bei dem dann aber plötzlich Dinge geschahen, die nicht vereinbart waren und die sich nicht mehr stoppen ließen. Einige liefen dabei mit Schildern auf, woraus Ärger entstand. Dann kam der Honecker-Besuch bei Kohl. Kohl empfing Honecker, was ein lang ersehntes Ziel Honeckers gewesen war. Die Frage war, was danach geschehen würde. Nach dem Sturm auf die Umweltbibliothek im November musste auch dem Letzten klar sein, dass die DDR-Führung zu all dem, was vorher an sogenannter Entspannung oder Veränderung durchgeschimmert war – vielleicht die Perspektive, dass sich etwas ändert wie in der Sowjetunion mit Gorbatschow – nicht bereit war. Die Frage war nun, wie es weitergehen würde.

Moderator: Waren das Ihre damaligen Gedanken schon oder ist das jetzt analysiert?

Meckel: Das waren unsere damaligen Gedanken. Die Frage war, wie man damit umgehen konnte. Wir befanden uns damals gewissermaßen in einer Reflexionsphase. Während dieser Phase fand ich Aktionen wie die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zumindest wenig hilfreich. Das ist der wichtige Teil. (Nun habe ich leider Ihre Frage vergessen.)

Moderator: Es ging darum: Provokation. Waren die Folgen des Staates eine Folge der Provokationen?

Meckel: Nein, ich glaube, nicht. Das war die Folge dessen, was Freya [Klier] eben erwähnt hat. Nach den Verhaftungen vom November gab es erstmalig auch dort schon Mahnwachen, noch nicht so stark wie später, doch es ging bereits quer durch die ganze DDR. Ein Erfolg! Es gab Mahnwachen und verschiedene Aktivitäten, man stellte z.B. Kerzen in Kirchen auf. In den Städten geschah mehr als auf dem Lande, aber insgesamt waren die Aktivitäten über das ganze Land verteilt. Wir waren nahe dran, auch landesweite Aktionen durchführen zu können, und das war eine Basis. Wir überlegten immer: Was kann man denn nun in Bezug auf weitere Veränderungen auf Grundlage dieser Basis machen? Die DDR-Führung wollte die Verhafteten wegen des wachsenden Protestes am liebsten so schnell wie möglich los werden. Dabei kam der Regierung natürlich zugute, dass es auch Initiativen von Seiten derer gab, die ohnehin ausreisen wollten. Aber über die Ausreisen und wie diese konkret abliefen, kann von anderen noch einmal erzählt werden. Wir waren ja dagegen, dass Leute, die etwas verändern wollten, gingen. Ich kann sogar sagen, dass wir Anfang 1988 entsetzt darüber waren, dass die Verhafteten sich in den Westen entlassen ließen. Wir fanden es falsch, in dieser Situation in den Westen die Geschichten damals noch nicht, die oft dahinter standen, und wussten nicht, dass manchen aus ihrer Sicht nichts anderes blieb als die Ausreise. Das war die Perspektive, dass wir von außerhalb hatten, denn wir wussten natürlich nicht, wie sie betrogen worden waren. damit wie überhaupt gingen. Für uns war wichtig, denn wir wussten natürlich nicht, wie sie betrogen worden waren, damit sie überhaupt gingen. Für uns war wichtig, dass es landesweit Proteste gab – und das wollten wir fortsetzen. Es gab das erste Verfahren mit sechs Monaten, das in Revision ging, und

jeder wusste, dass es durch die Revision nicht mehr, sondern eher zu einer geringeren Haftstrafe käme. Wir meinten also, dass sie das hätten durchstehen müssen. Wir wollten mehr Druck auf dem Kessel, wir wollten, dass es weitergeht. Aber der Druck wurde durch die Ausreisen abgelassen, so unsere Perspektive von außen. Deshalb waren wir damals sauer auf diejenigen, die gingen.

Moderator: Bei Herrn Meckels Worten können wir sozusagen die Inkubation der Opposition beobachten. Das ist jetzt kein perfekter Begriff. Aber mit der Zeit stieg es dann an, und, so verstehe ich Sie jetzt, 1988 hatte es dann, oder 1987 mit dem Sturm auf die UB, einen Punkt erreicht, an dem es sozusagen das Regime fürchten musste und fürchtete, dass es wirklich ernst werden würde. Also, spielt das die größere Rolle als dieses provokative Element, was ich ja spekulativ ins Gespräch gebracht habe, Herr Schult?

Schult: Das provokative Element hat die Stasi oder Staatsmacht zu nutzen gewusst. In der ersten Woche vom 17. bis zum 25. [Januar 1988] waren die Gruppen ziemlich angepiept, waren angeödet. Die Gedenkveranstaltung und Mahngottesdienste waren schwach besucht. Viele kamen nur aus Pflichterfüllung, weil man sagte: Ja, man kann die jetzt Inhaftierten nicht sitzen lassen. – Und das hat der Staat schon ziemlich gut eingeschätzt, dass man das nicht vermitteln kann und dass das schon ein Schlag ins Wasser für die Opposition gewesen ist. Nach dem 25. ging es ans Eingemachte. Da war klar, wenn wir uns jetzt nicht wehren, sammeln sie uns alle ab. Und dieser Druck, auszureisen, das war die ganzen 80er-Jahre auch so, war ja auch vorher schon so. Nach dem Knast hat man mir auch angeboten, sowohl von der Kirchenleitung wie vom Rechtsanwalt, dass ich ausreisen kann, dass es ganz schnell gehen wird. Und vielen Leuten hat man das nahegelegt. Von daher wusste man ja auch, dass das Regime nicht mehr wie in den Fünfziger-, Sechzigerjahren Schauprozesse durchführt und Todesurteile oder langjährige Zuchthausstrafen verhängt, dazu war es in den 80er-Jahren zu schwach. Deshalb hat man auf Zersetzungsstrategien gesetzt, um die Leute rauszudrängen. Und dass man denen damit einen Gefallen tut, wenn man ausreist, wenn man einen Ausreiseantrag stellt, das war jedem irgendwie klar, und dass man auch die oppositionellen Zusammenhänge schwächt. Und die Erfahrungen lauteten ja auch, dass viele Leute, die hier auch politisch tätig gewesen und dann rüberge-

gangen sind, sich dann nach ein paar Monaten nicht mehr gemeldet haben. Von daher war das für uns, oder für mich, keine Perspektive, rauszugehen. Ich habe auch gesagt, wer rausgehen will, soll rausgehen. Und das war auch schon der Konflikt mit meinem Freund Wolfgang [Templin], schon 1983/84, wo er noch in der konspirativen Gruppe war, wo Du dann Ausreise als revolutionäres Potenzial entdeckt hast. Und da waren dann doch schon die Streitigkeiten, wo wir uns dann damals auseinander dividiert haben, wo wir gesagt haben: Die Ausreiser, das sind jedes Jahr ein paar Tausende, Zehntausende. Und das ist das Thema, was man auf die Tagesordnung setzen müsste. Das ist Sprengkraft. Und da sind wir schon auseinander.

Klier: Ich will vielleicht noch mal einen historischen Aspekt hinzufügen, der noch nicht so richtig da ist. Wir sprechen immer vom Gegenüber des Staates und der Opposition. Ich denke aber, was wir mitbedenken sollten, dass damals ja bereits der Staat selber sich spaltete, z.B. in der Staatssicherheit. Am langen Arm eben von Moskau, von der Gorbatschow-Gruppe. Es sollte ja praktisch die Regierung ausgewechselt werden. Deswegen ist ja Markus Wolf dann zum Schluss schnell noch zum Schriftsteller geadelt worden, damit er nicht das Amt übernimmt als Vizechef der Staatssicherheit. Das hat zur Folge gehabt, dass auch die Staatssicherheit eigentlich in zwei Gruppen zerfallen war, nämlich in welche, von denen wir immer gesagt haben, das sind die Hardliner; und die anderen, das waren die Flexibleren. Als ich im Gefängnis saß, habe ich beim Verhör ganz scharf meinen Vernehmer attackiert, genau deswegen. Und da passierte Folgendes, da habe ich gesagt: „Ihr seid doch dran Schuld“ – wie das so ist, was man dann so sagt irgendwie –, „Ihr habt die Menschen verrückt gemacht, Ihr habt das Land kaputt gemacht.“ – Und da sagt der plötzlich, und das war wirklich ehrlich: „Was wollen Sie denn? Wir sind doch hier auch nicht alle gleich.“ So. Also, das heißt, da habe ich gemerkt, dass das wichtig ist. Und man kann es ja bis zum Schluss sehen, bei der großen Demo, wo ja praktisch viele Stasi-Leute sich in Zivil unters Volk gemischt haben und so. Es ging ja darum, dass die praktisch die Macht übernehmen sollten und die Honeckers, die Mielkes usw. abserviert werden sollten. Das gehört nun alles noch dazu. Und plötzlich agierte das Neue Deutschland, das auf der Hardliner-Seite blieb, mit den Methoden der Fünfzigerjahre. Als ich schon im Gefängnis saß und da auch nichts hatte, ich hatte keinen einzigen Kontakt, keinen, außer zu Wolfgang Schnur, da

kriegte ich einmal das Neue Deutschland reingereicht. Und das war wirklich wie im Tonfall der Fünfzigerjahre, so dass auch Schnur, der ja zitterte, gesagt hat: „Es ist aus.“ Als ich ins Gefängnis reingekommen bin am 25. Januar, war genau das passiert vorher, was der Reinhard Schult gerade angesprochen hat: Der Potest dümpelte vor sich hin und er nippelte ab. Und ich sah aus alledem, was Schnur damals irgendwie immer berichtete, der ja von Stephan [Krawczyk] aus dem Gefängnis kam – und ich denke, dass ich wirklich als Einzige das gesehen habe –, dass die ein ganz großes Ding vorhaben. Da war ich die Einzige, die das gesehen hat. Und die Temperatur der anderen war so: Jeder hat sich für seinen Kreis stark gemacht, was ja auch okay ist

Schult: Nein.

Klier: Komm, Reinhard. Ich habe Tagebuch geschrieben, und da kann jeder nachlesen, was Ihr gemacht habt, als Erinnerung an diese Zeit. Das war der Grund, warum ich dann diesen Appell gemacht habe. Draußen im Land, sage ich mal, außerhalb dieses kleinen Berliner Zirkels, waren viele Menschen, die eigentlich Stephan [Krawczyk] kannten aus den Auftritten, das war unser Publikum. Die haben gesagt: Warum passiert da nichts in Berlin?? Warum macht Ihr nichts? – Ich habe gesagt: Es passiert zwar was, aber es ist lahm und es klemmt. Ja, Bärbel Bohley wurde dann ja von Stolpe in ein Krisentelefon eingebunden. Und dann habe ich gesagt: Jetzt mache ich das alleine. – Und habe dann praktisch diesen Appell heimlich aufgenommen, zusammen mit Ralf Hirsch. Wir haben den dann nach West-Berlin geschmuggelt, dort lief er über die Tagesthemen. Und da war ich auch so wütend, da habe ich praktisch nur noch die Freilassung von Stephan Krawczyk gefordert. However. Als ich drin war im Gefängnis und Schnur am nächsten Tag angeweiht kam – und hier bitte ich noch mal, da wirklich zu bedenken, dass Herr Schnur bis zu seiner Enttarnung, und darüber hinaus, als Heiliger galt, als Heiliger der Kirche. Als Stephan [Krawczyk] und ich im Zuge unserer Ausbürgerung in diesem Kleinbus nach West-Berlin transportiert wurden, haben wir uns ja zum ersten Mal gesehen, zum ersten Mal Kontakt gehabt. Und da ist zum ersten Mal der Satz gefallen, dass an Schnur irgendwas nicht stimmen kann, dass der irgendwie nicht okay ist. So. Als wir das aber jemandem gesagt haben danach, das war ja nur praktisch anderthalb Jahre vor dem Mauerfall und damit vor seiner Enttarnung, sind wir aufs Böseste beschimpft und belei-

digt worden, wie wir diesem hervorragenden tollen Wolfgang Schnur überhaupt Misstrauen entgegenbringen können. Das will ich nur bemerken, weil sich ja über die Zeitmaschine Vieles dann doch anders zusammenschiebt. Das war die einzige Kontaktperson, die ich im Gefängnis hatte. Und der kam ran, zitterte am ganzen Leibe und sagt: „Freya, das war zu viel, was Du jetzt gemacht hast. Durch den Appell hast Du Bärbel Bohley mit reingerissen, hast Du Fischer mit reingerissen, die Lotte und Wolfgang Templin!“ Am nächsten Tag hatte ich mit ihm noch mal eine Besprechung. Ich sage: „Was ist denn los draußen, Wolfgang [Schnur]?“ Und da hat er gesagt, und da liefen ihm die Tränen übers Gesicht: „Freya, es ist niemand, die sind alle sauer, es gibt keine Solidarität mehr.“ – Das ist jetzt doof, weil man irgendwie ja weiß, draußen, und Du hast es schon gesagt, alles war voll und die Gottesdienste, und da ging es auch richtig los. Ja, es hatte eine Logik. Und dann habe ich ihn zwei Tage nicht gesehen. Und er erzählte mir dann immer auch von Stephan [Krawczyk] irgendwas, was nicht stimmte. Also, der hat richtig wie in einem Schiller-Stück schurkenmäßig das ganz fein gespielt. Und das hat er nicht alleine gemacht, da standen irgendwie noch tausend Leute dahinter bei dieser Geschichte. Es wurde nicht gesagt: „Ihr könnt ausreisen.“ Sondern es kam der Punkt, nach einer Woche ungefähr, da sagte Schnur zu mir: „Also, Freya, es hängt jetzt an Dir. Die anderen können entlassen werden, wenn Du nachgibst. Der Prozess wird sein. Aber es wird jeder von Euch nicht länger als ein Jahr schmoren. Und die anderen, wir haben die Zusage als Kirche gekriegt, die anderen können sofort raus.“ So. Dann habe ich eine Nacht drüber geschlafen und schließlich gesagt: „Dann machen wir das so.“ Das war der Vorgang. Und am Nachmittag ging die Tür auf, da kam plötzlich Herr Vogel herein und legte uns ein Papier hin und sagte: „Sie können gleich ausreisen.“ Stephan [Krawczyk] hat aber auch gesagt: „Wir wollen aber nicht ausreisen!“ Ich bekräftigte: „Ja klar, wir wollen nicht ausreisen.“ Aber wir merkten plötzlich, hier wurde was anderes gespielt. – Irgendwie haben wir dann unsere Unterschrift geleistet, ich glaube, zwei Stunden später. Stephan [Krawczyk] hat noch ganz schlau gesagt: „Wenn wir jetzt hier rausfliegen, dann nur, wenn ich mein Kind und meine geschiedene Frau mitnehmen kann.“ Weil die einen Ausreiseantrag laufen hatte. Und dann sind wir irgendwann in den Bus verfrachtet worden. Da haben wir uns dann zum ersten Mal – noch wie benebelt, muss ich sagen, das ging ja ruckzuck alles – verständigt, was jetzt hier eigentlich abgelaufen ist, auch, wie wir gelinkt worden sind.

Moderator: Ich möchte nur, bevor ich Wolfgang Templin das Wort gebe, eine ganz klitzekleine Lese Frucht, die ich heute in dem entsprechenden Teil in der entsprechenden Stasi-Akte gefunden habe, beitragen zu dem, was Sie gesagt haben: Auch in der Stasi war schon Destruktion oder war Trennung. Es gibt in den Akten ein einzelnes Papier, eine Anzeige von einem Oberleutnant, der dabei ist und der sich beklagt, dass ein anderer Genosse, also offensichtlich auch ein Stasi-Mann, Namen sind natürlich alle geschwärzt, gegen die Festnahme der AGST-Leute am Frankfurter Tor unter Kollegen agitiert habe. Der wird angezeigt von einem Kollegen, von einem Oberleutnant. Ich weiß nicht, ob Herr Wunnicke mehr dazu weiß, das frage ich Sie vielleicht hinterher noch, das fand ich ausgesprochen spannend. – Jetzt aber bitte Herr Templin.

Templin: Also das, was Freya Klier zu Schnur sagte, kann ich zu de Maizière ergänzen und beisteuern, da ich den hatte. Weil der dritte saubere Mann, Gregor Gysi, zu besetzt war. Also de Maizière, den ich vorher plus/minus meinte, als Rechtsanwalt schätzen zu können, schlotterte wie Espenlaub. Und ich dachte: Wer sitzt hier eigentlich im Zuchthaus? Er oder ich? – Vielleicht war das Schlottern auch durch seine Rolle bedingt. Die Rollen waren verteilt. Bei mir sah seine Rolle so aus, mir klarzumachen: Also, ich bin der Eisbrecher. Wenn ich in irgendeine Möglichkeit, die sie dann haben, einwillige, dann werden die anderen quasi auf Rosen gebettet. Ich sei der Ex-Marxist und der Fanatischste usw. Und ich müsse jetzt diesen Kompromiss mit vorbereiten. – Jeder Versuch von mir, Konkretes, Konkreteres zu erfahren, scheiterte. Ich wusste ja einiges, dennoch fragte ich: Was ist draußen los? – Abgewiegelt. Und dann kam die Erpressung, diese Erpressungsvariante mit den Kindern. Die Frau ist auch drin, Lotte, die ja auch hier ist. Und das war der Punkt. – Aber ich will nun auf das viel Entscheidendere kommen, was danach passierte. Und hier zitier ich aus dem Papier, was nun Lotte und mich betrifft, aber für jeden anderen derer, die rausgekommen ist, denke ich, genauso gelten könnte. Ich zitiere es nur, weil es mir hier vorliegt. Der Auslandsaufenthalt, wie der in den Augen der Staatssicherheit gesehen wurde. „Ihr gesamtes Auftreten während des Auslandsaufenthaltes in der Öffentlichkeit ist gekennzeichnet durch Aktivitäten und Initiativen, die die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung angreifen bzw. eine Aufwiegelung gegen sie darstellen. Insbesondere Templin, Wolfgang, aber auch seine Ehefrau versuchen ständig, Kräfte des politischen

Untergrunds in der DDR zu feindlich-negativen Handlungen zu inspirieren und unterhalten enge Verbindungen zu Organisationen und Personen, deren Tätigkeit gegen die DDR gerichtet ist. Das betrifft vor allem solche Organisationen wie Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog, Initiative Freiheit für Andersdenkende und Ost-West-Diskussionsforum sowie Arbeitskreis ehemaliger DDR-Akademiker und hinlänglich bekannte feindliche Personen wie Hirsch, Jahn.“ – Fuchs müsste dazu kommen. Das waren natürlich Kontakte, die wir zum Teil schon vorher hatten, die wir entwickeln konnten. Und natürlich konnten wir dann frei agieren in der Bundesrepublik. Das sind Kontakte, das sind Freundschaften, die damals entstanden sind und bis heute halten. Und ich sehe auch eine ganze Menge der Beteiligten hier. „Weiterhin arbeitet Templin, Wolfgang, eng mit oppositionellen Gruppierungen in anderen sozialistischen Staaten zusammen mit dem Ziel, durch die Entwicklung einer sogenannten blockübergreifenden Basisbewegung eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und anderen sozialistischen Staaten herbeizuführen. Zur Propagierung ihrer feindlich-negativen Zielstellung benutzen beide Personen ebenfalls Massenmedien der BRD und anderer nicht-sozialistischer Staaten sowie Auftritte auf DDR-Forschartagungen im westlichen Ausland. Veröffentlichungen erfolgten gleichermaßen in der Untergrundzeitschrift ‚Grenzfall‘.“ Also, vom Tisch gewichen sind wir ihnen nicht. Bei diesem Deal mit der Kirche, auch noch schön Studienaufenthalt genannt, zumindest für einen Teil der Beteiligten, konnten die zwar die Einreise sperren. Aber ich erinnere mich noch, wie wir die Pässe schwenkten. Wir waren als Mega-Absurdität, als ausgesperrte DDR-Bürger mit festem Rückkehrwillen in der Bundesrepublik und konnten jedem Bundesrepublikanischen gegenüber nur erklären: Nein, die Erleichterung des Passes nehmen wir nicht an. Wir wissen, was die Folge ist. Die Erleichterung des Integrationsangebotes können wir nicht annehmen. Wir sind DDR-Bürger auf dem Territorium des anderen Deutschland. Aber wir bleiben es und kehren zurück. – Also, das ist dann für die Folgesituation vielleicht noch mal interessant.

Moderator: Herr Meckel, Sie wollten gerade etwas sagen.

Meckel: Gerade vor dem Hintergrund dessen, was ich vorher gesagt habe, finde ich es sehr wichtig, dass diese beiden Aussagen – ich kannte sie ja schon, da wir früher schon darüber sprachen – heute Abend von Freya

[Klier] und von Wolfgang Templin hier noch einmal so deutlich gemacht worden sind. Durch unsere Perspektive von außen wussten wir natürlich nicht, was man Euch an Informationen vorenthielt. Unsere Perspektive war die, dass wir sagten: „Also, Leute, wer sich auf diese Arbeit, wer sich auf diese Sache einlässt, der wird doch wohl so einen DDR-Knast aushalten. In den Fünfzigerjahren war es schlimmer.“ Das war unsere Perspektive von draußen. Und wir wussten natürlich nicht, wie das intern abgelaufen ist. Wolfgang [Templin], jeder weiß, dass Du nicht zu denen gehörtest, die sich dann im Westen einfach zurückzogen – wie ja die allermeisten, die rausgingen. Du gehörtest zu denen, die etwas für die Veränderung der DDR tun wollten. Im Normalfall war dies jedoch anders. Es war gewiss nicht unbedingt für alle das Lebensziel, die DDR zu verändern. Die Ausreise war für viele einfach ein Weg, für sich selbst die Freiheit, die man in der DDR nicht erfahren konnte, zu erleben. Dies ist vollkommen verständlich, man muss auch das anerkennen – unabhängig von der Strategie, über die wir in Bezug auf die Demo im Januar wahrscheinlich nach wie vor unterschiedlicher Meinung sind. Doch in der Sache finde ich es wichtig, sich gegenseitig anzuerkennen und uns, die wir gegen die Ausreisen waren, zuzugestehen, dass wir die Hintergründe Eurer Entscheidung nicht durchschauen konnten.

Wenn ich an dieser Stelle noch einen Gedanken ausdrücken darf, der aus meiner heutigen Arbeit in der Außenpolitik herrührt: Wenn ich uns jetzt reden höre, fällt mir durchaus ein, wie etwa Opposition in Weißrussland betrachtet wird. Man fragt sich, wie es dort weitergehen soll. Aus der Politik kommt dann oft die Aussage: Die Opposition ist ja so schwach und zerstritten. Wenn man aber nun betrachtet, wie es Ende 1987/88 bei uns aussah: genau das gleiche Phänomen. Das ist das Eine, was man mit im Blick haben sollte. Das Zweite: es darf keine moralische Herabwürdigung gegenüber der heutigen Opposition heute in Weißrussland geben, oder etwa auch in Kuba. Auch sie sind aus unterschiedlicher Perspektive engagierte Leute, die mit hohem Risiko für Freiheit und Demokratie in ihrem Land eintreten. Sie haben unter den Bedingungen, in denen sie leben, keine Organisationsmöglichkeiten wie man sie bräuchte, um eine gut vernetzte, gemeinsam agierende, politische Kraft zu sein. Das wollte ich einflechten, da ich glaube, dass die Bilder z.B. der Opposition in Weißrussland oder Kuba, die wir von ferne vermittelt bekommen, zum Teil wirklich verfremdend wirken und die politische Situation der Menschen dort nicht verständlich machen.

Moderator: Herr Schult.

Schult: Na ja, ich möchte noch etwas einfügen. Ich verstehe es trotzdem nicht. Wir haben uns in der Opposition die Jahre vorher schon über den Knast unterhalten. Ich war im Knast gewesen. Bei mir war der Rechtsanwalt erst nach acht Wochen da. Davor hatte ich keinen Kontakt zur Außenwelt. Mir wurden 10 Jahre angedroht und Einlieferung in die psychiatrische Anstalt. Und das habt Ihr alle gewusst. Das habt Ihr alles gewusst, wie es im Knast war, wie die Verhältnisse da waren. Im Nachhinein verstehe ich es trotzdem nicht, dass man nicht abwartet, bis der Prozess stattfindet, wie man nach drei, vier Tagen, oder fünf Tagen eine Unterschrift leistet zur freiwilligen Ausreise ... Ihr habt unterschrieben.

Templin: Warum wohl die Rechtsanwälte so schnell bei uns deutlich geworden sind?

Schult: Ja, sicherlich. Klar. Und das hätte man auch durchschauen müssen. Wir haben uns über Wolfgang Schnur innerhalb der Szene unterhalten. Als Bärbel [Bohley] 1983/84 schon mal 6 Wochen in Haft gewesen ist, hat sie schon erzählt, dass sie den Schnur immer beruhigen musste: Herr Schnur, das wird schon nicht so schlimm werden. – Und da war für mich und für viele andere auch klar: Schnur kommt auf keinen Fall in Frage, dass man den mal nimmt. Gut. Aber ich meine, das ist so gelaufen, wie es gelaufen ist. Aber das ist eben eine Sache, die ich nicht verstehen kann. Also, wie das da so schnell passiert ist. Und Ihr wart nicht in Unkenntnis gewesen, was da abläuft. Wir haben uns vielfach über die Stasi-Haft unterhalten, wie das da abläuft, was man für Rechte hat. Wir waren Ende der 80er-Jahre sehr viel besser vorbereitet als wir es noch damals Ende der Siebziger-, Anfang der Achtzigerjahre waren, weil inzwischen einige andere Leute im Knast waren und ihre Erfahrungen mitgeteilt haben. Wir waren also nicht mehr blind in dem Verfahren, was uns da blühte.

Klier: Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich natürlich gehofft hatte, dass an diesem Abend heute diese persönlichen Dinge ein bisschen zurückbleiben, dass wir historisch umgehen damit ...

Schult: Das ist nicht persönlich, das ist was Politisches auch.

Klier: Ich muss jetzt doch hinzufügen, dass gerade Du natürlich Dich besonders mit Gregor Gysi angefreundet hast und ihn den Leuten noch 1989 zum juristischen Vorkämpfer des Neuen Forums erhoben hast. Du bist hier nicht der große Durchblicker. Und zum Zweiten: Es kann überhaupt nicht darum gehen, dass man nicht die Kraft hatte, auszuhalten. Die haben uns wirklich nichts getan.

Templin: Eben.

Klier: Sondern dass wir in Geiselnhaft genommen worden sind, dass Du für die Freiheit von anderen verantwortlich warst. Du kannst natürlich, wenn Du draußen bist, alles gut durchschauen. Ich war ja auch nicht zum ersten Mal im Gefängnis. Aber wenn Du in so einer expliziten Situation bist, wo genau das passiert, dass Du nicht wählen kannst, dann ist das eben eine andere Situation. Die haben uns nicht gefoltert. Und wir haben auch nicht gewusst, dass es gar keinen Prozess geben wird. Es war so, als würde eine Maschine von Menschen gesteuert, die zusammenarbeiten – und Du selbst stehst hinter einer spanischen Wand und sollst raten, was die spielen. Das ist die Situation gewesen. Und ich will auch hier erwähnen, dass gerade doch natürlich Reinhard Schult anschließend in seinem Blatt dann losließ: Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. – Gerade mal wir. Und ich denke, dass das auch zeigt, auf welchem Niveau Du Dich befunden hast. Aber ich kann hier einen Satz noch mal sagen zu der Staatlichkeit dieser Geschichte. Es gab noch einen Journalisten, der Stephan [Krawczyk] heimlich mit zurücknehmen wollte, um neue Tatsachen zu schaffen. Das war eigentlich so abgesprochen. Das war ein befreundeter Journalist. Dann kam aber diese Geschichte, dass alle Diplomaten und Journalisten eben wirklich zusammengedonnert wurden von ihren Vorgesetzten, dass sie sich viel zu sehr mit der Opposition eingelassen haben und nicht das Gute in der DDR gesehen haben. Da hat der sich das dann auch nicht mehr getraut. Okay. Aber ich will sagen, dass es merkwürdig für mich war. Ich habe in dieser Situation auf dieses Ganze geschaut und auf viele meiner Freunde und Bekannten. Und da habe ich zum ersten Mal wirklich am eigenen Leibe begriffen, wie einfach es ist, in Diktaturen, zumal in stalinistischen Diktaturen, Menschen, sagen wir mal so: auch das Gehirn zu waschen, sie auf eine bestimmte Linie zu bringen, etwas zu sagen, etwas zu tun, von dem ich sagen würde: Das gelingt gar nicht. – Es gab ganz wenige Menschen, von den vielen vielen Tausenden, die wir gekannt ha-

ben, die gesagt haben: „Hier stimmt was nicht. Wir kennen die. Die sind nicht freiwillig ausgereist. Das kann ich mir nicht vorstellen.“ Die übergroße Mehrheit hat gesagt: Ja, Ausreise, usw. – Also genau die Rolle gespielt, die sie spielen sollten. Und da ist mir eingefallen, dass uns als jungen Leuten damals im Umgang mit dem 17. Juni [1953] durch den Staat, durch die Schule, durch die Zeitung, eigentlich durch alles immer wieder in den Kopf gehämmert wurde, dass der 17. Juni ein faschistischer Putsch war. So. Wie lange das gedauert hat, ehe wir es rangelassen haben an uns, es überhaupt überschauen konnten, was das für ein Volksaufstand war. So. Ich habe zum ersten Mal wirklich dieses Erlebnis gehabt: Das kannst Du also auch unter Freunden noch machen. Das könnte man glatt mit uns auch machen. – Das war mit die schmerzlichste Erfahrung, die sich dann, wie gesagt, auflöste, als Schnur enttarnt war. Und das Positive, und damit will ich es dann auch erstmal bewenden lassen, das Positive war, dass sich trotz allem viele Menschen in der Kirche gesammelt hatten und zum ersten Mal auch seit langer Zeit wieder das Gefühl da war, dass sie spürten, wie viele eigentlich noch da waren. Ich sehe das auch so, wie es in dem Vortrag gezeigt wurde, dass von dem Moment an eigentlich das auch nicht mehr zur Ruhe kam und dass durch verschiedene Phasen dann daraus irgendwie so eine Bewegung entstanden war. Also das wenigstens als Trost für mich.

Moderator: Herr Templin, Sie hatten ja vorhin den Begriff „Pyrrhussieg“ angeführt. Das war sozusagen ein doppelter Pyrrhussieg, nur mit unterschiedlichen Zeitperspektiven, für die Opposition und auch für die Staatsicherheit. Oder ist Euch das sozusagen alles von außen herangetragen worden? Im Frühjahr 1988 schien die Opposition, wenn nicht erledigt, aber so doch ziemlich fragmentiert. Das hat sich ja dann später, wie wir auch schon gehört haben, auch im Vortrag, als etwas Anderes herausgestellt, so wie Herr Meckel es eben auch beschrieben hat. Also, wenn es ein Pyrrhussieg war: Dachtet Ihr daran, Ihr hättet was gewonnen und hättet dann in Wirklichkeit verloren und das Spiel wurde ganz neu gemischt?

Templin: Nein. Wenn ich den Begriff verwende oder verwendet habe, dann aus der weiteren Perspektive, die bis 1989 reicht, da zeichnete sich ja ab, was die Stasi trotz ihres momentanen Teilerfolges nicht erreichen konnte. Aber ich will auf das, was Freya [Klier] sagte, noch mal eingehen. Ich habe das noch nach einer anderen Seite empfunden, wie unglaublich

stark das Moment der Verhärtung sein konnte, das in der Auseinandersetzung in einem selbst mit dieser Diktatur entstand. Man brauchte ja eine ziemliche Stabilität und eben Härte, um so stur zu sein und immer wieder diese Angebote abzublocken. Und wenn ich diese Härte gehabt hätte, im Gefängnis noch zu sagen: Egal, was mit meinen Kindern ist oder mit meiner Frau. Ich bleibe hier, hier auf diesem Stuhl. – Ich habe später in vielen Gesprächen auch mit Lotte gemerkt, wie viel Angst sie haben musste, dass diese Verhärtung auch mich erreicht. Sie hat ja ihre Grenzen. Sie kann dann auch denjenigen, der diese Auseinandersetzung führt, politisch so einengen – Freya [Klier] hat das auf ihre Weise beschrieben – und so verhärtet, dass der für den Umgang – und das drohte uns ja allen, wir waren eine Minorität, eingeschnürt und abgeblockt –, dass der für den Umgang mit den anderen, die nach Kompromissen und Überlebensstrategien suchen, dann weiß Gott nur noch begrenzt fähig ist. Und das war vielleicht das Positiverlebnis, was dann allem Hadern in diesen ersten Monaten folgte, zu merken: Es geht ja auf eine andere Weise weiter. Und ich kann mir sogar erlauben, die Lebenserleichterungen, die praktischen Lebenserleichterungen dieses anderen Teils Deutschland wahrzunehmen, über die wir vorher immer hinweggesehen hatten: Mein Gott, wir wollen es ja viel besser und ganz anders und toll haben. Also dieser praktische Lernprozess, den will ich nicht ganz auslassen, der uns unfreiwillig passierte, aber der für meinen Teil der Folgegeschichte schon eine ganz erhebliche Rolle spielt.

Meckel: Ich finde es wichtig, dass auch solche existenziellen Situationen dargestellt werden, da sie das Klima deutlich machen, in dem die verschiedenen Aktivitäten damals stattgefunden haben. Was bedeutete so ein Berufsverbot? Wenn man dann von Monat zu Monat nicht mehr wusste, wovon man leben sollte, sich aber gleichzeitig auch nicht auf faule Kompromisse einlassen wollte und konnte, dann war das keine einfache Situation. Daran möchte ich einfach an dieser Stelle noch einmal erinnern. Wir, Freya [Klier], Stephan [Krawczyk] und ich, haben vor kurzem eine der letzten Veranstaltungen der beiden wieder aufleben lassen. In meinem Wahlkreis bei Prenzlau hatten sie jetzt, nach 20 Jahren, einen gemeinsamen Auftritt. Sie haben versucht, die damalige Zeit noch einmal darzustellen.

Klier: Ich gebe das mal rum. Wer möchte, kann es sich angucken, dieses Plakat.

Meckel: Man kann die beiden übrigens auch in den nächsten Monaten zu Auftritten einladen.

Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass all das, was wir hier beschreiben, letztlich der Herbst 1989, nicht vom Himmel gefallen ist. Es gab eine wirklich lange und sehr differenzierte Vorgeschichte, die natürlich nur in aller Unzulänglichkeit darstellbar ist. Man spürt heute Abend etwas davon. Wir können uns noch heute wie die Kesselflicker über diese oder jene Strategie streiten, die damals richtig oder falsch war, oder mit einem gewissen moralischen Hochmut auf bestimmte Aktivitäten schauen. Das ist auch alles sinnvoll, man kann ruhig alles auseinander nehmen. Aber wichtiger scheint mir, dass wir sozusagen den ganzen Prozess noch einmal in den Blick nehmen. Eine letzte Bemerkung zu den Kirchen. Sie sind heute nur im Zusammenhang damit aufgetaucht, dass die uns gelinkt haben. Ich glaube, dass dies auch für diese Phase eine völlig falsche Wahrnehmung wäre. Die konkreten Aktivitäten, die beschrieben wurden, kann ich nicht bestreiten. Aber insgesamt muss man, gerade für diese Phase, auch Folgendes deutlich machen: Ich sprach vorhin von DDR-weiten Mahnwachen und Veranstaltungen. Diese fanden nicht ausschließlich, aber doch fast immer in Kirchen statt. Dahinter standen keine Beschlüsse von Kirchenleitungen, aber viele engagierte Gruppen und Einzelne. Das spielte eine wichtige Rolle. Man hat versucht, Kontakt aufzunehmen, hat einander Informationen weitergegeben und sich für die Freiheit der politischen Gefangenen eingesetzt. Hier spielten die Kirchen eine immense Rolle, das erste Mal eben auch DDR-weit. 1988/89 fand die erste Ökumenische Versammlung in der DDR statt, bei der sich alle Kirchen zum Thema „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ mit eminent wichtigen politischen Fragen auseinandersetzten. Dass die Kirchen sich diesen gesellschaftspolitischen Fragen gestellt haben und versucht haben, etwas zu tun, gehört eben auch mit in die Vorgeschichte des Herbstes 1989.

Klier: Ja, ich wollte eigentlich was ganz Ähnliches sagen. Unabhängig von Leuten wie Stolpe und Schnur gab es ja auch noch andere, die praktisch integriert und gesetzt waren. Insgesamt war eigentlich diese Zeit, außer dem Berufsverbot, sagen wir mal, für mich selber eine sehr sehr

reiche und gute Erfahrung gewesen. Wir haben ja immerhin nicht weniger geschafft, als irgendwie eine zweite Kulturebene aufzubauen. Wir konnten es nicht lange halten, weil da eben auch in diesen Gemeindegemeinderäten die Familien in Geiselhaft genommen worden sind. Denen ist nämlich gesagt worden: „Passt auf, wenn Ihr die auftreten lasst, dann kriegt Euer Kind nicht die Lehrstelle, dieses und jenes.“ Also, wie die halt so gearbeitet haben. Dann wurde uns gesagt: „Tut mir leid. Hätte ich gerne gemacht. Aber der Preis ist mir einfach zu hoch.“ Das finde ich völlig akzeptabel, fand ich immer. Es war trotzdem eine ganz tolle Erfahrung. Und ich will auch die Gelegenheit nutzen, mich wirklich noch mal bei den vielen Kirchenleuten zu bedanken, die das eigentlich durchgesetzt haben, auch als eine Bereicherung empfunden haben, das Zusammensein mit Leuten, dass über Dinge gesprochen werden konnte, die sonst nicht thematisiert werden. Also, wir haben ja angefangen mit einem Stück zum Thema „Frau und Mann“. Da haben wir eine Szene drin gehabt über Geburtenraten und Scheidung. So. Und wir hatten einen Soziologen, Genosse natürlich, klar, der hat mir mal heimlich gesteckt, dass die DDR in diesem Jahr eine Scheidungsrate von 41,7 % hatte. Das haben wir sofort thematisiert. Und da wurde, da ging das richtig hin und her, da wurden FDJler in unsere Vorstellung reingeschoben von der Stasi, die sollten dann randalieren oder sollten sagen: „Macht nicht immer die DDR schlecht.“ Usw. Also, es war eigentlich eine ganz tolle Auseinandersetzungsebene. Und es kommt noch dazu, dass ich ja die erste geheime Jugendbefragung der DDR gemacht habe in der Zeit, nebenbei. Und ich habe es auch nur mithilfe von Kirchenleuten machen können. Das heißt, wenn ich das so darstelle, als hätte man irgendwie nichts mehr – so war das doch eigentlich nicht. Das Entscheidende war eine ungeheure Solidarität. Und ich habe 1986 eine Einladung gekriegt, aufgrund des Regiepreises, weil da Leute aus Frankfurt am Main da waren, die die Inszenierung gesehen haben. Da hatte ich 1986 eine feste Einladung vom Großen Schauspielhaus Frankfurt am Main, dort zu inszenieren. Ich bin ins Kulturministerium gegangen. Da wurde mir also gesagt: Frau Klier, Sie können gerne ausreisen. Sie können dort immer inszenieren. – Und da habe ich gesagt: Nein. Ich würde gern eine Inszenierung machen, aber danach zurückkommen. – Und darauf haben sie sich natürlich nicht eingelassen. Aber ich muss sagen, dass mich diese Inszenierung in Frankfurt nicht so belebt hat wie das, was wir eigentlich im Land erreicht haben. Deshalb denke ich trotz allem, dass das eine richtig gute Erfahrung war.

Moderator: Eine Frage, die mir noch in den ganzen Vorbereitungen aufgefallen ist, bei der ich vor allem Herrn Templin fragen möchte. Sie haben ja selber den Namen Roland Jahn schon angeführt. Er ist ja nicht mehr oder weniger, sondern ziemlich gewaltsam ausgebürgert worden, hat dann von West-Berlin aus einen sehr aktiven Kontakt zur Opposition gehalten, wurde sozusagen zu einer der wichtigsten Personen im Netzwerk. Jetzt hat die Stasi, oder hat die SED, weitere Personen, nämlich z.B. Sie und Ihre Frau oder Frau Klier und Stephan Krawczyk rausgedrängt, die einen Namen hatten, die wortmächtig waren, die sozusagen die Jahn-Fraktion im Westen noch verstärkten. Was mir nicht ganz klar ist dabei, vielleicht bin ich auch einfach nicht in der Lage, tief genug in das Denken der Stasi- und SED-Leute einzudringen. Was kann das Kalkül dahinter sein, solchen Leuten wie Ihnen dann doch die Möglichkeit zu geben, zu Jahn im Westen zu stoßen? Sie bringen ja noch zusätzliche Kontakte mit. Das löst ja aus Sicht der SED das Problem nicht, sondern es verlagert es höchstens. Was ist das Kalkül? Oder ist das total irrational? Kann man das nur aus dem klassenkämpferischen Grundstandpunkt eines Sozialisten verstehen?

Templin: Nein, durchaus nicht. Das Kalkül ist rational. Nur, jetzt muss ich ja Reinhard neben mir Recht geben. Die haben rational kalkuliert, dass wir in der DDR noch gefährlicher waren. In dem Moment und für den Moment stimmte es sicher auch. Und ich konstruiere jetzt mal: Wenn es möglich gewesen wäre, dass wir in diesem Knast die zwei, drei Wochen überdauert hätten, dann wäre das ein Triumph der DDR-Opposition gewesen, uns wieder bei sich zu haben. Natürlich. Und das fürchteten sie. Das, denke ich, steckt dann schon dahinter. Und dass das andere unabsehbar große Konfliktpotenzial, was wir im Westen bildeten, ihnen nicht passen konnte – ja. Aber das Dritte ging ja auch nicht, uns wegzustecken. Das zeigt ja die absurde Situation der späten DDR: Uns zu verhaften, um uns wegzuschließen, ging auch nicht. Uns draußen in Freiheit zu lassen: zu riskant. Uns einzusperren auf lange Zeit, ging auch nicht. Also mussten sie uns rausschmeißen. Und das, was dann an Wirkung kam, in Kauf nehmen.

Klier: Ich will mal präzisieren. Die Akten des Staatsanwaltes, also die Anklageschriften sind ja fertig gewesen. Die lagen ja im Prinzip auch schon monatelang vorher bereit. Sie warteten eigentlich auf günstige Momente, das wissen wir ja heute. Aber da war es wirklich so, das hat Stolpe

dann auch noch mal in dem Streitgespräch, das ich mit ihm 1992 hatte, bestätigt: Es stand wirklich fest, dass für Stephan [Krawczyk] 12 Jahre gedacht waren und für mich 10. Und das haben natürlich diese Hardliner gemacht. Das war ihr Plan. Ich sage mal so: Die haben sich mit dem Rücken zur Wand befunden, das sehe ich heute so, gegen ihre eigenen Leute, die sie absägen wollten und gegen diese Blöden von der Opposition, die immer irgendwie Ärger gemacht haben. So haben sie gesagt: Jetzt hauen wir zu. Jetzt ist Schluss. – So. Aus solch einer Haltung ist das gekommen. Und es kippte sehr in dieser kurzen Zeit hinter verschlossenen Türen, dass sich dann diese Flexiblen der Staatssicherheit durchgesetzt haben und sagten: Nein, wir schmeißen die lieber raus, als dass wir hier irgendwie die vorladen und Prozesse haben und dann auch noch Märtyrer schaffen und dann läutet immer irgendwo eine Weltglocke. – Das heißt, dieser Machtkampf fand in diesen wenigen Tagen auch hinter den Kulissen statt. Und dass de Maizière und die alle so aufgeregter waren, kann ich mir auch damit erklären, weil die ja da alle mehr oder weniger auch mit drin hingen.

Schult: Ja, also erstmal haben sie ja das Ziel erreicht. Die Spätfolgen waren ja erst in einem Jahr zu spüren, dass die Ausgereisten dann nicht den Privatweg geschritten sind, sondern politisch auch in Richtung DDR aktiv waren. Aber erstmal haben sie Luft gekriegt. Monatelang war in Ost-Berlin die Szene entweder mit sich selbst beschäftigt oder inaktiv, oder die einzelnen Gruppen haben ihren eigenen Stiefel gemacht, was sie immer gemacht haben. „Kirche von unten“ hat weitergemacht, Friedenskreis hat weitergemacht, die Themen wurden weitergemacht. Aber der Zusammenhalt, der innere Zusammenhang ist, da die Aktion als Niederlage empfunden worden ist, in dem Sinne schon zerbröckelt und ist erst mit der Einreise von Bärbel Bohley und Werner Fischer im Sommer wieder gewachsen. Und dann gab es ja diese Kirchenzeitungsgeschichten. Da ging das dann wieder ein bisschen voran. Kurzfristig haben sie schon das Ziel erreicht, das sie erreichen wollten.

Moderator: Herr Schult weist darauf hin, dass es, glaube ich, im ganzen Jahr 1988 keinen Mangel an Stoffen für diese Gesprächsreihe gibt, so dass in der ersten Hälfte des Jahres, sicherlich auch noch in der zweiten Hälfte des Jahres entsprechend spannende Termine nachfolgen werden. Meine Pflicht als Moderator ist es, irgendwann das Ganze auslaufen zu lassen,

damit wir uns dann in die Gespräche hier noch untereinander mit Ihnen im Publikum einlassen können. Ich denke, dass alle Teilnehmer das gerne tun werden. Offensichtlich gibt es auch eine Einladung des Hausherrn, wie ich vorhin vernommen habe. Das klingt natürlich sehr schön. Ich möchte eine letzte Frage an alle vier richten, bevor wir dann tatsächlich das Podium schließen. Das ganz aus der Gegenwart heraus. Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen finden ja heute immer noch statt, immer rund um den 15. Januar, an dem entsprechenden Sonntag halt. Was haben Sie dabei, Herr Meckel, für ein Gefühl, wenn Sie das sehen, dass dieser Ritus aus DDR-Zeiten, na sicherlich nicht unverändert, aber immer noch stattfindet?

Meckel: Da wir ja nicht ausgestorben sind und uns durchaus rühmen können, dass die Friedliche Revolution eben eine friedliche war, finde ich es wichtig, dass Deutschland heute völlig anders aussieht. Es geht erst einmal darum, dass wir die Freiheit geschaffen haben. Dass diese Freiheit dann in der Einheit mündete, empfinde ich noch heute als ein Geschenk. Dass es ewig Gestrige gibt, ist mehr eine menschliche Frage. Es gibt Gestrige, die sich offensichtlich nicht mehr ändern können oder wollen. Interessant ist, dass es immer weniger werden, die so etwas tun. Die anderen müssen versuchen, sich neu zu formieren. Man könnte jetzt natürlich eine neue Veranstaltung über die Linkspartei beginnen.

(*NN*): Das wollen wir nicht.

Meckel: Es gibt also diese ewig Gestrigen in einer Gesellschaft. Leider haben wir in Deutschland ja auch noch ewig Gestrige von der Diktatur vor der DDR. Damit müssen wir uns politisch intensiv auseinandersetzen. Ob nun Leute nach wie vor zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration gehen und gleichzeitig auch denen, für die sie da hingehen, nicht unbedingt gerecht werden, ist zweitrangig. Man könnte ja durchaus einmal über Rosa Luxemburg. Sie war eine Kommunistin. Was aus ihr geworden wäre, wenn sie weitergelebt hätte, weiß man nicht. Aber mit Sicherheit war sie eine aufrechte Frau, die versucht hat, ihre Ideen zu vertreten – selbst wenn auch sie inhaltlich in vielen Punkten ziemlich fatale Positionen hatte. Aber dies wäre ebenfalls ein neues Thema.

Klier: Also, ich muss sagen, dass ich diese Demo sehr mag. Ich freu mich immer, wenn die stattfindet. Ich sag auch gleich, warum. Ich freue mich im Übrigen auch, wenn irgendwelche alten Stasiknochen in Odense randalieren. Oder wenn sie mal draußen in Hohenschönhausen einen gucken lassen, muss ich sagen, freue ich mich drüber. Ich sag auch, warum: nicht als Fakt an sich, sondern damit die Leute überhaupt sehen können, die sind noch da, die Stasi-Leute gibt es noch. Denn wir haben ja die Mühe heute – ich bin, wie gesagt, sehr viel in Schulen –, jungen Leuten klarzumachen, was die DDR war, die Diktatur, was diese 40 Jahre waren. Das ist alles so nebulös. Die haben ja keine Vorstellung, was eine Diktatur ist. Und da sehen sie im Fernsehen, da randalieren welche da draußen oder erzählen ihren Blödsinn. Oder wenn am 17. oder 15. Januar dann eben dieser Marsch ist nach Friedrichsfelde. Und da kann man auch sagen: Passt auf und kommt und guckt euch das an. – Das sind die Harmloseren, nebenbei gesagt, die da rausmarschieren. Aber zumindest hat man ein Bild, ab und zu hat man ein Bild von denen, und dafür bin ich ihnen dankbar.

Templin: Im Januar 1990, das war so mein persönlicher Nachtrag zu dieser Geschichte – ich war ja seit November 1989 zurück, saß am Runden Tisch –, da merkte ich, dass sich die kaum neuentstandene oder u-mentstandene Partei des Demokratischen Sozialismus anschickt, wieder zu Karl und Rosa zu pilgern. Und da schlug dann doch der Gesinnungslinke in mir so richtig. Ich dachte: Nein. Und dann habe ich mir alleine so ein Sandwich gebastelt: SED/PDS – Hände weg von Luxemburg! Ihr bleibt die Erben Stalins! – Und hab mich damit auf die Brücke in Lichtenberg gestellt. Und siehe da, die Gespenster waren höchst lebendig. Die Damen, die da mit Stockschirmen und sonst was auf mich eindrangen. Also, ich hätte mir das so heftig dann doch nicht vorstellen können. Ich war nur eingezingelt. Von hinten schrie ein Stratege: Genossen, Genossen, bleibt besonnen. Dieses Schwein will euch nur provozieren. – Zu meinem Glück: Christian Booß, viele werden ihn kennen, damals freier Journalist, fuhr eine uralte Beiwagenmaschine, ich glaube, so ein Wehrmachtsmodell. Dem hatte ich vorher als einzigem Bescheid gesagt, dass und wo ich ungefähr bin. Der kam dann also angerattert, durchbrach den Belagerungsring und nahm mich mit. Ich muss Ihnen sagen, heute würde ich das nicht mehr machen, aber aus noch einem anderen Grund. Heute wüsste ich gar nicht mehr, wie das Transparent aussehen sollte. Ich bin, glaube ich,

gar nicht so anders geworden gegenüber damals, in den entscheidenden Fragen. Aber die dort marschieren, die Frontmänner von denen, die kuscheln heute so behaglich in Konzernbetten, ein ganz Teil von ihnen, dass ich mich frage: Wo soll eigentlich jemand, der Luxemburg oder das Verhältnis von Demokraten zu Luxemburg ernst nimmt, dann heute eigentlich stehen? Aber das ist eine Frage, die ich gerne in die Programmatik, in die Planung künftiger Veranstaltungen gebe.

Schult: Ja, zu DDR-Zeiten hat mich diese Demo nicht so interessiert. Aber jetzt finde ich schon, dass es eine Art Geschichtsrevisionismus ist, der demonstriert wird. Also die, die da demonstrieren, haben doch den Luxemburgismus bekämpft, also konkret Rosa Luxemburg! Sie haben die Schriften erst Mitte der Siebzigerjahre herausgegeben, haben sich auch davor gescheut, sie hier publik zu machen. Und das ist auch Bestandteil einer Strategie, sich auf Züge zu setzen, die positiv besetzt sind innerhalb der Gesellschaft oder in Teilen der Gesellschaft. Und das sollte man schon im Auge behalten und auch dagegen stänkern!

Moderator: Frau Klier, meine Herren auf dem Podium, vielen Dank für diese engagierte Diskussion. Meine Damen und Herren, Ihnen vielen Dank für das Interesse, mit dem Sie diese Diskussion verfolgt haben. Jetzt, wie gesagt, wird es die Möglichkeit geben, in kleinen Runden Gespräche fortzuführen, Fragen zu stellen. In der großen Runde haben wir das heute nicht geschafft. Ich danke Ihnen sehr, danke meinen Gästen hier, danke der Landesvertretung, danke der Robert-Havemann-Gesellschaft und danke dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin, und hoffe, dass ähnliche Veranstaltungen folgen können. Vielen Dank!

Abkürzungen

AGST	Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht
AKSK	Arbeitskreis „Solidarische Kirche“
AL	Alternative Liste
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BEK	Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
BMP	Berliner Morgenpost
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHM	Deutsches Historisches Museum
ebd.	ebenda
END	European Nuclear Disarmament
FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
IBA	Internationale Bauausstellung
ICC	Internationales Congress Centrum
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KvU	Kirche von Unten / Kirchentag von Unten
LP	Langspielplatte
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NS	Nationalsozialismus
OA	Offene Arbeit
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
taz	<i>die tageszeitung</i>
UB	Umweltbibliothek

100

UN
UNO
ZDF
ZK

United Nations
United Nations Organization
Zweites Deutsches Fernsehen
Zentralkomitee

Über die Autoren

Kellerhoff, Sven Felix

Journalist und Autor; seit 2003 Leitender Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte bei der WELT und der Berliner Morgenpost; zahlreiche Publikationen, u. a.: Attentäter. Mit einer Kugel die Welt verändern, Köln 2003; Hitlers Berlin. Geschichte einer Hassliebe, Berlin 2005; Ortstermin Mitte, Berlin 2007

Klier, Freya

Regisseurin; 1985 Berufsverbot; 1985-87 gemeinsame Auftritte mit Stefan Krawczyk in evangelischen Kirchen; Mitbegründerin der Solidarischen Kirche; 1988 Verhaftung, Beschlagnahme der Manuskripte, Ausbürgerung

Kowalczuk, Ilko-Sascha

Historiker; Projektleiter bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; zahlreiche Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte und zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, u. a. 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR: Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003; Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003

Meckel, Markus

MdB, 1982 bis 1988 Pfarrer in Mecklenburg, danach Leiter der Ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte der Evangelischen Kirche in Niederndodeleben bei Magdeburg; 1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR; seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages

Passauer, Martin-Michael

Generalsuperintendent i.R.; erster hauptamtlicher Jugendpfarrer von Berlin; aktiv in der kirchlichen Friedensbewegung und in der „Offenen Arbeit“; Mitglied der Synoden der EKIBB, der EKU und des BEK, Mitglied der Konferenz der evangelischen Kirchenleitung; Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

Schöne, Jens

Historiker und Stellvertretender Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR, zuletzt: Die Friedliche Revolution. Berlin 1989/90 – Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2008

Schult, Reinhard

Mitbegründer des Neuen Forums (NF); ab 1978 Mitarbeit in verschiedenen unabhängigen Friedenskreisen, oppositionellen Gruppen, konspirativen Zirkeln; 1979/80 acht Monate Freiheitsstrafe wegen Verbreitung illegaler Literatur; Mitinitiator DDR-weiter Diskussionsforen für Bausoldaten; 1978-82 Friedenskreis der Ev. Studentengemeinde Berlin, ab 1983/84 Friedrichsfelder Friedenskreis, Vorbereitungskreis der Friedenswerkstatt; 1987-90 „Kirche von Unten“; Mai 1989 Teilnahme an der Aufdeckung der Manipulation der Kommunalwahlergebnisse; seit 2006 Mitarbeiter des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Templin, Wolfgang

Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM); Studium der Philosophie; ab 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften, behindert im Abschluss der Promotion, 1983 Entlassung, Austritt aus der SED, Berufsverbot; Mitherausgeber der Samisdat-Zeitschrift „grenzfall“, 1987 Mitarbeit in der Gruppe „Staatsbürgerschaftsrechte in der DDR“; Januar 1988 Teilnahme an Protestaktionen bei der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Berlin, Verhaftung, Abschiebung für zwei Jahre; November 1989 Rückkehr nach Berlin, Vertreter der IFM am Zentralen Runden Tisch.

Thijs, Krijn

Ehemals Doktorand am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam; gegenwärtig Mitarbeiter der Universität Leiden (Niederlande); zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Köln/Weimar/Wien 2008

Wunnicke, Christoph

Historiker und Schriftsetzer; arbeitet an einer Dissertation über die Selbstorganisation der kirchlichen Basisgruppen in der DDR; Veröffentlichung u. a.: Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, Berlin 2008

Publikationsverzeichnis

In der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten sind bisher erschienen:

Bd. 1: *Siegfried Mampel*, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4., neubearbeitete u. wesentlich erweiterte Aufl., 1999

Bd. 2: *Gunter Holzweißig*, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS. 1995

Bd. 3: *Roland Brauckmann*, Amnesty International als Feindobjekt der DDR. 1996

Bd. 4: *Jutta Braun, Nils Klawitter, Falco Werkentin*, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. 4., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 5: *Hans-Eberhard Zahn*, Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. 5., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 6: *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 7: *Jan Foitzik*, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit; *Wolfgang Buschfort*, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 8: *Siegfried Berger*, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal. 4., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 9: *Jenny Niederstadt*, „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs. 1999

Bd. 10: *Siegfried Mampel*, Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 11: *Wolfgang Kockrow*: „Nicht schuldig!“. Der Versuch einer Aufarbeitung von 5½ Jahren Zuchthaus in der DDR. 4., durchgesehene Aufl., 2005

Bd. 12: *Klaus Bästlein, Annette Roszkopf, Falco Werkentin*, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. 3., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 13: *Detlef Kühn*, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. 2001. 2., stark überarbeitete Aufl., 2008, nur als Download erhältlich.

Bd. 14: *Wolfgang Buschfort, Philipp-Christian Wachs, Falco Werkentin*, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 15: *Falco Werkentin (Hg.)*, Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 16: *Jens Schöne, Falco Werkentin*, 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. 2., durchgesehene Aufl., 2005

Bd. 17: *Gerd Utech*, Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945-1955. Ein Zeitzeugenbericht. 2003

Bd. 18: *Michael Heghmanns, Wolff Heintschel von Heinegg*, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau. 2003

Bd. 19: *Jens Schöne*, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. 2004

Bd. 20: *Andrea Huterer (Hg.)*, Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 21: *Johannes Weberling, Giselher Spitzer (Hg.)*, Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 22: *Jens Schöne*, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987. 3., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 23: *Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse*, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950-1953. 2007

Bd. 24: *Heinz Schwollius*, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen. 2007

Bd. 25: *Christoph Wunnicke*, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988. 2008

Bd. 26: *Martin Gutzeit (Hg.)*, Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Ost-Berlin in den Jahren 1987/88. 2008

Bd. 27: *Klaus Bästlein*, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert. 2008